Nr. 129. 20. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 6. Juni 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Versandhaus Socialistenmord.

Die Socialdemokratie verdankt ihre geistige Vernichtung in diesem Wahlkampfe dem höchst menschlichen Umstande, daß der Agitator der Freisinnigen Volkspartei, Herr Heinrich Fränkel, dringend Geld und der Buchdrucker Münch in Charlottenburg ebenso dringend einen umfangreichen Druckauftrag brauchten.

Eines Tages oder Nachts entstand in dem durch Eugen Richters Erziehung gewitzigten Kopfe Heinrich Fränkels der geniale Gedanke, eine kolossale Broschüre gegen die Socialdemokratie zu schreiben. Damit mußte ein Heidengeld zu verdienen sein, und alle Nöte waren bis zu den nächsten Wahlen vorbei. Einfall und Entschluß waren Eines. Fränkel that sich mit Münch zusammen und arbeitete jeistig. Diese jeistige Arbeit bestand zunächst in der wirklich großartigen Organisation einer Bettelbrief-Schreiberei.

Zunächst schrieb Herr Fränkel an den Grafen Posadowsky und unterbreitete ihm seinen gewaltigen Plan, durch zwei Druckbogen die Socialdemokratie auszurotten. Den Geist besäße er selber, von den andren verlange er nur Geld. Würde also Se. Excellenz die Güte haben, das patriotische Unternehmen zu unterstützen.

Wenn wir recht unterrichtet sind, unterbreitete zwar Graf Posadowsky den Bettelbrief dem preußischen Ministerium, das das Anerbieten an Ober- und Regierungspräsidenten sowie an die Landräte zur gutachtlichen Aeußerung weitergab. Er selbst aber ließ, eingedenk der 12 000 Mark-Affaire, die Finger davon und verstand sich nicht zur amtlichen Verbreitung der jeistigen Arbeit Fränkels.

Aber die Firma Fränkel-Münch verzagte nicht. Sie wandte sich an die Scharfmacherverbände, und bei diesen fand sie Gehör und, was mehr wert war, offene Hände. Sie schrieb weiter an Handelskammern und ähnliche Korporationen. Von manchen bekam sie einen Korb, aber viele gingen auf den Leim, namentlich die großindustriellen Firmen bestellten reichlich. Die Sympathie-Erklärungen und Bestellungsbriefe, von denen uns eine größere Anzahl vorliegen, sind recht ergötzlich zu lesen. Da zerbricht sich der Leiter eines großindustriellen Etablissements den Kopf, ob es zweckmäßiger sei, daß die Broschüre von der Berliner Centrale aus an seine Arbeiter verbreitet werde, oder ob die Verbreitung von der Direktion des Werks ausgehen solle; er hält es für gescheiter, daß das von Berlin aus geschieht; wenn er selbst das Opus seinen Arbeitern aufdrängt, so fürchtet er offenbar, daß sie an die „socialen Thatsachen" der Fränkelschen Schrift weniger glauben.

Auf diese Weise kam das Wunderwerk unter die Leute: „Sociale Thatsachen und socialdemokratische Lehren. Ein Taschenbüchlein für denkende Menschen. Von H. Bürger." — eine Schrift, die insofern ein erhebliches Verdienst um die Socialdemokratie hat, als sie zu der vortrefflichen Gegenschrift Anlaß gab: „Die Vernichtung der Socialdemokratie." (Verlag der Buchhandlung Vorwärts.)

Aber Herr Fränkel ist ein witziger Mann. Er bewies durch die That, daß das Unternehmertum keine Ausbeutung treibt, indem er selbst es durch seine „Aufklärungsschrift" auf die lustigste und dreisteste Weise ausbeutete. Die Unternehmer-Intelligenz wurde in diesem Falle einmal durch die jeistige Arbeit geschunden. Das Versandhaus Socialistenmord (Inhaber Fränkel u. Münch) hing die Schrift nämlich den Scharfmachern zu Preisen auf, die kaum in Apotheken gewagt werden.

Fränkel-Münch rechneten mit Fug und List auf die tolle Begierde der Scharfmacher, endlich einmal die Socialdemokratie los zu werden, und in solcher Stimmung sieht man nicht aufs Geld.

Die Hundertmarkscheine strömten nur so. Der Architekt König in der Kochstraße 3 zu Berlin, Geschäftsführer des Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister, der als Mittler fungierte, wußte sich vor Geldsendungen kaum zu retten. Vom 6. bis 31. März 1903 gingen 9589 M. in Beträgen von 50 bis 1231 M. ein. In den folgenden Monaten flutete der Segen weiter.

Es wird die Arbeiter interessieren, zu erfahren, wie viel Geld es sich einige Firmen kosten ließen, „ihre" Leute über die socialdemokratischen Lehren durch Fränkels Geist aufklären zu lassen.

Es bestellten Westfälische Drahtindustrie in Hamm für 100 M.; die Brauerei G. Haase in Breslau, dessen Bier auch von Arbeitern viel getrunken wird, 100 M.; Porzellanfabrik zu Kl. Veilsdorf 100 M.; Verkaufs-Vereinigung Oberschlesische Kalkwerke in Oppeln 500 M.; Gutehoffnungshütte in Oberhausen 100 M.; Norddeutsche Kartoffelmehlfabrik Cüstrin 300 M.; Wandsbecker Lederfabrik Hamburg 100 M.; Maschinenfabrik Grevenbroich 300 M.; Deutsche Linoleumwerke Hansa, Delmenhorst 100 M.; Dortmunder Aktienbrauerei 100 M., Aktiengesellschaft Lagerbier-Brauerei zu Schloß Chemnitz 100 M. Sparsamere Gesellschaften begnügten sich mit geringeren Summen. So wandte die Straßeneisenbahn-Gesellschaft Braunschweig nur 25 M. an die Aufklärung der Arbeiter und die Deutsch-Australische Dampfschiffahrts-Gesellschaft Hamburg 30 M. Die Scharfensteiner Baumwollspinnerei in Chemnitz opferte gar nur 10 M.

Dagegen ist natürlich nicht viel einzuwenden, wenn Privat-Gesellschaften auf Geschäftsunkosten Herrn Fränkel als Proletariats-Aufklärer aushalten. Dagegen ist es Korruption, wenn auch finanzielle Mittel für die Beseitigung Fränkelscher Geldnot aufgewandt werden. Und auch das ist leider geschehen. Wir können folgendes Dokument als Beweis veröffentlichen:

Herzogliche Salzwerkskasse weisen wir hierdurch an, an die Berliner Bank, Berlin W. 8, Charlottenstr. 47, unter Benutzung inliegender Postanweisung 100,00 M. in Worten: Einhundert Mark, für 1400 Exemplare der H. Bürgerschen Broschüre „Sociale Thatsachen und socialdemokratische Lehren", welche im Interesse der Belegschaft der Herzoglichen Salzwerke beschafft worden sind, zu zahlen und

mit 92,91 M. (zweiundneunzig Mark 91 Pf.)
unter Tit. X. a. 3. 7
mit 7,09 M. (sieben Mark 09 Pf.)
unter Tit. X. b. 3. 5
des laufenden Salzwerks-Etats zu verrechnen.

Leopoldshall, 16. Mai 1903.

Herzogliche Salzwerks-Direktion.
Gante.

Hierdurch ist festgestellt, daß der Bergrat Gante, der Vorsteher des dem herzoglich anhaltinischen Staatsministerium unterstellten fiskalischen Salzwerkes, öffentliche Gelder für Verbreitung der Fränkelschen Schrift verwendet hat.

Unsre Genossen in Anhalt werden leicht feststellen können, unter welchen Etatstiteln die unzulässige und ungesetzliche Ausgabe gebucht ist; wir vermuten unter — Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen!

Aus dem Dokument, das in das Getriebe amtlicher Wahlagitation hineinleuchtet, geht aber auch ein zweites hervor: daß die Herren Fränkel und Münch ihre Kunden auf das Unverschämteste übers Ohr hauen. 100 M. für 1400 Exemplare muß der anhaltinische Staat zahlen. Da die Broschüre in Hunderttausenden von Exemplaren hergestellt ist, so belaufen sich die Herstellungskosten für das Tausend, hoch gerechnet und **einschließlich des Druckergewinnes auf 15 Mark.** Die 1400 Exemplare hätten also dem anhaltinischen Staat mit höchstens 21 Mark angerechnet werden dürfen. An den 1400 Exemplaren hat mithin Herr Fränkel nicht weniger als 79 Mark verdient, pro Exemplar mehr als 5 Pfennige. Hat Herr Fränkel allen seinen Kunden solche Preise abgenommen, so würde er an den zwei Millionen verbreiteter Exemplare 100 000 Mark verdient haben.

So hat die geistige Massenmörderei wenigstens zwei Menschen geholfen: Herrn Fränkel und Herrn Münch. Und zugleich hat einmal ein geistiger Arbeiter es verstanden, die gerissensten Unternehmer und staatliche Verwaltungen über den Löffel zu barbieren. Niemals hat eine socialistentöterische Schrift so viel Gutes gewirkt.

Wahlkampf.

Aus Wahlflugblättern.

Mag auch das Wahlkartell, dessen Plan Herr Patzig, der nationalliberale Schlachtendenker, ausgebrütet hat, nicht viel weiter gegangen sein als zur vollständigen Unterwerfung der Nationalliberalen unter das Junkerregiment, so zeigen doch alle Wahlflugblätter unsrer Gegner deutlich, daß der Kampf gegen die Socialdemokratie ihren Gedankengang vollständig beherrscht. Die Kandidaten sagen gewöhnlich gar nicht mehr, was sie alles wollen, sondern sie empfehlen sich dem „königstreuen" oder den „patriotischen" Wählern als einzig zuverlässige Bekämpfer des Umsturzes. Davon ein paar Proben:

In **Randow-Greifenhagen** (Pommern) empfiehlt der konservative Verein Herrn Prätorius, von dem kaum mehr gesagt wird, als daß er „einem planmäßigen, die Kräfte der **kleinen Arbeitgeber und Arbeitnehmer** (?) **schonenden** Ausbau der Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung auch fernerhin eine lebhafte Anteilnahme zuwenden werde". Alles andre sind Lügen über die Socialdemokratie.

Die Socialdemokratie will die Schätze der Erde zum gemeinsamen Eigentum aller machen. Das heißt: „Die Socialdemokraten wollen alles Eigentum beseitigen". Sie wollen die Gleichberechtigung der Frau; das heißt: Sie wollen Ehe und Familie beseitigen. Sie wollen Freiheit der Ueberzeugung für jedermann; das heißt: Sie wollen die Religion ausrotten. Sie bekämpfen das Kriegswesen und die mit ihm verbundene Verrohung; das heißt: Sie erfanden die Hunnenbriefe und schmähten unsre braven Soldaten.

Die Methode kennt man!

Im **17. hannoverschen Wahlkreise** werden zu Gunsten des Kartellkandidaten Depken zwei Waschzettel verbreitet, deren einer aus der Druckerei des Berliner „Reichsboten", der andre in einer Harburger Druckerei gedruckt ist. Beide beschäftigen sich ausschließlich mit der Socialdemokratie.

Der Wisch des „Reichsboten" erklärt, die Socialdemokratie wolle das Deutsche Reich wehrlos, es zur Wüste machen, die Arbeiter würden „Staatssklaven" werden und erhebt die geistreiche Frage:

Deutsche Bürger, wollt Ihr Sklaven vom Socialistenstaat werden, dessen Herrscher Singer und Genossen sein würden?

Das zweite in Harburg erschienene äußerst fidele Flugblatt entwirft dieses Zukunftsbild:

Der ehemalige Bauer Hansjakob würde noch zu oft an den „eignen" Acker denken, während er als Staatsarbeiter hinter dem Staatspflug auf dem Staatsacker herginge. Der ehemalige Schlossermeister Gotthold würde nicht verstehen, warum er jetzt in der kleinen Staatswerkstatt zu Hinterdorf mit zwei andren Staatsarbeitern zusammengekoppelt ist, während in Stadthausen sein früherer Geselle Gernvoran jetzt Staatsaufseher in der schönen sauberen Staatswerkstatt ist, die sich Gotthold mit so viel sauer ersparten Groschen in langen zwanzig Jahren als Privatwerkstatt erworben und ausgestattet hatte. Und Hansjakob, Gotthold und Gernvoran würden sich nicht darüber zur Ruhe geben, daß **man den früheren „Genossen" Arons mit all seinem vielen Geld nach Paris hat verduften lassen, wo der „Verräter" jetzt von seinen Zinsen lebt** und — Vorträge über den deutschen groben Unfugstaat hält, zum Ergötzen von Leuten, die sich Jaurèsisten nennen!

Der Verfasser vergißt hinzuzufügen, daß Genosse Arons auf seinen Weg noch einige hinzugestohlene Millionen mitnehmen, und daß den Tyrannen des Zukunftsstaats die Staatssklaven zu Ritualmordzwecken zur Verfügung gestellt werden sollen. Diese Enthüllungen behält er sich für die Tage unmittelbar vor der Wahl vor.

An die Wähler des Wahlkreises **Calbe-Aschersleben** wendet sich der „bewährte bisherige Vertreter" Herr Placke mit der Frage: „Ist die Socialdemokratie wirklich die Freundin des kleinen Mannes?" In diesem Flugblatt wird erklärt, daß die Socialdemokraten die „wahren Metzger" der Arbeiter, Handwerker, Kaufleute und Beamten sind. An ein gefälschtes von uns längst richtiggestelltes Citat aus einer Rede des Genossen Antrick werden diese tiefsinnigen Betrachtungen geknüpft:

Also hört Ihr's, Ihr Eisenbahner, die Ihr Tag und Nacht unverdrossen Eure Pflicht thut und hundertmal Euer Leben in die Schanze schlagt, damit das Leben der Reisenden, auch der reisenden Herren Socialdemokraten, nicht gefährdet sei, Ihr seid nach der Ansicht dieser Herren vollständig überflüssig.

Und Ihr Briefträger und Postbeamten, die Ihr bei Wind und Wetter getreulich Eurer Pflicht obliegt, Ihr seid nach der Meinung der Herren Socialdemokraten vollständig überflüssig.

Und Ihr Polizisten und Nachtwächter, die Ihr — oft mit Lebensgefahr — den Kampf gegen das Verbrechen führt, Ihr seid nach der Auffassung der Herren Socialdemokraten vollständig überflüssig!

Und all' Ihr zahllosen Beamten in Stadt und Land, die Ihr getreulich und unverdrossen Euer oft schweres Amt verwaltet, Ihr seid nach der Ansicht der Herren Socialdemokraten vollständig überflüssig.

Entweder also muß unser armer Freund Antrick irrsinnig geworden sein oder — da er das glücklicherweise nicht ist — wird das Geistesprodukt eines tollgewordenen Idioten — vielleicht des Herrn Placke selber? als Wahlaufruf den Wählern unterbreitet.

In demselben Flugblatt steht zu lesen, daß Singer von seinen „Millionen lebt", daß der verstorbene Liebknecht — man höre und sei entsetzt — das Gehalt eines Regierungsrates bezog und daß die Parteisteuern, die höher als die Staatssteuern seien, mit Hilfe des Parteiknüppels eingetrieben werden.

Wir verzeichnen derartige Erscheinungen nicht, um gegen sie zu polemisieren, sondern nur als Dokumente deutscher Bildung am Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts. Wenn es nur ordnungsretterische Flugblätter gäbe, man müßte Deutschland für eine Kolonie von Kischinew halten.

*

Die „Vorwärts"-Druckerei.

Die „Germania" widmet der „Vorwärts"-Druckerei ihren zweiten Leitartikel. Weitere werden folgen. Diesmal ist sie einem Spaßvogel zum Opfer gefallen, der ihre solide Dummheit gründlich ausgebeutet hat.

Wir fischen nämlich in dem frommen Ragout staunend folgendes Stück:

„Ist es denn den jetzigen „Tintensklaven" beim „Vorwärts" nicht bekannt, wie selbst die Intelligenz eines Liebknecht nicht hinreichte, eine Unzahl von seinen Leitartikeln durch die höhere „Intelligenz" besonders des Herrn Bamberger statt in die Druckerei in den Papierkorb zu befördern? Aus dieser Andeutung mögen die Herren Kollegen vom „Vorwärts" entnehmen, daß wir besser unterrichtet sind, als sie annehmen."

Wir sind zerschmettert und bangen schaudernd vor neuen derartigen Enthüllungen. Das hat sich unser Freund Jakob Bamberger, der Teilhaber der privaten Druckerei war, in der früher der „Vorwärts" hergestellt wurde, und dessen Beziehungen zur Redaktion darin bestanden, daß er die geplagten Tintensklaven durch Spenden seines unerschöpflichen Witzlagers erquickte, nicht träumen lassen, daß er von der „Germania" zum grimmen, allmächtigen Torquemada der Redaktion befördert wird!

Solche Enthüllungen sind uns viel angenehmer als die notgedrungene Zurückweisung so oder Lügen wie die, daß wir Nacht- und Accordarbeit verherrlicht hätten.

*

Unsrer Aufforderung, ihre Arbeitsverhältnisse klarzulegen, kommt die „Germania" nicht nach. Sie ladet uns nur zur vertraulichen Einsichtnahme in ihre Lohnlisten ein. Wir haben kein Bedürfnis, in den Büchern der „Germania" zu schnüffeln. Und außerdem hat doch die Oeffentlichkeit ein Interesse daran, etwas vom katholischen Musterbetrieb zu erfahren.

Die „Sensation" des neuen Leitartikels aber ist eine — — anonyme Postkarte. Die „Germania" schreibt:

„Und da die Socialdemokraten selbst wissen, daß sie in letzterer Beziehung aus dem „Vorwärts" niemals die Wahrheit erfahren werden, so lesen sie eben die „Germania", und sie wenden sich sogar direkt an die Redaktion der „Germania", wie u. a. der Inhalt folgender Postkarte bezeugt, die wir, weil sie sachlich mit dem betreffenden Konflikt im Zusammenhang steht, hier wörtlich wiedergeben, und die jedenfalls aus der „Vorwärts"-Druckerei stammt:

> Es ist zu bedauern, daß der „Correspondent" nicht die Ursachen zu den Maschinenmeister-Streitigkeiten näher mitteilt. Wie erzählt wurde, ist einem Meister bei zwei Maschinen mit Anlege-Apparat für eine dritte Maschine einen Ausschnitt zu machen zugemutet worden. Derselbe weigerte sich mit Recht und wurde dies dem Reichstags-Abgeordneten F. als Leiter des Geschäfts mitgeteilt. Dieser drohte bei weiterer Arbeitsverweigerung mit Entlassung. Dem Maschinenmeister wurde nun die zweite Maschine abgenommen und er mußte den Ausschnitt machen. Das durfte er ja auch thun! Wie steht es aber dann mit der Unwissenheit des Herrn Geschäftsleiters?
>
> Ein Neugieriger!

Der Absender dieser Postkarte ist uns unbekannt, aber er ist offenbar nicht nur „Genosse", sondern auch ein „Wissender" und zwar in der Firma „Vorwärts"-Druckerei Paul Singer u. Co. Das genügt."

Die „Germania" glaubt also innerlich doch, was sie so heftig leugnet, daß auch Nichtparteigenossen in der „Vorwärts"-Druckerei arbeiten. Sonst würde sie nicht vermuten, daß ihre Postkarte aus unserm Betriebe stammt. Denn daß ein Socialdemokrat eine anonyme Postkarte an das Centralorgan der christlichen Brotwucherer schreibt, wird auch ihre leichtgläubige Einfalt nicht annehmen.

Was aber die Anschuldigungen der Postkarte anlangt, so ermächtigt uns der Reichstags-Abgeordnete Fischer zu erklären:

1. Es ist einfach erlogen, daß jemals in der „Vorwärts"-Druckerei einem Maschinenmeister zugemutet worden ist, bei zwei Maschinen mit Anlege-Apparat für eine dritte Maschine einen Ausschnitt zu machen.

2. Es ist daher ebenso erlogen, daß der Reichstags-Abgeordnete Fischer als Leiter des Geschäftes dem Maschinenmeister mit Entlassung gedroht habe.

8. Es ist daher endlich auch erlogen, daß dem Maschinenmeister nur die zweite Maschine abgenommen worden ist und er dann die Ausschnitte machen durfte.

Wir sagen mit der „Germania“: Das genügt!

Freisinnige Agitationsmethoden.

Eugen Richters „Socialistenspiegel“ bildet das Arsenal für die Flugblattagitation der Freisinnigen, und mit der Kaltblütigkeit, die jeden Gauner ziert, werden die verlogenen Geschichten trotz aller Widerlegungen Tag für Tag aufs neue vorgetragen. Aus einer Anzahl uns vorliegender Flugblätter greifen wir nur einige besonders krasse heraus. So wird in einer „Wahlzeitung für Torgau-Liebenwerda“, die zur Agitation für den freisinnigen Kandidaten Dr. A. Bernstein in Charlottenburg herausgegeben wird, der Socialdemokratie ein Vorwurf daraus gemacht, daß sie gegen das Bürgerliche Gesetzbuch gestimmt hat und dann heißt es:

„Das Bürgerliche Gesetzbuch hat eine einheitliche Reform des Gesinderechts angebahnt, vor allem aber das Züchtigungsrecht der Dienstherrschaften gegenüber dem Gesinde aufgehoben. . . Wenn es also nach den Socialdemokraten gegangen wäre, dann würde das Gesinde noch auf unabsehbare Zeit hin dem Prügelrecht der Herrschaft unterliegen.“

Die Haltung der Freisinnigen zum Bürgerlichen Gesetzbuche, besonders zum Gesinderecht, ist ausführlich gekennzeichnet in der Broschüre „Eugen Richters Socialistenspiegel; die Wahlfälschungen der Aktiengesellschaft Fortschritt“. Verlag der Expedition der Buchhandlung Vorwärts. Dort heißt es:

„Die Freisinnige Volkspartei rühmt sich gegenüber der Socialdemokratie, für das Bürgerliche Gesetzbuch gestimmt zu haben; dadurch seien Fortschritte erzielt worden.

Die Freisinnige Volkspartei hat durch ihre Zustimmung für Jahrzehnte hinaus die Schaffung eines wirklich modernen und einheitlichen deutschen Rechts verhindern helfen. Die Schaffung eines deutschen Einheitsrechtes war unabweislich; diese Reform mußte unter allen Umständen kommen. Deshalb hätte man die Regierung zwingen können, ein besseres Gesetz vorzulegen. Eine Ablehnung des Bürgerlichen Gesetzbuches hätte zur Folge gehabt die schleunige Vorlage eines neuen verbesserten Entwurfes.

Die nationalliberale Gesetzmacherei der siebziger Jahre ist dadurch berüchtigt, daß die Liberalen alle Flick- und Kompromiß-Arbeit hastig schluckten. Damit ist die moderne Ausgestaltung des Rechts bis zum heutigen Tage verhindert worden. An den Schäden schleppen wir seit Jahrzehnten, an dieser Kompromißsucht sind die Nationalliberalen zu Grunde gegangen. Es giebt keine gefährlichere Taktik als die der Flickgesetze, die ein zähes Leben haben und das Faule, längst Verfallene über seine Zeit hinaus konservieren.

Die Freisinnige Volkspartei hat aber auch direkt zur Verschlechterung des Bürgerlichen Gesetzbuches beigetragen. In der Kommission des Bürgerlichen Gesetzbuches haben die beiden freisinnigen Mitglieder **gegen die Aufhebung der Gesinde-Ordnungen** gestimmt und damit den **Ausschlag** für die Beibehaltung dieses mittelalterlichen Ausnahmerechts gegeben.“

Bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches war eine Gelegenheit, die Gesinde-Ordnungen zu beseitigen. Mit den Socialdemokraten waren Centrum und Polen bereit, das Ausnahmegesetz aufzuheben. Bei der entscheidenden Abstimmung der Kommission im März 1896 stimmten von 19 Mitgliedern 6 Ultramontane, 1 Pole und 2 Socialdemokraten für die Beseitigung der Gesinde-Ordnungen, die beiden freisinnigen Mitglieder stimmten mit den Junkern dagegen und brachten die Reform dadurch zu Fall. Erst später als die Freisinnigen sicher waren, daß die Beibehaltung der Gesinde-Ordnungen gesichert waren, entschlossen sie sich heuchlerisch für die aussichtslos gewordenen Anträge auf Abschaffung zu stimmen.

Der „Socialistenspiegel“ wiederholt die bereits recht bejahrte Lüge, daß für das Bürgerliche Gesetzbuch eine Ordnung des buntscheckigen Gesinderechts nicht möglich gewesen sei, weil die Regierung keine einheitliche Fassung für den Reichstag vorbereitet habe. Dieser Ausrede gegenüber ist bereits am 30. Juni 1896 Eugen Richter im Reichstag belehrt worden, daß die Kommission sich auf Anregung des Bundesrats schon seit 1874 mit dem Gesinderecht beschäftigt hat und daß schon 1888 das Material veröffentlicht worden ist.

Sogar das Eintreten für die Bestrafung des Kontraktbruches ländlicher Arbeiter hielt der Freisinn für vereinbar mit der Zugehörigkeit zur Partei. Im Anhaltischen Landtag war der freisinnig-volksparteiliche Abgeordnete Irmer für ein Gesetz betr. kriminelle Bestrafung des Kontraktbruchs eingetreten. Als er deshalb angegriffen wurde, holte er sich Rat bei der offiziellen Parteileitung in Berlin und der Geschäftsleiter schrieb ihm darauf wörtlich wie folgt:

„Geschäftsführender Ausschuß der Freisinnigen Volkspartei. Berlin SW., den 7. Juli 1902. Sehr geehrter Herr! Für die Zugehörigkeit zur Freisinnigen Volkspartei ist die Anerkennung des Nürnberger Parteiprogramms von 1897 maßgebend. Ueber die Frage der Bestrafung des Kontraktbruchs ist in diesem Programm nichts enthalten, die Stellungnahme bei dieser Frage also nicht maßgebend für die Zugehörigkeit zur Partei. Ergebenst Dr. Müller-Sagan.“

Das perfideste ist aber die Behauptung des freisinnigen Blattes, daß die Socialdemokraten das Prügelrecht der Herrschaften hätten aufrecht erhalten wollen. Der Thätigkeit der Socialdemokraten in der Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch ist nämlich die Aufhebung des Prügelrechtes zu verdanken; aus Anlaß ihrer Anträge ist erst der Zusatz zu § 95 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch beschlossen worden, nach welchem den Herrschaften kein Züchtigungsrecht mehr zusteht.

Auf gleicher Höhe steht, was ein andres, für den Dr. A. Bernstein ausgegebenes Flugblatt gegen die Haltung der Socialdemokraten zur Krankenversicherungs-Novelle sagt: Daß die Socialdemokratie gegen die Vorlage gestimmt, weil sie die Selbstverwaltung stark beeinträchtigt, sei „ein hohler Vorwand“. Und dann heißt es wörtlich:

„Aber noch mehr! Während die Socialdemokratie deshalb gegen das Gesetz als eine angebliche Verschlechterung stimmte, hatte sie doch nicht den Mut, die Ablehnung zu bewirken, was nach der Geschäftsordnung durch Anzweiflung der Beschlußfähigkeit ein leichtes gewesen wäre. Sie wagte es nicht, in dieser Weise die Ausdehnung der Krankenversicherung zu verhindern.“

Es wird also der Socialdemokratie nicht nur vorgeworfen, daß sie gegen das Gesetz gestimmt hat, es wird ihr auch ebenso vorgeworfen, daß sie keine Obstruktion dagegen getrieben hat; hätte sie aber durch Obstruktion das Gesetz zu Falle gebracht, dann könnten wir in freisinnigen Blättern erst recht was hören von Mißbrauch des Parlamentarismus, Vergewaltigung der Mehrheit durch die Minderheit, rüder Obstruktion usw. Dabei ist es gerade der geschickten Taktik der Socialdemokratie zu danken, daß das Centrum Kotau machen und die ärgste Verschlechterung des alten Gesetzes wieder zurückziehen mußte.

Mit den Argumenten des „Socialistenspiegels“ arbeitet auch ein freisinniges Blatt, das im Kreise Jauer für Herrn Hermes verbreitet wird. Es ist das Kapitel, in dem die Freisinnigen ihre Stellung zu den Lebensmittelzöllen kennzeichnen. Auch in diesem Punkte ist nicht etwa nur Richter schwierig. Es heißt in dem Blatte:

In den socialdemokratischen Flugblättern und Reden spielt der Kampf gegen Zollerhöhungen die Hauptrolle. Es wird verlangt, vielfach unter Angriffen auf die Freisinnigen, daß alle Zölle und Verbrauchssteuern abgeschafft und durch eine direkte Reichssteuer auf die höheren Einkommen und Vermögen ersetzt werden. Aber wenn auch nur die Reinerträge des Reiches aus den gegenwärtig bestehenden Zöllen und Verbrauchssteuern gedeckt werden sollen durch eine direkte Reichssteuer, so müßte die Reichssteuer eine Milliarde einbringen und zu einer Belastung des Einkommens führen, welche, zuzüglich der preußischen Staats-Einkommensteuer und der Zuschläge der Gemeinden zu derselben 20 bis 25 Proz. betragen würde. Wenn diese Steuer nun gar noch auf „höhere Einkommen“ gelegt werden soll, so steigert sich der Prozentsatz noch darüber hinaus in dem Maße, wie diese höheren Einkommen einen geringeren Bruchteil des Gesamteinkommens des Volkes darstellen. Der Socialdemokratie freilich würde es willkommen sein, wenn durch solche Belastung des Einkommens jeder Trieb zu geschäftlichen Unternehmungen oder zu Ersparnissen erstickt würde, denn die Socialdemokratie will ja, daß alles Privatkapital und alle Privatunternehmungen auf den Staat übergehen.

Die bereits erwähnte Broschüre, die mit den Hauptlügen des „Socialistenspiegels“ gründlich aufräumt und den kapitalistischen Charakter der Freisinnigen aufdeckt, behandelt auch dieses Kapitel:

„Das freisinnige Programm fordert zwar Entlastung von indirekten Steuern, der „Socialistenspiegel“ aber wendet sich gegen die Forderung der Socialdemokratie, die indirekten Steuern durch direkte Reichssteuern zu ersetzen. Wollte man, so wird berechnet, die rund 900 Millionen indirekte Reichseinnahmen durch direkte Steuern ersetzen, so würde das für Preußen eine Steigerung der Einkommensteuer auf 15 Proz. und der Vermögenssteuer von $^1/_2$ auf $1^7/_8$ pro Mille bedeuten.

Diese Zahlen haben an sich nichts Erschreckendes, wenn man bedenkt, daß man die Hungereinkommen der Besitzlosen bis auf 25 Proz. indirekt zu besteuern wagt. Aber es ist gar nicht nötig, gerade die Einkommensteuer so hoch zu treiben. In Preußen beträgt das Vermögen über 6000 M. rund 74 Milliarden. Legt man auf diese Vermögen nur eine Steuer von $^1/_2$ Proz., so macht das jährlich allein eine Einnahme in Preußen von 350 Millionen Mark. Dann braucht man nur den jetzigen niedrigen Prozentsatz der preußischen Einkommensteuer, die 1903 auf 174 Millionen veranschlagt ist, auch im Reich zu Grunde zu legen, und sämtliche indirekten Steuern sind gedeckt, da Preußen etwa für das Reich 540 Millionen aufzubringen hätte; spannt man die höheren Einkommen nur ein wenig schärfer ein, so können die niederen Einkommen bis 3000 M. überhaupt im Reiche freigelassen werden. Dann aber ist gänzlich unausgebaut die Erbschaftssteuer, die heute in Preußen den Bettel von 10 Millionen einbringt. In England war die Erbschaftssteuer 1901 auf 338 Millionen Mark veranschlagt, in Frankreich (1894/96) 153 Millionen, Italien 30 Millionen, Oestreich 20 Millionen. In England entfällt an Erbschaftssteuer 6,60 M. auf den Kopf der Bevölkerung, in Frankreich 3,95, Oestreich 0,80, Spanien 0,75 M. Deutschland besteuert die Erbschaften von allen Ländern am geringsten: 0,42 M. pro Kopf.

Die Angaben zeigen, daß es ganz leicht ist, die Ausgaben des Reiches auf direkte Weise zu decken, nur müßte das Kapital ein wenig, nur ein wenig derber angefaßt werden. Der Freisinn aber will das Kapital schonen und deshalb ist er bemüht nachzuweisen, daß die indirekten Steuern nicht abgeschafft werden können. Damit macht er freilich sein Programm zum Kinderspott, weist der „Socialistenspiegel“ doch sogar auf die schrecklichen Folgen der Aufhebung der indirekten Kommunalsteuern hin, die von der Volkspartei im Reichstag selbst beantragt worden ist.“

Allen Parteigenossen, denen die unangenehme Aufgabe zufällt, sich mit Freisinnigen auseinanderzusetzen, sei diese Broschüre als wichtigstes Hilfsmittel dringend empfohlen.

Der Barthsche Freisinn. Man muß es den führenden freisinnigen Wadelstrümpflern lassen, daß sie in diesem Wahlkampfe, aus welchen Motiven immer, den Liberalismus mit größerer Intelligenz und mehr Anstand als irgend eine andre bürgerliche Partei, namentlich aber die Richterianer, zu wahren versuchen.

In Sorau stimmen, wie wir schon erwähnten, die Wähler der Freisinnigen Vereinigung gleich im ersten Gange für den rechtsnationalliberalen Kommerzienrat Bahn. Der 1898er Kandidat der Freisinnigen Vereinigung für Sorau-Forst, Gothein äußerte am 3. Juni in einer Versammlung zu Wolgast auf eine Interpellation unsrer Parteigenossen:

Ich mißbillige es aufs schärfste, daß die Freisinnigen in Sorau-Forst (Klees) für einen Mann wie Bahn, den ich kenne, im ersten Wahlgange stimmen wollen. **Ein wirklich freisinniger Mann kann diesem Herrn nicht seine Stimme geben.** —

Auch die „Liberale Korrespondenz“ hatte schon eine ähnliche Erklärung abgegeben. Aber dies klügere und dennoch erfolglose Verhalten der Führer beweist doch nur, daß sie keine Macht über ihre Anhänger haben, deren kapitalistisches Klasseninteresse sie lieber mit Kröcher als mit Barth gehen heißt, selbst wenn sie zur Partei Barths gehören. —

Berliner Centrumsparade.

Eine große in den Cirkus Busch einberufene „Katholiken-Versammlung“, welche vom Berliner Central-Wahlkomitee der Centrumspartei und den Berliner katholischen Vereinen Donnerstagabend veranstaltet wurde, hatte offenbar nur den Zweck zu zeigen, daß das Centrum auch in Berlin die katholische Volksseele kochen lassen könne. Nur katholische Wähler waren zu der Versammlung eingeladen; andersdenkende wurden von vornherein darauf aufmerksam gemacht, daß sie in der Versammlung nicht erwünscht seien und daß Bureauwahl und Diskussion nicht stattfinde. 150 handfeste Ordner waren aufgeboten, um jede unliebsame Störung zu verhindern. Man war auch hübsch unter sich. Für den Besuch der Versammlung war mit Hochdruck gearbeitet worden; von den Kanzeln wurde für sie agitiert, vor und in den katholischen Kirchen Einladungen verteilt. So strömten denn die Schäflein in hellen Scharen herbei. In großer Zahl waren katholische Geistliche erschienen, an ihrer Spitze der bischöfliche Delegat, Prälat Neuber.

Nachdem der Einberufer zur Eröffnung der Versammlung ein dreifaches Hoch auf Kaiser und Papst ausgebracht hatte, wetterte der Berliner Kurat Kowal gegen den Freispruch des evangelischen Pfarrers Schwarz durch die Mannheimer Geschworenen und erhob Klage über den hierdurch neuerlich bewiesenen mangelhaften Schutz der katholischen Kirche. Er pries die Verdienste des Papismus um die Kultur; viele der größten Entdeckungen und Fortschritte der Wissenschaft seien durch Mönche und Kleriker gemacht worden. Bei deren Aufzählung hob er besonders hervor, daß Kopernikus, ein Mönch, als erster die Bewegung der Erde um die Sonne festgestellt hatte; daß die katholische Kirche aber die Verbreitung dieser Erkenntnis mit Folter und Galgen aufzuhalten suchte, so lange sie konnte, verschwieg er wohlweislich.

Nach ihm sprach der Zählkandidat des Centrums für Berlin, Pfarrer Dr. Stephan, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß **Berlin zwar noch nicht diesmal, aber vielleicht in 10 Jahren Centrumsleute in den Reichstag wählen werde!** Nach dieser frommgläubigen Verheißung kamen die beiden für den Abend verschriebenen Paradepferde zu Wort: Dr. Krüsemann aus Krefeld und Ehren-Bachem; die einen ganzen Lügensack von Märchen über die Arbeiterfremdlichkeit des Centrums und die Religionsfeindlichkeit der Socialdemokratie ausleerten, den Zolltarif als eine volksretterische That priesen und mit allerlei plumpen Hanswurstiaden und Kapuzinerspäßen die Zuhörer über die Fadenscheinigkeit ihres Phrasengeklingels zu täuschen suchten. Es verlohnt umsoweniger, auf die Einzelheiten dieser rednerischen Leistungen einzugehen, als es durchwegs alter Kohl war, den die beiden vor jeder Widerlegung sich geschützt wissenden Helden aufwärmten, und die Versammlung doch nur den Wert einer privaten Belustigung hatte. Bewundernswert war uns nur die Unverfrorenheit, mit welcher Krüsemann unter dem Beifall der Versammlung die Judasrolle des Centrums bei der Durchdrückung des Zolltarifs als ein Verdienst hinstellen konnte. Nacht muß es sein, wo solche Sterne strahlen!

Geltung der Arbeiter-Fahrkarten am Wahltage. Auf einen Antrag des Central-Wahlkomitees der Provinz Brandenburg hat die kgl. Eisenbahndirektion Berlin verfügt:

Aus Anlaß der Reichstagswahlen dürfen die Arbeiter-Rückfahrkarten am 16. Juni zur Rückfahrt nach dem Wohnort benutzt werden. Ebenso haben wir angeordnet, daß neue Arbeiter-Rückfahrkarten ausgegeben werden dürfen:

a) am 16. Juni zur Fahrt vom Arbeitsort nach dem Wohnort;
b) am 16. oder 17. Juni zur Fahrt vom Wohnort nach dem Arbeitsort.

Die unter a bezeichneten Arbeiter-Rückfahrkarten berechtigen zur Rückfahrt nach dem Arbeitsort am 16. oder 17. Juni.

Angst vor der Volksaufklärung.

Die konservative „Schlesische Zeitung“ veröffentlicht in deutlich erkennbarer Absicht an hervorragender Stelle folgendes:

„Das öffentliche Verteilen von Druckschriften an Sonn- und Feiertagen ist nach der Rechtsprechung des Kammergerichts als eine durch § 1 Absatz 1 der Polizeiverordnung des Oberpräsidenten von Schlesien vom 9. März 1896 verbotene Arbeit anzusehen und daher gemäß § 17 a. a. O. strafbar. Diesem im Interesse der äußeren Heilighaltung der Sonn- und Feiertage erlassenen Verbote stehen die Vorschriften des § 43 Absatz 3 und 4 der Gewerbe-Ordnung nicht entgegen, es ist also das Verteilen von Druckschriften an Sonn- und Feiertagen an öffentlichen Orten im Sinne der angeführten Polizeiverordnung auch während der Wahlzeit (d. i. in der Zeit von der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages bis zur Beendigung des Wahlaktes) mit Strafe bedroht.“

Es ist zunächst keineswegs unbestritten, ob das Flugblattverteilen an Sonntagen als Arbeit im Sinne der fraglichen Verordnungen aufzufassen ist; die Entscheidungen der Landgerichte weichen jedenfalls in der Auffassung des Begriffes der Arbeit im Sinne der Verordnungen erheblich von einander ab. Denn es ist noch sehr die Frage, ob der Reichstag die Beseitigung des § 43 der Gewerbe-Ordnung durch Polizeiverordnungen stillschweigend hinnehmen wird. Bevor dies aber zur Entscheidung kommt, ist trotz alledem das Verteilen von Druckschriften an nicht öffentlichen Orten, **also in den Häusern**, auch durch die Verkrümmungsverordnungen nicht verboten. Das hat das Kammergericht mehrmals entschieden, und zwar im Februar 1903 gegenüber einem Urteil des Landgerichts Kottbus und im November 1902 in Uebereinstimmung mit einem Urteil des Landgerichts Lissa. Also nicht bange machen lassen.

Im Wahlkreise Frankfurt-Lebus hat der bisherige Vertreter des Kreises, der Reichsparteiler Haake, die Erklärung abgegeben, daß er von der Kandidatur zurücktritt, um eine Zersplitterung der konservativen Stimmen zu verhüten. Ihm ist bekanntlich von den Konservativen der Scharfmacher Felisch entgegengestellt worden.

Freie Wahl in Ostpreußen. Ein Inspektor vom Gute Barteinen bei Bladiau hat den Gutsarbeitern alle socialdemokratischen Flugblätter und Stimmzettel, die sie von einem Flugblatt-Verteiler bekommen haben, sofort weggenommen. Die Arbeiter hatten die Flugblätter noch gar nicht gelesen. Als eine Frau den Mut fand, dem Inspektor zu erklären, daß sie die Blätter doch erst lesen wolle, erklärte der Mann, daß sie diese Blätter und Stimmzettel gar nicht brauchen. **Am Tage der Wahl bekämen sie andre Stimmzettel.** Mit solchen Mitteln werden konservative Wahlen gemacht.

Auch mit dem schlichten Manne aus der Grube im 19. sächsischen Wahlkreise, dem Bergarbeiter Hänel, geht es zu Ende. Seine eignen Macher lassen ihn im Stiche. Fünf bis zehn Mann erscheinen nur noch in seinen Versammlungen, so daß er, wenn er wirklich noch bis zum Wahltage aushält, dann wahrscheinlich ganz allein sein wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Juni.

Militärische Wahlrechtsberaubung.

Es stellt sich nunmehr heraus, daß die offiziöse Bekanntmachung, daß die Wahlzeit von Reserve-Uebungen freigehalten werden würde, eine grobe Täuschung der öffentlichen Meinung bezweckte. Auch 1898 wurde das gleiche Spiel getrieben. Man sprengte offiziöse Beruhigungsnachrichten aus, daß das Wahlrecht gegen militärische Eingriffe gesichert sei, während die Militärbehörden in Wahrheit ganz gemütlich Wahlberechtigte zu den Uebungen einzogen.

Wie man uns neuerdings mitteilt, sind auch eine größere Anzahl Berliner bereits am 2. Juni zu 14tägigen Uebungen nach Graudenz, Danzig und Deutsch-Eylau eingezogen, gehen also ihres Wahlrechtes verlustig. Ferner sind in Berliner Vororten am 3. Juni Gestellungsbefehle zum 17. Juni eingegangen. Hier wird also die Beteiligung an den Stichwahlen vereitelt, woraus unsre Genossen einen neuen Anlaß entnehmen mögen, gleich in der Hauptwahl zu siegen. Aus Duisburg werden Einberufungen zum 20. Juni nach Mülheim berichtet.

Sollte Graf Posadowsky nicht auch darin die Erfüllung einer „sittlichen, einer ethischen Pflicht“ sehen, daß Staatsbürger nicht ohne jede Not von Militärbehörden des Wahlrechts beraubt werden? —

Bis zu den alten Meineidslügen

ist nun der Kampf gegen die Socialdemokratie bereits wieder gediehen. Daß die Socialdemokratie den Meineid verteidige, ist zwar von den Leuten, die den Volksbetrug zum politischen System erhoben haben, die sich nicht schämen, Arbeitern unter der Drohung mit dem Hunger das Bekenntnis zu einer politischen Ansicht abzuzwingen, die ihrer Ueberzeugung widerspricht, schon hundertmal behauptet worden; die Behauptung wird aber dadurch nicht wahrer, vielmehr wird die Verleumdung immer bösartiger. Nach der „Konservativen Korrespondenz“ beginnt jetzt ein Artikel wieder die Runde durch die Presse zu machen, in dem teils durch die aus dem Zusammenhang gerissenen Citate, teils durch Argumente, die mit der Frage nach der bürgerlichen Wahrhaftigkeit der Socialdemokraten gar nichts zu thun haben, bewiesen werden soll, daß wir den Meineid billigen.

Da wird zunächst aus der Nr. 161 des „Vorwärts“ von 1892 citiert: „daß man, um einen Kameraden herauszureden, von der Wahrheit abweicht, ist zwar nicht zu billigen, aber doch auch kein Verbrechen“. Der Satz spricht schon für sich selber; er mißbilligt ausdrücklich das Abweichen von der Wahrheit, und wie er dazu kommt zu sagen, daß es doch immer noch kein Verbrechen sei, einen Kameraden herauszureden, dazu muß man eben den Zusammenhang kennen. Der Satz ist geschrieben in Anknüpfung an einen Bericht der „Kreuz-Zeitung“ über eine Gerichtsverhandlung. Darin war berichtet, daß zwei befreundete junge Arbeiter bei einem Spaziergange mit einem Feldhüter in Differenzen geraten seien. Bei dieser Gelegenheit soll der eine Arbeiter den Feldhüter beleidigt haben. Er wurde vor Gericht gestellt und sein Begleiter, als Zeuge geladen, beschwor, keine Beleidigungen gehört zu haben. Schließlich gab er jedoch zu, daß er die Unwahrheit beschworen und sein Freund ihn dazu beredet habe. Die Folge war, daß der eine zu 15 Monaten Zuchthaus, der andre zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Der „Vorwärts“ nahm aus diesem Bericht Anlaß, sich ernsthaft dagegen auszusprechen, daß um jede Kleinigkeit vor Gericht ein Eid geleistet werden müsse und auf diese Weise Leute ins Zuchthaus gebracht, zu Verbrechern gemacht und für ihr ganzes Leben geschädigt werden um eine Sache, die das an sich doch wahrlich nicht wert sei. Der Artikel giebt dem Gedanken Ausdruck, daß man durch barbarische Strafen die Verbrechen nicht bekämpfen kann, sondern man müsse suchen, sie durch Vorbeugungsmaßregeln zu verhüten. Nur weil man um eine Lappalie einen Eid schwören läßt und einen Menschen in den Gewissenskonflikt bringt, entweder den Freund zu verraten oder sich zum Verbrecher zu machen, deswegen schrieb der „Vorwärts“ den Satz. Die Mehrzahl der wissenschaftlich gebildeten modernen Kriminalisten steht in der Eidesfrage auf demselben Standpunkte, den der „Vorwärts“ in der besagten Notiz eingenommen hat, den er immer vertreten hat und auch heute noch vertritt.

Ein weiterer Beweis für unsre Meineidigkeit soll darin liegen, daß der „Vorwärts“ im Jahre 1891 eine Resolution zum internationalen Kongreß abdruckte, die im Falle eines Krieges zwischen europäischen Staaten, mit Ausnahme von Rußland, zur Verweigerung der Heeresfolge auffordert, und dazu nichts weiter zu bemerken gehabt habe als:

„Wir glauben, daß die vorgeschlagene Resolution theoretisch wie praktisch gleich anfechtbar sei, sind aber zur Mitteilung verpflichtet."

Es handelt sich um einen Antrag, der zur Tagesordnung des internationalen Kongresses von einer ausländischen socialistischen Gruppe gestellt war, den wir mitteilen mußten, weil wir alle zu dem Kongresse gestellten Anträge vorher zur Kenntnis der Teilnehmer bringen mußten, und wir haben uns gegen ihn gewendet. Was sollten wir wohl sonst noch thun? Dabei muß man immer noch bedenken, daß die Tendenz des Antrages doch die Verhinderung des Krieges, also gewiß nichts Unsittliches ist. Mit den Tendenzen des Antrages muß sogar jeder Christ einverstanden sein; gegen das vorgeschlagene Mittel aber haben wir uns ausgesprochen.

Dann wird uns weiter vorgehalten, daß wir die Aufstellung unsres wegen Meineides zu Zuchthaus verurteilten Genossen Schröder als Reichstags-Kandidaten seiner Zeit als einen würdigen Protest gegen das Urteil des Essener Gerichts bezeichnet haben. Wir haben gar keinen Grund, uns dessen zu schämen. Mit uns waren und sind Hunderttausende der Ueberzeugung, daß unser Genosse Schröder das unschuldige Opfer eines politischen Tendenz-Prozesses geworden ist; diese Meinung ist auch von zahlreichen Juristen und andern Angehörigen bürgerlicher Kreise geteilt worden. Die Aufstellung Schröders als Reichstags-Kandidat war eine berechtigte Auflehnung des Volksgewissens gegen das politische Tendenz-Urteil. Dem Genossen Schröder ist soeben die Ehre gegeben worden, dem internationalen Bergarbeiter-Kongresse präsidieren zu dürfen, auf dem die englischen Arbeiter, die uns so oft als Musterknaben vorgehalten werden, die Mehrheit bilden. Auch sie halten Schröder trotz seiner Verurteilung noch immer für einen Ehrenmann.

Schließlich das thörichte Gerede, es sei ein Meineid, wenn Socialdemokraten beim Eintritt in Parlamente den Eid auf eine die monarchische Staatsform gewährleistende Verfassung schwören. Dieser Eid bedeutet niemals die Unabänderlichkeit einer Verfassung, die monarchische Staatsform kann sehr wohl auf dem Wege ruhigster Gesetzlichkeit geändert werden, und schließlich: wieviel Fürsten haben nicht schon beschworene Verfassungen gebrochen! Wie oft ist nicht schon in der konservativen Presse zum Staatsstreich, das heißt zum Verfassungsbruch aufgefordert worden!

Den Schluß des Meineidsartikels bildet ein Citat aus dem — „Socialist" von 1892, der gegen die socialdemokratische Partei polemisiert, weil diese sich von Staatsanwälten nicht des Meineides beschuldigen lassen wollte. Gewiß ein unanfechtbarer Beweis dafür, daß die Socialdemokratie den Meineid verteidigt.

Es ist ein moralisch durch und durch verlottertes Gesindel, das den politischen Gegner mit solchen schmierigen Waffen bekämpft. Konservative, die Leute, denen nichts heilig ist wie ihr persönlicher Vorteil, sich moralisch entrüsten zu sehen, ist ohnedies widerwärtig genug; wenn diese Entrüstung aber nur möglich ist auf der Grundlage plumper Verleumdungen, so wird das doppelt ekelhaft. Es wird eine wahrhafte Erlösung der Menschheit bedeuten, wenn wir sie einst von diesem verkommenen Lügengesindel befreit haben werden, das nur existieren kann auf dem Nährboden der kapitalistischen Korruption. —

In der bekannten Wahlbestechungs-Angelegenheit, die sich vor der Wiederwahl Emmels zum Abgeordneten im Landesausschusse durch den Gemeinderat abspielte, hat jetzt der Staatsanwalt das Verfahren gegen die Vermittlerin, Frau Kirchhoffer, eingestellt, weil der Stimmenkauf nicht verwirklicht worden und der bloße Versuch der Wahlbestechung straflos sei. —

Johann Jacoby und Eugen Richter. Im Briefkasten der „Freis. Zeitung" fanden wir zu diesem Gegenstand die weitere Beschwichtigungsnotiz: „Berlin I. Johann Jacoby hatte sich 1870 der Socialdemokratie zugewandt. Dies war der Grund, warum die Fortschrittspartei ihn fallen lassen mußte." Schade, daß Franz Ziegler am 4. Dezember 1870 von diesem Grunde nichts wußte; vielleicht hätte er dann das Verhalten der Fortschrittler gegenüber Johann Jacoby nicht so scharf gebrandmarkt, wie er es in dem an jenem Tage an das fortschrittliche Wahlkomitee des zweiten Berliner Landtags-Wahlkreises gerichteten Schreiben gethan (vergl. „Vorwärts" Nr. 128). Die „Freisinnige Zeitung" ist offenbar zu spät gegründet worden. —

Christliche Plutokratie. Die Kritik, die wir an den Flugblättern des Volksvereins für das katholische Deutschland geübt haben, hat es der „Germania" angethan. Sie läßt daher den üblichen Widerlegungsartikel los. Wir erfahren darin, daß wir das Erfurter Programm verfälschen, weil sonst die biedere „Germania" nicht recht behält, daß wir aus dem Parteiprogramm eine — Geheimlehre machen, weil es für die „Germania" bislang eine solche geblieben ist und bis zu ihrem seligen Ende wohl auch bleiben wird, daß wir uns in der Rolle des Spaßmachers gefallen, weil der „Germania" der Sinn für ihre eigne unfreiwillige Komik abhanden gekommen ist, und noch einige Liebenswürdigkeiten mehr, nur nichts, was uns der Sache nach widerlegen könnte. Nur auf eine einzige Stelle unsrer Ausführungen geht die „Germania" mit ihrer bekannten journalistischen Geschicklichkeit näher ein. Angesichts der Thatsache, daß es in Deutschland nicht weniger als $4^1/_4$ Millionen landwirtschaftlicher Betriebe unter 5 Hektar giebt, während die Zahl der Betriebe mit größerer Fläche kaum $1^1/_4$ Millionen beträgt, von welch letzteren jedoch wiederum nahezu 1 volle Million auf die kleinen Betriebe von 5—20 Hektar entfällt, hatten wir auf die Berechtigung der von socialdemokratischer Seite aufgeworfenen Frage hingewiesen, wie viele Körner bauende Bauern denn überhaupt für den Getreidemarkt produzieren und demnach ein Interesse an höheren Zöllen besitzen. Die „Germania" meint dazu:

„Das weiß jedes politische Kind, daß z. B. die Million landwirtschaftlicher Betriebe unter 20 Ar (dreiviertel preußischer Morgen) keine getreidebauenden, ja überhaupt keine bäuerlichen Betriebe sind; danach kommen 815 000 mit je 20—50 Ar, 676 000 mit je 50 Ar bis 1 Hektar (2—4 Morgen) und 707 000 Betriebe mit je 1—2 Hektar (4—8 Morgen), das alles sind Parzellenbetriebe, von denen niemand behauptet hat, daß sie in der Regel Getreide verkaufen. Aber auf diese Parzellenbetriebe kommt nur der zwanzigste Teil des deutschen Bodens, und wir meinen, wenn man über Zollfragen für den Bauernstand spricht, richtet man sich nicht nach einem Zwanzigstel der Landwirtschaft, sondern nach den übrigen neunzehn; denn das eine Zwanzigstel kann unser Volk nicht ernähren."

Das heißt mit nackten Worten die Existenz der wenig oder nichtsbesitzenden Mehrheit der Existenz der begüterten Minderheit aufopfern, die erstere der letzteren gegenüber zum völligen Nichts verurteilen, oder, wie das von unserer Seite im Reichstage stets betont wurde, aber gerade von den klerikalen Herren mit salbungsvollem Nachdruck bestritten zu werden pflegte: „Gieb dem, der da hat, und nimm dem, der da nichts hat. „Krasser kann man den plutokratischen Geldsackstandpunkt, dem insbesondere die Brotzölle entsprossen sind, nicht hervorzukehren, als es der konfuse Schwätzer der „Germania" in seiner unbedachten Offenherzigkeit in den obigen Worten gethan hat, und wir gestatten uns daher, jene Bemerkung der „Germania" weiter zu verbreiten.

Die „Germania" meint sodann, wir hätten uns an 28 von den 36 Flugblättern vorbeigedrückt und betont die „sachlichste, wissenschaftlichste" Weise, in der die Flugblätter die kritische Sonde „an Lehre und Gebahren der Genossen" gelegt hätten. Von dieser „sachlichsten, wissenschaftlichsten" Weise der Flugblätter unter hunderten nur ein einziges Beispiel; da heißt es: Wer führt denn in der socialdemokratischen Fraktion das große Wort? Etwa Arbeiter? Mit nichten. Der Fabrikant Singer, der Rechtsanwalt Stadthagen, der Chemiker Wurm, der Rechtsanwalt Dr. Herzfeld, der Rechtsanwalt Haase, der Schriftsteller Hoch, der Schriftsteller Eduard Bernstein — sie alle und keine Arbeiter, sie gehören, wie noch manche andre Mitglieder der socialdemokratischen Fraktion zu den „studierten Leuten", welche die Socialdemokratie sonst nicht genug herunterreißen kann, wenn sie sich der Arbeiter annehmen, und die genannten sind allesamt Juden. Arbeiter! Wir thun nicht mit bei der antisemitischen Hetze, aber das sagen wir uns doch: wir halten diese Juden nicht für geeignete Vertreter des Arbeiterstandes!"

Diese eine Stelle, denen wir hunderte gleichen Kalibers und gleicher Gesinnungstüchtigkeit anreihen könnten, sind doch die Flugblätter von der ersten bis zur letzten Zeile nichts als eine verlogene Schmieralie dieser Art, mag die „Germania" darüber belehren, weshalb wir nicht näher auf dieselben eingegangen sind, als wir gethan haben. Wir haben an der Hand der principiellen Einwendungen gegen das Erfurter Programm die totale Abhängigkeit der klerikalen Kritik von der Wald- und Wiesenpolemik der bürgerlichen Oekonomen aufgezeigt und die Aufmerksamkeit unsrer Agitatoren auf diese Seite des „Materials" gelenkt; damit mußten wir unsre Aufgabe um so mehr als erfüllt betrachten, als wir eine zu hohe Achtung vor unsrer arbeitenden Leserschaft besitzen, um sie mehr als notwendig mit klerikalen Albernheiten zu regalieren, wie sie sich für die ihr Amt mißbrauchenden Hetzkapläne der „Germania" vielleicht schicken mögen. —

Gesandten-Erziehung.

München, 4. Juni. (Eig. Ber.)

Vor dem Schöffengericht in München hatten sich heute der Maler Th. Th. Heine, und der Redakteur Linnekogel des „Simplicissimus" zu verantworten. Die beiden Angeklagten waren beschuldigt, in Nr. 6 des „Simplicissimus" dadurch groben Unfug erregt zu haben, daß sie (nach dem Wortlaut der Anklageschrift) „die Darstellung von zwei, je einem menschlichen Gesäß nachgebildeten Mechanismen brachten, in deren hintere Oeffnung je eine nach der Ueberschrift Gesandten-Erziehung wie nach dem beigegebenen Text als angehender deutscher Diplomat zu erachtende männliche Figur geschoben wird bezw. kriecht." Als Zeugen und Sachverständige hatte die Verteidigung laden lassen, den Herausgeber der „Jugend", Dr. Hirth, den Vertreter der „Frankfurter Zeitung" in München, Redakteur Kastner und den Schriftsteller Dr. Max Halbe. Diese drei Herren wurden aufgefordert, ihre Meinung über die Darbietungen des „Simplicissimus" im allgemeinen und das inkriminierte Bild im besonderen auszusprechen.

Dr. Hirth bemerkte u. a., der „Simplicissimus" habe das große Verdienst sich erworben, daß er Dinge antastet, die früher als unangreifbar galten. Was das Bild selbst betreffe, so sei es von einem gewissen steifnackigem Patriotismus erfüllt und wolle nur zum Ausdruck bringen, was Hunderttausende in Deutschland fühlen. Was zahlreiche gebildete Menschen über das Verhalten der deutschen Diplomatie sagen, bringt das Bild zum Ausdruck. Heine hat seine Aufgabe in einer ganz charmanten Weise gelöst. Er hat nicht wirkliche Körperteile gezeichnet, sondern etwa Gliederpuppen aus Papiermaché. Die Herren Diplomaten können in der gemütlichsten Weise hineinschlüpfen und der eine, der herauskommt, macht ein Gesicht, als wollte er sagen: da drinnen war es gar nicht so übel. Nur das Herunter-steigen scheint ihn zu genieren, es ist, als fürchte er die öffentliche Kritik. Es gehe nicht an, einem geistreichen Künstler so enge Grenzen zu ziehen, daß er sich überlegen muß, ob nicht etwa ein junges Mädchen an seinem Werke Anstoß nehmen werde. Das Bild erinnere an eine Redensart des Göz von Berlichingen, die auch auf anständigen Hofbühnen ausgesprochen werde.

Amtsanwalt: Sie selbst vermeiden es ja ängstlich, diese Worte auszusprechen.

Dr. Hirth: Ja, wenn ich dispensiert werde?

Vorsitzender! Bitte, Sie sind dispensiert.

Dr. Hirth: Nun, es handelt sich in dem Bilde um eine Geißelung der Arschkriecherei, des Gemeinsten und Erbärmlichsten, was es giebt!

Redakteur Kastner: Der „Simplicissimus" hat sich das Verdienst erworben, daß er in Dinge hineinleuchtete, die man anders gar nicht beleuchten kann. Ueber das Bild ist in gebildeten Kreisen viel gelacht worden und man hat ihm vielfach recht gegeben. Der Zeuge schließt sich im übrigen dem Gutachten Dr. Hirths an.

Dr. Max Halbe: Den „Simplicissimus" halte ich für eines der besten Ventile der öffentlichen Meinung. Ich bin ja mitunter nicht derselben Meinung wie er, aber die Ehrlichkeit seiner Gesinnung ist mir niemals zweifelhaft gewesen. Ich habe selten so herzlich gelacht, als über dieses Bild. Hinterher fragte ich mich, wie es denn kommt, daß man über die Darstellung eines an sich unangenehmen Vorganges so lachen kann. Aber dem Zeichner ist es eben gelungen, die reine Wirklichkeit ins Künstlerische zu sublimieren. Ich hatte erst gar nicht das Gefühl, daß es sich um Körperteile handelte, sondern dachte, es seien Turngeräte, an denen die jungen Diplomaten ihre Uebungen machten. Ich glaube, das ist das Wesen der Kunst, daß sie die niedrigen Realitäten vergessen läßt, und das ist Heine hier in hervorragendem Maße gelungen.

Der Amtsanwalt bemerkt in seinem Plaidoyer, die Art, wie der bewußte Körperteil im Bilde zum Ausdruck gebracht wurde, sei den ästhetischen Gesetzen der Kunst nicht gerecht geworden. **Die eine Diplomatenfigur trage sogar die Züge des Herrn Reichskanzlers.** (!!) Das Publikum sei in seiner unbestimmten Allgemeinheit durch die Zeichnung belästigt worden, und daß eine Verletzung und Gefährdung des öffentlichen Anstandes und der guten Sitte vorliege, darauf brauche er nicht weiter einzugehen. Der „Simplicissimus" sei gewiß ein geistreiches und witziges Blatt, das er selbst sehr gern lese, aber hier sei es eben einmal entgleist. Er beantrage für Heine, der schon einmal wegen Majestätsbeleidigung vorbestraft ist, eine Haftstrafe von 3 Wochen und für Linnekogel eine Haftstrafe von 8 Tagen, sowie Vernichtung der konfiscierten Nummern und der Platten.

Rechtsanwalt Dr. Bernstein bemerkt in seiner Verteidigungsrede u. a.: Das Benehmen des Herrn Speck v. Sternburg werde allgemein als eine Herabwürdigung des deutschen Volkes betrachtet. Das Wort auszusprechen, sei nicht verboten, aber Heine wolle man dafür einsperren, daß er ein Gefäß zeichnete. Es sei politisch außerordentlich unklug, derartige Prozesse anzustrengen, weil, wenn das Gericht zu einer Verurteilung komme, dann nur das Ansehen der Justiz im Volke Schaden leide.

Das Urteil lautet auf dreißig Mark Geldstrafe für jeden der beiden Angeklagten, sowie auf Einziehung der Platten und Nummern.

In den Urteilsgründen wird u. a. gesagt: Der „Simplicissimus" ist eines der geist- und kraftvollsten Preßprodukte der Gegenwart. Seine Mitarbeiter sind geistig ganz hervorragende Menschen und es besteht gar kein Zweifel, daß sie nicht wie andre Bilderblätter eine obscöne Darstellung wählen um der Obscönität willen, sondern nur zur Erreichung des bestimmten gewollten Zweckes. Eine andre Annahme ist bei der hohen künstlerischen Stellung, die der „Simplicissimus" einnimmt, völlig ausgeschlossen. Wer das Leben aber kennt, dem ist es klar, daß hier etwas dargestellt werden sollte, was öffentlich in dieser nackten und unverhüllten Weise sonst nicht dargestellt zu werden pflegt. Käme das Blatt nur in Künstlerhände, so läge gewiß kein Grund zum Einschreiten vor. Aber da es um 15 Pf. überall verkauft wird, so hat das Gericht die Pflicht, es auch mit den Augen des Laien anzusehen. Eine Gefährdung des äußeren Bestandes der Rechtsordnung hat das Gericht angenommen, weil es wohl möglich ist, daß das Blatt in einem öffentlichen Lokale herumgereicht wird und daß dann diejenigen, die sich darüber ärgern, sich zu Exzessen veranlaßt sehen können. (!) Heine wäre es bei seiner künstlerischen Meisterschaft und seinem Witz möglich gewesen, seine Absicht so zur Darstellung zu bringen, daß er keinen Anstoß erregt hätte.

Wie man hört, wollen sich die Herren Heine und Linnekogel bei diesem Urteil nicht beruhigen, sondern Berufung einlegen.

Der Prozeß selbst freilich wirkt als eine stärkere Satire auf die deutschen Rechtsverhältnisse als irgend eine Zeichnung Th. Th. Heines, des stärksten Karikaturisten, den Deutschland bisher besessen. —

Ausland.

Frankreich.

Deputiertenkammer. Gaillard (Republikaner) interpelliert darüber, daß trotz eines entgegenstehenden Beschlusses der Kammer Mannschaften der Territorialarmee zu Uebungen einberufen worden seien. Der Kriegsminister erwidert, so lange das Gesetz über die militärische Dienstpflicht nicht abgeändert sei, sei es seine Pflicht, die Mannschaften der Territorialarmee zu den Uebungen einzuberufen. **Die** notwendigen Geldmittel habe er auf verschiedene Kapitel des Kriegsbudgets verteilt. —

Paris, 5. Juni. Im heutigen Ministerrat unterbreitete der Ministerpräsident Combes dem Präsidenten Loubet 81 Gesetzentwürfe betreffend die Genehmigungsgesuche der weiblichen Unterrichtsorden zur Unterzeichnung. Die Entwürfe sehen sämtlich Abweisung der Gesuche vor. —

England.

Die Opposition gegen die Chamberlainschen Zollvereinigungspläne gewinnt unter den Konservativen immer mehr an Boden. Wie die „Daily News" melden, wird für den Wiederzusammentritt des Parlaments am 8. Juni von den Anhängern des Freihandels ein scharfer Vorstoß geplant. Der ehemalige Schatzsekretär Sir Michael Hicks-Beach werde in einer wichtigen Erklärung die Politik Chamberlains unbedingt verwerfen und hierbei die einflußreiche Unterstützung der Freihandels-Konservativen finden. Im Oberhause werde der Schatzkanzler Lord Goschen den Chamberlainschen Plan zurückweisen und zwar mit Unterstützung mehrerer Mitglieder des Kabinetts, darunter Lord Lansdowne, Lord Selborne und der Herzog von Devonshire. Die Liberalen im Unterhause haben sich, wie die „Daily News" weiter mitteilen, auf ein bestimmtes Vorgehen geeinigt. Sie werden vom Premierminister Balfour eine offene unzweideutige Erklärung seiner Politik für oder gegen den Freihandel verlangen und ihre unnachgiebige Opposition gegen jedes Abweichen von dem Grundsatze des Freihandels betonen. Die Regierung werden sie auffordern, die Streitfrage sofort dem Lande zur Entscheidung zu unterbreiten. Die „Daily News" rechnen zuversichtlich darauf, daß sich in den Reihen der Ministeriellen eine derart ernste Spaltung enthüllen werde, daß Balfour noch vor Ende der Woche sich zum Rücktritt genötigt sehen könnte, worauf der König den Führer der Liberalen Sir Henry Campbell-Bannerman und Lord Spencer mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragen werde. —

Rumänien.

Bukarest, 2. Juni. (Eig. Ber.) Der Brief des früheren Finanzministers Pallade im Kabinett Sturdza, in welchem er erklärte, daß er keine Kenntnis von den im Jahre 1901 vorgenommenen falschen Rentenauslosungen, die zum Zwecke der Verbesserung der Staatsfinanzen erfolgten, gehabt habe, wird jetzt durch die Veröffentlichung eines Gesprächs Lügen gestraft, welches der Generalprokurator Tataranu mit den beiden Brüdern Arion in Gegenwart eines weiteren Zeugen gehabt hat. Von den beiden Arions, welche den politischen Kreisen Rumäniens angehören, darüber zur Rede gestellt, warum er den früheren Generalsekretär im Finanzministerium, Pictorian, der doch selbst zugestanden habe, die falsche Rentenauslosung im Jahre 1901 angeordnet zu haben, nicht mit unter Anklage stelle, habe Tataranu geantwortet, daß er dies nicht thun könne, da Pictorian Komplicen unter den Ministern habe. Tataranu bestreitet nun zwar, sich in dieser stritten Weise ausgesprochen zu haben, doch halten die Brüder Arion unter Berufung auf ihren Zeugen ihre Mitteilung aufrecht und es wird wohl so sein, denn Pictorian erfreut sich noch heute der Nichtverfolgung. Man kann sich auch nicht gut vorstellen, daß ein Unterbeamter auf eigne Faust Manipulationen vornimmt, um damit der Staatskasse einen Profit zuzuführen. Er ist sicher nur das Werkzeug eines höheren Willens gewesen. —

Asien.

Der Fortschritt des Socialismus in Japan macht sich deutlich bemerkbar an der zunehmenden Litteratur über die socialistischen Probleme. So ist kürzlich von Katayama, dem Redakteur des japanischen „Socialist", ein Buch über Munizipalsocialismus herausgegeben worden. Ein andrer Redakteur des genannten Blattes veröffentlichte ein Buch, betitelt: „Der Druck des Reichtums". Auch ist eine Reihe von Uebersetzungen aus der deutschen socialistischen Litteratur erschienen. Ferner hat der Professor Matsuzaki ein Buch über die Geschichte der deutschen Socialdemokratie veröffentlicht. Wie der „Socialist" weiter mitteilt, drängen sich alle größeren Tageszeitungen und wissenschaftlichen Revuen, Artikelserien über den Socialismus zu veröffentlichen. —

Afrika.

Das Kap-Parlament wurde heute durch durch den Gouverneur eröffnet. In seiner Rede sprach dieser, wie telegraphisch gemeldet wird, seine Genugthuung aus über den Erfolg der auf Frieden und Versöhnung gerichteten Politik und teilte mit, alle Berichte aus der Kolonie ließen erkennen, daß sämtliche Teile der Bevölkerung sich wieder ihrer gewohnten Lebensweise hingeben. Er hoffe daher in nächster Zeit eine Milderung der noch bestehenden geringen Freiheits-Beschränkungen empfehlen zu können. Chamberlains Reise habe wesentlich zu der gegenwärtigen Besserung der Verhältnisse beigetragen. Bezüglich der Bloemfonteiner Zollkonvention sagte der Gouverneur: Welche Meinungsverschiedenheiten auch bestehen mögen, so hoffe er doch, daß vor den großen Vorteilen einer Zollunion die einzelnen Bedenken zurücktreten würden und daß das Parlament der Konvention zustimmen werde. Der Gouverneur forderte schließlich alle Teile der Bevölkerung zu einigem Zusammenwirken auf, damit die Kapkolonie der führende Staat in Südafrika werde.

Amerika.

Der republikanische Konvent des Staates Ohio hat sich für die Wiederaufstellung Roosevelts als Präsidenten ausgesprochen. Der Konvent erklärte, die Entwicklung der Handelsmarine zu fördern und ihr jede Unterstützung zu teil werden zu lassen, sprach sich jedoch gegen eine Revision des Zolltarifs aus, es sei denn, daß man mit fremden Mächten Gegenseitigkeitsabkommen treffe. —

Partei-Nachrichten.

Für die Wahlagitation sind noch vorrätig:

Der Korbmacher Fischer im Lichte der Wahrheit	500	Exempl.	M.	3,—
	1000	„	„	5,—
An den Einzelnen, auf den es nicht ankommt!	5000	„	„	22,50
	10000	„	„	40,—
Winke für die Reichstags-Wahlen	100	„	„	5,—
	1000	„	„	30,—
Die Lebensmittelzölle und die indirekten Steuern . .	500	„	„	15,—
	1000	„	„	25,—
	5000	„	„	100,—
Wen soll der Arbeiter wählen? Christliche Arbeiterpflichten Socialdemokratie und Centrum	500	„	„	20,—
	1000	„	„	30,—
	5000	„	„	125,—
Die Vernichtung der Socialdemokratie	100	„	„	10,—
	500	„	„	40,—
	1000	„	„	75,—
Grundsätze und Forderungen	100	„	„	6,50
	500	„	„	30,—
	1000	„	„	50,—
Eugen Richters Socialistenspiegel	100	„	„	10,—
	1000	„	„	90,—

Bestellungen sind zu richten an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lindenstr. 69.

Beim Versuch zur Rettung eines Menschenlebens verunglückt ist der Genosse König in Hannover. Im Restaurationsgarten desselben spielte ein neunjähriger Knabe, der dabei auf ein den Garten gegen die vorüberfließende Leine abschließendes Geländer kletterte. Dabei fiel er in den rasch fließenden Strom. Genosse König und ein Herr Kaufmann stürzten sich sofort in das Wasser, um den Knaben zu retten. Unserm Genossen gelang es denn auch, denselben zu erreichen. Ob er jedoch einen Schlaganfall erlitt oder ob der Knabe nach Art Ertrinkender seinem Retter durch Umklammern die Bewegungsfreiheit raubte und ihr so am Schwimmen verhinderte, genug — beide gingen in

den Fluten unter, während es Herrn Kaufmann gelang, mühsam sein Leben zu retten. Die Leiche unsres braven Genossen konnte erst am andern Vormittag am Zusammenfluß der Ihme und Leine aufgefunden werden.

Der Parteitag der norwegischen Socialdemokratie.

Zum vierten Punkt des Wahlprogramms: „Gesetzliche Begrenzung der Arbeitszeit" wurde vom Parteitag im weiteren Verlaufe der Verhandlungen ein Gesetzentwurf gutgeheißen, der der Hauptsache nach folgende Bestimmungen enthält:

§ 1. Begrenzung der Arbeitszeit auf Grund dieses Gesetzes kann entweder für das ganze Land oder auch distriktsweise stattfinden, oder auch für einzelne Stadt- oder Landgemeinden.

§ 2. Die Bestimmung über Begrenzung der Arbeitszeit in einem Gewerbe für das ganze Land oder einen Distrikt wird von dem zuständigen Regierungsdepartement getroffen; handelt es sich nur um einen Bezirk oder um eine Stadt, von der betreffenden Kommuneverwaltung.

§ 3. Begrenzung der Arbeitszeit kann auf Grund des vorstehenden Paragraphen stattfinden, wenn die Mehrheit der Arbeiter in einem Gewerbe sich dafür erklärt hat. Ehe jedoch endgültig darüber beschlossen wird, muß eine Erklärung der betreffenden Arbeitgeber eingeholt werden. Ist auch von ihnen die Mehrheit dafür, so wird die Begrenzung endgültig eingeführt. Dasselbe ist der Fall, wenn die Mehrheit der Arbeiter, nachdem sie sich einmal dafür erklärt hat, diesen Beschluß noch zweimal in Zwischenräumen von mindestens 3 Jahren wiederholt.

In den §§ 4 und 5 werden nähere Bestimmungen darüber gegeben, wie diese Abstimmungen in den einzelnen Gewerben und durch die Gewerkschaften vorgenommen werden sollen.

§ 6 bestimmt, daß die Begrenzung der Arbeitszeit bis auf acht Stunden täglich oder 48 Stunden wöchentlich eingeführt werden kann, und zwar für alle Arbeit im Dienste von Arbeitgebern.

§ 7. Verlängerung der auf Grund dieses Gesetzes bestimmten Arbeitszeit kann von der Fabrik-Aufsichtsbehörde für einen kürzeren Zeitraum zugelassen werden, wenn Naturverhältnisse, Unglücksfälle oder andre unvorhergesehene Ereignisse in einem Betriebe Störungen verursachen oder zu verursachen drohen. Für die zwei ersten Tage, oder wenn es Menschenleben zu retten gilt, kann die Verlängerung auch ohne Erlaubnis der Behörde stattfinden. Ebenso wenn Reparaturen notwendig sind, die keinen Aufschub leiden, falls das sofort der Aufsichtsbehörde gemeldet wird.

§ 8. Uebertretungen der Bestimmungen über die Arbeitszeit, die auf Grund dieses Gesetzes eingeführt wurden, werden mit Geldbußen von 5—1000 Kr. bestraft. —

Dem Thätigkeitsbericht für das vom 1. Juli 1902 bis zum 20. Mai 1903 laufende Geschäftsjahr, der, wie bereits mitgeteilt wurde, vom Parteitage gutgeheißen wurde, ist zu entnehmen, daß die Partei große und erfreuliche Fortschritte gemacht hat, besonders auch was die Landdistrikte anbetrifft. Es wurde eine große Anzahl von Vereinen und Amtsorganisationen — Verbände der einzelnen Ortsvereine — gegründet. Die Partei zählt jetzt 256 Vereine mit zusammen 13 500 Mitgliedern. Der „Frauen-Verband der norwegischen Arbeiterpartei", der im Dezember 1901 gegründet wurde, hat jetzt in 10 weiblichen Fachvereinen und Arbeiterinnen-Vereinen 400 Mitglieder. Der Frauen-Verband bezweckt, die weiblichen Fachvereine und andre Arbeiterinnen-Vereine des Landes in einen Verband auf socialistischer Grundlage zur Wahrnehmung ihrer politischen Interessen zu sammeln. — Die agitatorische Thätigkeit der Parteileitung war sehr umfassend; es wurden auf ihre Veranlassung in den verschiedenen Landesteilen 225 Vorträge gehalten. Leider reichten die vorhandenen Mittel nicht aus, um allen Wünschen nachzukommen, namentlich soweit es die nördlichen Landesteile betrifft, wo die Entsendung von Rednern große Kosten verursacht. — Die finanziellen Verhältnisse des Partei-Organs „Socialdemokraten" scheinen sich jetzt etwas günstiger zu gestalten. Die vom vorigen Parteitage beschlossene Sammlung zur Tilgung der Schulden des Blattes hat bis jetzt 8300 Kronen ergeben. —

Die Partei-Abteilungen in Bergen und in Trondhjem legten besondere Thätigkeitsberichte vor. Der Bericht aus Bergen lautet nicht besonders günstig; aus Trondhjem werden dagegen recht erfreuliche Fortschritte gemeldet. —

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Der Stöckerbeleidigungs-Prozeß gegen unsern Genossen Noske, der dieser Tage in Königsberg stattfinden sollte, ist wegen eines Augenleidens unsres Genossen vertagt worden.

Sociales.

Central-Verein für Arbeitsnachweis, Gormannstraße 13 und Rückerstraße 6 E. Bericht über den Geschäftsbetrieb im Monat Mai 1903:

	Eingeschriebene arbeitsuchende Personen	Von Arbeitgebern verlangte Arbeitskräfte	In Arbeit gebrachte Personen
Ungelernte Arbeiter	2533	1812	1678
Städtische Arbeiter	182	117	106
Lederarbeiter	29	28	25
Maler	782	661	568
Schlosser	332	197	171
Klempner	114	61	54
Tapezierer	154	133	117
Buchbinder	162	161	144
Weibliche Personen	421	698	405
Insgesamt:	4709	3868	3268

Ueber die Bedeutung der Invalidenversicherung für den gewerblichen Mittelstand teilt der Berliner Polizeipräsident folgendes mit:

Bei der ungünstigen wirtschaftlichen Lage, in der sich viele kleine Gewerbetreibende und Betriebsunternehmer befinden, weil ihr ganzer Lebensunterhalt und der ihrer Familie im wesentlichen auf ihrer eignen Arbeitskraft beruht, ist es sehr zu bedauern, daß diese Personen nur selten von der im § 14 des Invalidenversicherungs-Gesetzes vorgesehenen Befugnis zur freiwilligen Versicherung Gebrauch machen.

Nach dieser Gesetzesvorschrift sind, abgesehen von den zahlreichen Hausgewerbetreibenden, alle selbständig erwerbsthätigen Personen, die regelmäßig keinen oder einen oder höchstens zwei Lohnarbeiter beschäftigen, welche gegen Invalidität und Alter versichert werden müssen, zum Eintritt in die Selbstversicherung befugt, sofern sie das 40. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Es gehören also z. B. hierher Landwirte, Pächter, Gärtnereibesitzer, kleine Kaufleute, Krämer, Händler, Hausierer, Gast- und Schankwirte, selbständige Handwerker, selbständige Schneiderinnen, Näherinnen, Strickerinnen, selbständige Dienstmänner, Lohndiener, Hebammen, Krankenpflegerinnen, Inhaber von Privatschulen usw.

Allen diesen beschränkt leistungsfähigen Kreisen des Mittelstandes kann nicht dringend genug anempfohlen werden, sich die großen Vorteile, welche ihnen die Invalidenversicherung bietet, nicht entgehen, sondern sich rechtzeitig, d. i. noch vor Vollendung ihres 40. Lebensjahres, eine Quittungskarte ausstellen zu lassen und mit der Verwendung von Beitragsmarken zu beginnen, damit sie in den höheren Lebensjahren, wo ihre Arbeitskraft nachläßt, in den Genuß einer sicheren Rente treten können. Die Durchführung der Versicherung ist die denkbar einfachste und günstigste. Die Quittungskarte wird den Antragstellern, die sich durch Taufschein, Geburtsurkunde, Heiratsurkunde oder eine andre amtliche Urkunde über ihre Persönlichkeit (Namen, Geburtstag, -Jahr und -Ort) ausweisen, auf dem Polizeirevier-Bureau ausgestellt, in dessen Bezirk die Betriebsstätte (Werkstatt) gelegen ist. Ebenso werden die Quittungskarten jederzeit umgetauscht, so daß ein größerer Zeitaufwand für die Versicherten vermieden wird. Die Beitragsmarken können die Karteninhaber in beliebiger Höhe verwenden. Die Wahl der Lohnklasse steht ihnen frei. Selbstverständlich ist die spätere Rente um so höher, je mehr Beitragsmarken einer höheren Lohnklasse in die Karten eingeklebt worden sind. Für jede Woche darf nur eine Wochenmarke verwendet und während zweier Jahre seit dem Tage der Ausstellung der Karte müssen mindestens 40 Wochenmarken eingeklebt werden. Die Karten müssen auch zur Vermeidung der Ungültigkeit innerhalb zweier Jahre seit dem Tage der Ausstellung umgetauscht werden, ohne Rücksicht darauf, ob sie vollgeklebt sind oder nicht. Voraussetzung für den Anspruch auf Invalidenrente ist, daß der Selbstversicherer mindestens 500 Wochenbeiträge entrichtet hat.

Noch günstiger sind die Bestimmungen des Invalidenversicherungs-Gesetzes für die Personen, für welche auf Grund früherer versicherungspflichtiger Beschäftigung (als Lehrlinge, Gesellen, Gehilfen, Arbeiter, Dienstmädchen usw.) bereits Beiträge entrichtet worden sind. Sie sind befugt, die früher begonnene Versicherung fortzusetzen und, sofern sie noch erwerbsfähig sind, jederzeit, selbst wenn Jahre inzwischen verflossen sein sollten, zu erneuern. Diese Weiterversicherung unterliegt keiner Beschränkung bezüglich des Lebensalters, sie setzt keine Beschäftigung irgend welcher Art während der Versicherung voraus. Die Wahl der Lohnklasse steht frei. Im Fall der Fortsetzung einer Versicherung können alle Anrechte durch Verwendung von jährlich 10 Marken zu 14 Pf., d. i. durch eine jährliche Ausgabe von nur 1,40 M. erhalten werden. Im Fall der Erneuerung einer früheren Versicherung leben alle früher erworbenen Anrechte wieder auf, sobald 200 Wochenbeiträge entrichtet sind. Auch in diesem Falle ist bei Verwendung von Marken der 1. Lohnklasse nur die kleine jährliche Ausgabe von 7,28 M. zur Wiedererlangung der Anwartschaft erforderlich.

Vielfach ist in den beteiligten Kreisen die Ansicht verbreitet, daß es zwecklos sei, sich zu versichern, weil man das 70. Lebensjahr nicht erreichen werde und deshalb keinen Vorteil aus der Versicherung ziehen könne. Die gezahlten Beiträge seien weggeworfen. Diese Auffassung ist durchaus irrig; denn die Leistungen der Versicherungsanstalten, auf welche die Anwartschaft und zum Teil ein rechtlicher Anspruch durch die Versicherung gewonnen wird, sind außer der Gewährung von Altersrente:

1. Anspruch auf Invalidenrente ohne Rücksicht auf das Lebensalter, wenn die Erwerbsthätigkeit des Versicherten dauernd auf weniger als ein Drittel herabgesetzt ist, und wenn der Versicherte während 26 Wochen ununterbrochen erwerbsunfähig gewesen ist, für die fernere Dauer der Erwerbsunfähigkeit (sogenannte Krankenrente);
2. Die Rückerstattung von Beiträgen in zahlreichen Fällen;
3. Die Heilfürsorge in Erkrankungsfällen;
4. Die Invalidenhauspflege an Stelle gewährter Renten.

Aus Industrie und Handel.

Vom amerikanischen Eisenmarkt meldet das bekannte englische Fachblatt „Ironmonger", daß die Lage sich eher verschlechtert, als verbessert habe. Die Eisenbahnen schöben manche Arbeiten bis auf günstigere Zeiten auf. Die Hochöfen der Südstaaten hätten erneut die Roheisenpreise herabgesetzt. Gestalte sich die Ernte reichlich, sei auf eine bessere Situation zu rechnen; sonst seien die Aussichten trübe.

Ueber den Beschäftigungsgrad im oberschlesischen Industriebezirk wird der „Arbeitsmarkt-Korrespondenz" geschrieben: Der Monat Mai hat keine wesentlichen Aenderungen auf dem oberschlesischen Arbeitsmarkt gebracht; Klagen über mangelnden Absatz sind an der Tagesordnung. Ausfall von Schichten, insbesondere von Nachtschichten, werden von „Heinitz", „Schlesien", Borsigwerk", „Florentine" und andren Werken gemeldet. . . . Die Maßregeln, die in der kritischen Zeit im Arbeitsverhältnis getroffen wurden: Abweisung der über 40 Jahre alten Arbeiter, Entlassung wegen Ungehörigkeit zu einer Organisation, Wegnahme der Prämien, Ersatz der deutschen bezw. polnischen Arbeiter durch Galizier und Italiener, werden fortgesetzt, so daß noch immer monatlich mehrere hundert Arbeiter, meist verheiratete Leute mit großen Familien, die eigentlich oft für drei Generationen sorgen sollen, für sich und ihre Frauen, für ihre Kinder und für ihre Eltern, aus dem Knappschaftsverein oder den Hütten-Pensionskassen Unterstützung erhalten müssen. Neue Klagen erheben sich in der letzten Zeit wieder gegen die rapide Zunahme der galizischen und italienischen Arbeiter und über ihre Begünstigung bei der Annahme und bei der Löhnung.

Oberschlesischer Stahlformguß-Verband. Dem „Breslauer Generalanzeiger" zufolge hat sich in einer gestern in Breslau stattgehabten Sitzung ein „Oberschlesischer Stahlformguß-Verband" zunächst mit Dauer bis zum 31. Dezember 1903 gebildet.

Transvaalbahn. In der gestrigen Generalversammlung der Schutzvereinigung der Transvaalbahn-Certifikatsinhaber wurde die Offerte der englischen Regierung, welche 135 Pfund Sterling für jede Aktie, die weder der Stempel- noch der Einkommensteuer unterliegt, nebst 4 Proz. Zinsen auf den Nominalbetrag ab 1. September 1900 bis zum Tage der Uebertragung zahlt, mit 4793 gegen 166 Stimmen angenommen, und ein Amendement, daß die von der englischen Regierung zur Zahlung gelangenden Beträge gleichmäßig und unabhängig von der Beanstandung einzelner Aktien an sämtliche Certifikatsinhaber verteilt werden. Nachträglich auf vorher beanstandete Aktien eingehende Restsummen gelangen in gleichem Grundsatz zur Verteilung. Das Komitee wird mit der Ausführung der Zahlungen und dem Erlaß der hierzu erforderlichen Ausführungsvorschriften beauftragt. Außerdem soll das Komitee bis zum 11. Juni der englischen Regierung die Annahme der Offerte mitteilen.

Börsenschluß am Wahltage. Der Börsenvorstand hat in der heutigen Sitzung beschlossen, am Tage der Reichstagswahlen, dem 16. Juni, die Börsenversammlung ausfallen zu lassen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der „Gewerkverein", das Organ der Hirsch-Dunckerschen Richtung, hat bekanntlich in seiner vorletzten Nummer einen Leitartikel über angebliche socialdemokratische Schandthaten gebracht. Die Behauptung, welche diesem Artikel zu Grunde lag, daß nämlich ein Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes einem Angehörigen der Hirsch-Dunckerschen Richtung ins Gesicht gespuckt habe, ist inzwischen als völlig unwahr festgestellt worden. In seiner neuesten Nummer leitartikelt der „Gewerkverein" wieder über socialdemokratische Unduldsamkeit. Die Thatsache, welche den Anlaß zu diesem neuesten Erguß gegen socialdemokratische Gewerkschaftsmitglieder giebt, ist zwar nicht erfunden, aber sie wird so verzerrt wiedergegeben, daß sie einer falschen Darstellung zum Verwechseln ähnlich sieht. In dem Artikel wird ausgeführt, der Generalrat Gleichauf habe durch Verhandlungen mit der Firma Mehlich einen Erfolg erreicht — nämlich die Zusage, daß die Firma die Forderungen der Arbeiter am 1. Oktober statt am 1. Juni bewilligen werde. — Die Socialdemokraten im Metallarbeiter-Verbande gönnten den Hirsch-Dunckerschen diesen Erfolg nicht, und der Führer des Metallarbeiter-Verbandes habe Herrn Gleichauf und seinen Vereinskollegen in der Versammlung, die über den Streik beriet, die Thür gewiesen. Die Thatsache, daß die Gewerkvereinler aus der Versammlung gewiesen wurden, ist allerdings richtig. Wie uns bestimmt versichert wird, geschah das aber nicht deshalb, weil sie hinsichtlich des Streiks andrer Meinung waren wie die Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes, und noch viel weniger weil man Herrn Gleichauf um das beneidete, was er seinen Erfolg nennt. Die Gewerkvereinler erklärten vielmehr, sie würden unter allen Umständen weiterarbeiten, selbst wenn die Mehrheit den Streik beschließe. Diese offenkundige Mißachtung eines Mehrheitsbeschlusses, die unumwundene Erklärung, daß sie auch während des Streiks arbeiten, also als Streikbrecher auftreten würden, war es, was die Versammlung oder deren Leitung veranlaßte, den Herren zu sagen: Nachdem Ihr Euch offen für den Streikbruch erklärt habt, wollen wir mit Euch keine Gemeinschaft mehr haben, macht, daß Ihr hinauskommt.

In dieser Beleuchtung sieht die Sache denn doch etwas anders aus als in der entstellten Darstellung des „Gewerkverein".

Klempner! Der Zuzug von Klempnern nach Bremen ist streng fernzuhalten.

Achtung, Metallarbeiter! Der Agent Pinter von Luchaus Söhne aus Iserlohn ist in Berlin auf der Suche nach Streikbrechern. Also Berliner Metallarbeiter, die Augen auf! Iserlohn ist für alle Metallarbeiter bis auf weiteres gesperrt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband (Ortsverwaltung Berlin).

Die streikenden Schoßschuhmacher beschäftigten sich am Donnerstag in einer öffentlichen Versammlung mit dem Stand der Lohnbewegung in den besseren Maßgeschäften. Walter berichtete, daß die Aussichten für eine glückliche Beendigung des Streiks in letzter Zeit besser geworden sind, da es dem Verein deutscher Schuhmacher gelungen sei, festzustellen, daß von der Indingerschen Fabrik in Leipzig Maßarbeit für Berliner Geschäfte angefertigt wurde und die Arbeiter dieser Fabrik veranlaßt wurden, die weitere Fertigstellung von Streikarbeit zu verweigern; ebenfalls legten die Arbeiter der Werkstatt Sigel, welche infolge einer Tarifgemeinschaft sich nicht an dem Streik beteiligt hatten, die Arbeit nieder, nachdem Herr Sigel zugegeben hatte, Streikarbeit ausgegeben zu haben. Die Versuche, außerhalb, unter andern auch in Budapest Streikbrecher zu gewinnen, sowie in Berlin selbst Streikarbeit anfertigen zu lassen, sind gescheitert. — Sämtliche Diskussionsredner schlossen sich diesen Ausführungen an und forderten die Anwesenden auf, in diesem Kampfe auszuhalten.

Inzwischen ist die Nachricht eingelaufen, daß der Fabrikant Indinger in Leipzig erklärt hat, keine Streikarbeit mehr anzufertigen. So hat derselbe bereits unter andern einen Auftrag von 80 Paar zurückgewiesen.

Es wurde getadelt, daß der Obermeister Bierbach sein Versprechen, zu vermitteln, nicht nur nicht gehalten, sondern sogar Streikarbeit vermittelt habe.

Deutsches Reich.

Zur Aussperrung in Iserlohn wird uns telegraphiert: Die Arbeiter haben die Sperre über die Firma Schäffermeier u. Hens aufgehoben, da nur unter dieser Voraussetzung der Fabrikantenverein in Einigungsverhandlungen eintreten will. Auf seiten der Fabrikanten ist Neigung zum Frieden vorhanden. Ueber die Einigung selbst wird die Generalversammlung des Fabrikantenvereins am Montag Beschluß fassen. Zuzug von Arbeitern nach Iserlohn ist einstweilen noch fernzuhalten.

Der Tischlerstreik in Neu-Ruppin dauert schon 7 Wochen und spitzt sich immer mehr zu einer Machtprobe zu. Die Arbeitgeber lassen nichts von sich hören. Wahrscheinlich geben sie sich der Hoffnung hin, daß die Arbeiter wohl bald ausgehungert sind und dann von selbst in hellen Haufen angelaufen kommen. Dazu hat es aber noch lange Zeit, denn die Streikenden sind entschlossen, bis auf den letzten Mann auszuhalten. Die Arbeitgeber machen jetzt verzweifelte Anstrengungen, durch auswärtige Zeitungen Arbeitswillige heranzuziehen, aber bisher ohne Erfolg. Wir machen dagegen darauf aufmerksam, daß sich niemand verleiten läßt und auf die Versprechungen der Herren eingeht, denn die Betreffenden würden eine große Enttäuschung erleben. Wir bitten, den Zuzug nach hier noch fernzuhalten.

Die Streikleitung.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Mont Pelée in erneuter Thätigkeit.

Paris, 5. Juni. (W. T. B.) Ein dem Kolonialminister zugegangenes Telegramm des Gouverneurs von Martinique, aus Fort de France vom 3. d. M., teilt mit, daß der Mont Pelée sich seit einigen Tagen in erneuter heftiger Thätigkeit befindet. Feurige Wolken werden in der Richtung nach Westen emporgetrieben und ziehen sich bis aufs Meer hin fort.

Italienische Socialisten und der russische Kaiserbesuch.

Rom, 5. Juni. Deputiertenkammer. Unterstaatssekretär Baccelli erwiderte auf eine Interpellation des Socialisten Morgari, ob die Nachricht von einem Besuche des russischen Kaisers in Rom zutreffend sei, es bestehe kein Zweifel darüber, daß der Besuch, den König Victor Emanuel dem russischen Kaiserhofe abgestattet habe, von dem Kaiser Nikolaus erwidert werden würde, der in Italien ein ebenso willkommener Gast sein werde, wie dies König Victor Emanuel in Petersburg gewesen sei. Das genaue Datum des Besuches sei allerdings noch nicht mitgeteilt worden. Morgari erwidert, die Socialisten müßten zu dieser Angelegenheit eine Erklärung abgeben: Die ausländischen Souveräne, welche nach Italien gekommen seien, seien von ihnen ohne irgend welche Gegenkundgebungen empfangen worden, weil sie konstitutionelle Monarchen seien. Das sei aber bei dem Besuche des Kaisers Nikolaus nicht der Fall, welcher seinem Volke noch keine Verfassung gewährt habe. (Unterbrechungen, Unruhe.) Morgari setzt hinzu, seit der Besuch des russischen Kaisers angekündigt sei, hätten Verhaftungen begonnen. Der Präsident Biancheri unterbricht Morgari und betont, daß die italienische Nation glücklich sein werde, das Oberhaupt der russischen Nation zu empfangen und daß die Stadt Rom ihm eine ihres Rufes als gastfreundliche Stadt würdige Aufnahme bereiten werde. (Lebhafter Beifall.) Varazzani (Soc.) unterbricht den Präsidenten und wird von ihm mehrmals zur Ordnung gerufen. Unterstaatssekretär Baccelli erklärt sodann weiter: Welcher politischen Partei man auch angehöre, so dürfe man doch nicht die Pflichten der Höflichkeit und Gastfreundlichkeit verletzen. Italien werde den befreundeten Souverän in würdiger Weise empfangen. Er lege gegen die Worte Morgaris Verwahrung ein und sei gewiß, daß die ganze Kammer, durch welche die Gesinnung der Nation vertreten werde, sich mit ihm in Uebereinstimmung befinde. Die Kammer nimmt diese Worte mit äußerst lebhaftem Beifall auf und geht sodann zur Weiterberatung des Flottenvoranschlages über.

Untergegangene Schiffe.

London, 5. Juni. (W. T. B.) Nach einem bei Lloyds eingegangenen Telegramm aus Manila sind während eines Orkans zahlreiche amerikanische Schiffe verloren gegangen, darunter auf der Höhe von Camotes der Dampfer „Perla de Bisayas", dessen Mannschaft zum Teil gerettet wurde. Von den bei Ormoc gestrandeten Schiffen, dem Dampfer „San Rafael" und dem Schoner „Mayflower", ist die Mannschaft ganz gerettet worden. Das Transportschiff „Samshus" soll ebenfalls untergegangen sein. Diese Nachricht bedarf jedoch noch der Bestätigung.

Die Pocken an der belgischen Grenze.

Frankfurt a. M., 5. Juni. (B. H.) Nach einer Aachener Meldung der „Frankf. Ztg." sind im belgischen Grenzbezirk die Pocken in verschiedenen Orten aufgetreten. Die belgische Staatsregierung hat mit Rücksicht hierauf die Abhaltung von Festlichkeiten bis auf weiteres untersagt.

Valladolid, 5. Juni. (W. T. B.) In der Nähe von Medina sind zwei Züge zusammengestoßen; 18 Personen sind verletzt, darunter einige schwer.

Verantwortl. Redakteur: Carl Leid in Berlin. Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen.

Klasseninteresse und Gemeininteresse.

In allen bürgerlichen Wahlaufrufen steht es geschrieben und in allen bürgerlichen Kandidatenreden steht es zu lesen, daß die Socialdemokratie die Vertreterin von rein proletarischen Klasseninteressen sein wolle, während Konservative, oder Liberale, oder Centrumsleute oder Freisinnsmänner das Gemeininteresse vertreten. Daraus folgt natürlich, daß keiner, der das Wohl der Gesamtheit zu fördern bestrebt sei, der „einseitigen Vertreterin von Lohnarbeiterinteressen“ seine Stimme geben dürfte.

In überaus klaren und beweiskräftigen Ausführungen geht Genosse Karl Kautsky in der „Neuen Zeit“ (Nr. 34 und 35) diesem wahldemagogischen Trugschluß zu Leibe.

Nach ihren Einkommensquellen Rente, Kapitalprofit und Lohn zerfällt die Gesellschaft in drei Klassen: die der Grundbesitzer, die der Kapitalisten und die der Arbeiter. Diese drei Klassen können wohl gleichzeitig ihr Einkommen steigern, z. B. zur Zeit des Aufschwungs, sie können aber nicht ihren prozentualen Anteil am Gesamtprodukt vermehren, ohne mit einander in Widerspruch zu geraten. Daraus ergiebt sich notwendig diese Schlußfolgerung:

Der Begriff der Klasse schließt notwendigerweise den des Klassengegensatzes in sich. Ist dem aber so, daß wird die Versicherung einer Partei, daß sie den Interessen aller Klassen gerecht werde, eine leere Redensart, ja schlimmeres als das, ein **demagogischer Schwindel.** Es ist die Versicherung, daß diese Partei gleichzeitig die Interessen der Mieter wahren und auf Erniedrigung der Mieten hinarbeiten, wie auch die Interessen der Vermieter wahren und auf Erhöhung der Mieten hinarbeiten werde; daß sie den Arbeitern hohe Löhne und den Kapitalisten billige Arbeitskräfte verschaffen wolle; daß sie für die Konsumenten niedere Lebensmittelpreise und für die Lebensmittel-Produzenten hohe Lebensmittel anstrebe ꝛc.

In Wirklichkeit entsprechen den drei großen Klassen der Gesellschaft auch die großen Parteien, die in der Politik der modernen Staaten hervortreten: die Liberalen, die Konservativen und die Socialisten.

Da aber Kapitalisten und Großgrundbesitzer zu schwach an der Zahl sind — der Großbesitz umfaßt ja nur eineinviertel Prozent der Gesamtbevölkerung —, sind sie genötigt, einerseits aus den Mittel- und Nebenklassen wie Kleinbürgern und Kleinbauern Succurs heranzuholen, andrerseits die Klassengegensätze zu verschleiern, ja zu leugnen. Das Gemeininteresse, das sie vorschützen, ist aber nichts als der Vorhang, hinter dem sich ihr Klasseninteresse zum Schmause niederläßt.

Wie notwendig diese Künste für die herrschenden Klassen sind, lehrt die Berufszählung von 1895. Sie zählt in Landwirtschaft, Handel und Industrie:

Lohnarbeiter	13 438 377	15 708 367
Unbemittelte Selbständige . .	2 269 990	
Mittelklasse	3 017 455	
Großbesitz	146 980	

Darum fährt Kautsky fort:

Die Kapitalisten und der große Grundbesitz stellen nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung dar. Sie würden bei dem allgemeinen Stimmrecht politisch völlig verschwinden, wenn es ihnen nicht gelänge, ihren Parteien die Stimmen andrer Klassen zuzuführen. Das Proletariat dagegen ist die stärkste Klasse der Bevölkerung. Sein Sieg ist ihm in einem industriellen demokratischen Lande in dem Moment gewiß, wo es ihm gelingt, alle Klassengenossen zum Bewußtsein ihrer Klasseninteressen zu bringen und sie der Gefolgschaft der bürgerlichen Parteien zu entziehen.

So ergiebt sich folgender Gegensatz: Die Parteien des Großbesitzes schützen das Gemeininteresse vor, um ihr Klasseninteresse fördern zu können. Die Socialdemokratie stellt das Klasseninteresse des Proletariats in den Vordergrund, vertritt aber das Gemeininteresse in weit höherem Maße, als es irgend eine andre Partei thun kann.

Denn das Klasseninteresse, das sie vertritt, ist nicht nur das Interesse der ungeheuren Mehrheit, sondern zugleich auch das Interesse jener Klasse, die bloß von ihrer Arbeit und nicht auch von der Ausbeutung andrer lebt.

Zwar bestehen auch zwischen den andren Klassen gegenwärtig Ausbeutungsverhältnisse der verschiedensten Art. Aber diese Klassen sehen immer nur jene Ausbeutung, deren Objekt, nie aber jene, deren Subjekt sie sind. Das Proletariat aber, welches niemals Subjekt der Unterdrückung und Ausbeutung ist, erkennt und bekämpft darum jede Form der Ausbeutung und Unterdrückung. Darum tritt die Socialdemokratie ebenso gut für die Freiheit der Wissenschaft ein wie gegen die Unterdrückung von Nationen, darum bekämpft sie die koloniale Eroberungspolitik ebenso wie die rechtliche Zurücksetzung des weiblichen Geschlechts. Für die Mittelklassen — Kleinbürger und Bauern — kämpft sie, wo sie ausgebeutet werden, wo aber diese Klassen selbst als Ausbeuter auftreten, müssen sie die Socialdemokratie als Gegnerin finden. —

So wird die Socialdemokratie mehr als die Vertreterin eines Klasseninteresses und findet auch außerhalb der eigentlichen Arbeiterklasse begeisterte Anhänger. Wissenschaftliche Erkenntnis und sociale Hilfsbereitschaft treiben auch einzelne Personen aus den besitzenden Klassen in ihre Reihen:

Wird das Proletariat durch seine Klassenlage dazu gedrängt, den Kampf gegen seine Ausbeutung und Unterdrückung zu erweitern zu einem Kampfe gegen jede Art von Ausbeutung und Unterdrückung; den Kampf um seine Klasseninteressen zu einem Kampfe um Freiheit und Gerechtigkeit für alle zu gestalten, so werden auf der andren Seite durch die Eigenart der verschiedenen Klassen alle Verfechter von Freiheit und Gerechtigkeit für alle, welcher Klasse immer sie entstammen mögen, dazu getrieben, sich dem Proletariat anzuschließen und seine Klassenkämpfe mitzukämpfen.

Jede der drei Klassen hat ihr besonderes Gesellschaftsideal: das feudale, das liberale, das socialistische.

Das feudale Gesellschaftsideal — die Wiedereinführung mittelalterlicher Zustände — ist unmöglich geworden, doch bildet es einen sehr realen Faktor im modernen gesellschaftlichen Leben:

„Denn es giebt die Richtung aller praktischen gesellschaftlichen Bestrebungen der Parteien an, die dem Grundsatz dienen. Jeder gesellschaftliche Fortschritt ist ihnen ein Greuel, jeder Rückschritt wird von ihnen gefördert, mag er auch mit ihren Klasseninteressen direkt gar nichts zu thun zu haben, in Wissenschaft, Kunst, Kirche, der industriellen Organisation (zum Beispiel dem Innungswesen usw.), soweit nicht ihre Grundrente an einem ökonomischen Fortschritt direkt beteiligt ist. Dann erweist sich allerdings das Klasseninteresse, oft auch persönliche Interesse, mächtiger als das Ideal.

Das liberale Gesellschaftsideal baut sich ganz auf der bestehenden Gesellschaftsordnung auf, es ist nichts als eine Idealisierung der heutigen Gesellschaft, das heißt ein Ausmalen ihrer Lichtseiten ohne ihre Schattenseiten:

Es giebt ja keinen Menschen, der Freude an Elend und Not, Unwissenheit und Brutalität, Krisen und Katastrophen hat. Die ideale, liberale Gesellschaft ist also die Gesellschaft von heute, ohne ihre „Auswüchse“, die man als Kinderkrankheiten betrachtet und deren Beseitigung man von der „organischen“ Entwicklung erhofft. Unter „organischer“ Entwicklung verstehen aber unsre bürgerlichen Socialreformer ein Herumdoktern an den gesellschaftlichen Schäden, das sich auf das sorgfältigste hütet, die Grundlagen der bestehenden Gesellschaft anzutasten. Diese Grundlagen sind das Privateigentum an den Produktionsmitteln und der Profit. Vor jeder Einschränkung der Herrenrechte des Kapitalisten in seinem „Hause“, das heißt in der Werkstelle, in der die Arbeiter für ihn schaffen, ebenso wie vor jeder Einschränkung des Profits schreckt die „organische“ Entwicklung zaghaft zurück. Jede Ueberschreitung dieser Grenzen wird mit tiefster Entrüstung als Revolution und Konfiskation zurückgewiesen.

Das socialistische Ideal, das die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln fordert, ist das einzige Ideal, das neben dem feudal-agrarischen und dem liberal-kapitalistischen noch denkbar ist — wofür am deutlichsten der Umstand spricht, daß ein andres neben diesen beiden noch nicht aufgetreten ist. Es ist aber auch das einzige, das jenseits des kapitalistischen noch möglich ist — es bildet die einzige Möglichkeit einer gesellschaftlichen Weiterentwicklung dort, wo das kapitalistische System konservativ wird und sich dem gesellschaftlichen Fortschritt entgegenstemmt. Es zeigt die Produktionsform an, die überall dort notwendig wird, wo die Konzentration der Kapitalien private Monopole schafft, deren Uebergang in gesellschaftlichen Besitz unerläßlich wird, wenn nicht die ganze Gesellschaft zum willenlosen Spielball einiger Kapitalistengruppen werden soll.

Kautsky schließt seine Ausführungen mit diesen Worten:

Wenn manche unsrer Gegner also behaupten, daß Klasseninteresse und gesellschaftliches Interesse notwendigerweise in einem Gegensatz zu einander ständen, so ist das heute richtig von den bürgerlichen Klassen und Parteien. Es gilt nicht vom Proletariat und nicht von der Socialdemokratie.

Wenn andrerseits viele unsrer Gegner, wie zum Beispiel Herr Eugen Richter in seinem „Socialistenspiegel“, einen Widerspruch darin sehen wollen, daß die Socialdemokratie eine Partei des proletarischen Klassenkampfes ist und doch eine ganze Reihe bürgerlicher Elemente in ihren Reihen zählt, so beweist das bloß, daß diese Herren Gegner weder eine Ahnung von der Eigenart des proletarischen Klasseninteresses noch von den Wirkungen wissenschaftlicher Erkenntnis, socialen Empfindens und demokratischer Konsequenz haben. Sie vergessen, daß man eine Solidarität der Klassen leugnen und doch **eine Solidarität der Menschen** anerkennen kann. Große gesellschaftliche Unglücksfälle, welche die Klassenunterschiede momentan überwinden, wie zum Beispiel Epidemien, bringen auch dem verhärtetsten Bourgeois die Solidarität der Menschen, den innigen Zusammenhang des Gedeihens des einen menschlichen Individuums mit dem Gedeihen aller andren, zum Bewußtsein. Aber im gewöhnlichen Lauf der Dinge wird dies Bewußtsein der Solidarität erstickt durch das Bewußtsein des Klassengegensatzes, des Dranges nach Ausbeutung der Mitmenschen. Erst das Proletariat schafft **ein Ideal, das nur eine einzige große Einkommensquelle gelten lassen will, die Arbeit,** das Profit und Rente aufhebt, damit den Klassen und ihren Gegensätzen ein Ende bereitet und an Stelle des Klassenkampfes die Solidarität der Menschen setzt.

Das ist das Endziel des Klassenkampfes, den die Socialdemokratie führt. So wird sie als Vertreterin der Klasseninteressen des Proletariats Vertreterin der höchsten und allgemeinsten Interessen der Menschheit.

Der Parteitag der holländischen Socialdemokratie.

In der Abend-Sitzung bedauert Spiekman-Rotterdam, daß die Motionen Narden-Bussum und des Parteivorstandes betreffs des Generalstreiks so spät eingereicht wurden. Daß der Parteivorstand nicht anders handeln konnte, giebt Redner zu, daß der Generalstreik jedoch unvermeidlich war, nicht. Redner führt aus, daß die Gefahr des Kampfes der deutschen Socialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung gegen die Zuchthausgesetze eine wenigstens ebenso große gewesen sei. Wären letztere nicht zurückgezogen worden, dann wäre doch kein Generalstreik in Deutschland ausgebrochen, ebenso wenig, als dies in Sachsen der Fall war bei Entreißung des Wahlrechts.

Der Vorsitzende verteidigt das Einreichen der Motionen. Der Parteivorstand, der eine ganze Reihe Versammlungen für die Tagesordnung abgehalten, konnte erst gestern zu einem Beschluß kommen, da nun erst deutlich wurde, daß die Motion von Amsterdam III nicht ganz die Meinung des Parteivorstandes wiedergab.

Hermans-Rotterdam tritt für Troelstra ein.

Troelstra fragt: Ist der hinter uns liegende Streik verloren? Jedes Jahr wird am 1. Mai der Achtstundentag propagiert. Der Erfolg davon wird nicht bemessen nach der Neigung der Regierung, den Achtstundentag einzuführen, sondern nach der Teilnahme des Proletariats. Der Streik ist ein großer Erfolg gewesen. Wir denken nicht so leichtfertig über die Schlachtopfer, wie die Anarchisten. Aber ist es uns oder den französischen Arbeitern je in den Kopf gekommen, wegen des Blutbades zu Fourmies, die 1. Mai-Demonstration von 1890 als mißglückt anzusehen? Haben die Oestreicher das gethan wegen der kolossalen Maßregelungen? Nein. Viele sind nach andren Orten verzogen und Propagandisten für die Socialdemokratie geworden. So wird es auch hier gehen. Redner ist nicht optimistisch für die Zukunft, aber die Lichtpunkte darf man nicht übersehen. Jak hat die Detailpunkte besprochen, aber nicht gesagt, was er dann selbst gewollt habe. Fortuyn ist principiell gewesen und sagt: der Parteivorstand hätte nicht in dieser Bewegung mitthun müssen. Er, Redner, ist derselben Meinung wie Spiekman über die Motion Bussum für die Zukunft. Aber er stimme auch mit v. d. Goes überein betreffs der Mitwirkung am Streik. Fortuyn meine, unser Princip sei stets gewesen, nie mit den Anarchisten mitzuthun. Aber gingen wir nicht mit ihnen zusammen in der Hoogerhuis-Sache (Agitation gegen die unschuldige Verurteilung von drei Genossen; Korresp.)? Fortuyn selbst war Vertreter der S. D. A. P. in dem betreffenden Komitee. (Gelächter.) Weshalb sollten wir jetzt nicht mitthun? Wir hätten die Feigheit unsres Mutes? Weiß Fortuyn was er damit sagt? Unter vier Augen gebraucht er nie solch große Worte. Er sieht die Vorstandsmitglieder stets als anständige Männer an. Jetzt aber sagt er: Ihr thatet mit, weil Ihr zu feige waret, Euch fern zu halten. (Fortuyn: „Das war die Bedeutung meiner Worte.“) Niemand im ganzen Parteivorstand hat auch nur je einen Augenblick daran gedacht, nicht mit den Arbeitern mitzuthun. Nun hinterher meinen wir alles deutlich zu erkennen, aber jetzt ist unser Blick mehr oder weniger verdunkelt von den nachteiligen Folgen, den erstandenen Beschuldigungen und Beschwerden. Wohl haben wir uns in der ersten Parteivorstands-Versammlung gesagt: wie auch immer der Ablauf sei, die Anarchisten werden etwas zu finden wissen, uns zum Sündenbock zu machen. Auch wurde gesagt, daß es unangenehm sei mit D. Nieuwenhuis zusammen zu arbeiten, aber derjenige, der das sagte, fügte selbst hinzu: aber das nehmen wir mit in den Kauf. — — Die Kritiker von heute haben nicht im voraus gewarnt. Fortuyn that dies, als wir bereits mitgingen, also zu spät. Jak hat nichts von sich hören lassen, bevor der Beschluß fiel. Mitthun war unsre proletarische Pflicht. Unser Bestand als Arbeiterpartei stand dabei auf dem Spiel; nicht um die Arbeiter als Freunde zu behalten oder aus Feigheit, sondern um unsre Pflicht den Arbeitern gegenüber zu thun, traten wir in den Kampf ein. Warnungen hätten nicht geholfen, man hätte geantwortet und zwar mit allem Recht: Ihr fürchtet, bei den bürgerlichen Parteien in ein schlechtes Licht zu kommen; Ihr seid Parlamentarier und fürchtet, wenn eine revolutionäre That verlangt wird, Euch mit den Arbeitern zu encanaillieren. Mit Recht hätte man uns vorgeworfen: Ihr habt uns im Stich gelassen. Wären wir weggeblieben, die Arbeiter wären ebensowohl in den Streit gegangen, aber ohne die Hilfe unsrer Kräfte, die Niederlage wäre noch viel größer gewesen. Die „Christen“ hätten gesagt: Was bedeutet die Arbeiterbewegung in Holland, die Socialdemokraten thun nicht einmal mit! Enthaltung bedeutete: für Kuyper, gegen das Proletariat! Das durfte die S. D. A. P. nicht thun! (Beifall.) — Ebenso wie Oudegeest sagt auch Fortuyn: Wir haben nicht agitiert gegen die Anarchisten. Als er, Redner, dies hörte, glaubte er einen Augenblick, daß es in Köln donnere. (Holländisches Sprichwort. Korresp.) „Het Volk“ hat eher zu viel als zu wenig gegen die anarchistischen Führer agitiert. Nun sage Gorter: es sei Troelstras Gewohnheit, auf bürgerliche Parteien zu vertrauen. Gerade die calvinistische Partei fühlt sich bedroht durch meinen Standpunkt in der Schulfrage. (Beifall.) Dieser Standpunkt sei das socialistische Princip, das die Religion als Privatsache erkläre. Redner wolle den gläubigen Arbeitern den Eintritt in unsre Partei ermöglichen. Gorter wolle die Thür sperren, aber weit öffnen für anarchistische Elemente. Er, Redner, habe Augenblicke von Uebelkeit gehabt über den Opportunismus gegenüber den Anarchisten. Redner schildert dann noch einmal das Verhalten der Anarchisten und setzt den Verlauf der Versammlung der Hauptvorstände (die geheim war; Korresp.) auseinander. Die Anarchisten verlangten teils sofortige Proklamation des Generalstreiks, teils, auf Vorschlag Nieuwenhuis', den Generalstreik auch nach Annahme der Gesetze. Gegen diese Vorschläge habe Redner sich gewandt, obgleich er damals krank war, und wurden sie verworfen. Ersichtlich aber war geworden, daß die Anarchisten ein anarchistisches Abenteuer wollten: Streik nach Annahme der Gesetze. — Er, Redner, habe es als seine Pflicht erachtet, nunmehr ein warnendes Wort ergehen zu lassen. So sei der Artikel „Was nun?“ entstanden.

Sechste Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Berlin, 5. Juni 1903.

Vierter Verhandlungstag.

Die Vormittags-Sitzung wird von Cohen-Berlin geleitet. Die Sitzung wird zunächst auf $1/_2$ Stunde vertagt, in der die Delegierten der einzelnen Verwaltungsbezirke nochmals zusammentreten, um zu den Anträgen des Vorstandes Stellung zu nehmen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung giebt Schlicke auf Wunsch die Erklärung ab, daß nach Ansicht des Vorstandes bei einem Beitrage von 50 Pf. die Erwerbslosen-Unterstützung in der bisherigen Höhe aber auf die Dauer von 13 Wochen, eine Beihilfe zu den Umzugskosten bei Wohnortswechsel, ferner Sterbegeld gewährt werden kann, daß dann noch genügend Mittel verbleiben, um den Verband finanziell zu kräftigen und daß dann nur $1/_2$ Jahr Wartezeit festgesetzt wird, so daß die erweiterten Unterstützungen schon mit dem 1. Januar in Kraft treten.

In der nunmehr vorgenommenen namentlichen Abstimmung über folgenden Antrag: „Unter Erhöhung der Beiträge auf 50 bezw. 25 Pf. ist die „Arbeitslosen-Unterstützung“ zu einer „Erwerbslosen-Unterstützung“ auszubauen. Die Bezugszeit für diese ist auf mindestens 13 Wochen zu erhöhen, eventuell auch eine weitere Jahresklasse anzufügen“ stimmen 83 Delegierte mit Ja, 68 mit Nein. Damit ist dieser Antrag abgelehnt, da derselbe eine Statutenänderung bedeutet, wozu eine Zweidrittel-Majorität notwendig ist.

Bemerkenswert tritt bei der Abstimmung in Erscheinung, daß die Großstädte unter sich ebenso verschiedenartig abstimmten, wie die kleineren Orte und daß auch die verschiedenen Landesteile kein geschlossenes Stimmenverhältnis aufweisen. So stimmten von Berlin 25 mit Ja, 7 mit Nein, Hamburg 7 mit Ja, 2 mit Nein, ebenso stimmten die Delegierten des Dresdener Verwaltungsbezirks verschieden. Und während die 7 Nürnberger Delegierten mit Ja stimmten, votierten die 4 Münchener Delegierten mit Nein. Breslau, Magdeburg, Hannover, Stuttgart stimmten geschlossen mit Ja, dem gegenüber Kiel, Barmen-Elberfeld mit Nein.

Der weitere Antrag, den Beitrag für männliche Mitglieder auf 40 Pf., für weibliche Mitglieder auf 15 Pf. festzusetzen, wird in namentlicher Abstimmung mit 143 gegen 8 Stimmen angenommen. (Der Beitrag betrug bisher für männliche Mitglieder 30 Pf., für weibliche 10 Pf.) Ein Antrag, über die beschlossene Beitragserhöhung noch eine Urabstimmung vornehmen zu lassen, wird abgelehnt und beschlossen, sämtliche das Unterstützungswesen betreffenden Anträge, der Statutenberatungs-Kommission zu überweisen.

Hierauf referiert G. Reichel (Vorstandsmitglied) über Tarifverträge und Tarifgemeinschaften. Der Referent betont einleitend, daß es, in Rücksicht auf die bevorstehenden Kämpfe, die nicht nur von den Arbeitern veranlaßt, sondern von den Unternehmern aufgedrängt werden, wünschenswert gewesen sei, daß den Anträgen des Vorstandes zugestimmt worden wäre, denn dadurch wäre die finanzielle Leistungsfähigkeit außerordentlich gestärkt worden. Der Redner schildert sodann eingehend die Entwicklung des Großindustrialismus in der Metallindustrie mit all ihren Begleiterscheinungen, das Verhältnis des koalierten Unternehmertums zur Arbeiterschaft, die Art der Kämpfe und deren Verlauf und verweist darauf, daß man es bisher nicht vermocht habe, die durch einen erfolgreichen Kampf errungene Position dauernd zu erhalten, sondern daß immer wieder, je nach der Geschäftslage ein Auf- und Niedersteigen der Lohn- und Arbeitsbedingungen stattfindet. Diesen Zustand zu beseitigen, würde möglich sein durch den Abschluß von Tarifgemeinschaften und korporativen Arbeitsverträgen, womit erreicht wird, daß auch während der schlechten Konjunktur der Lohn nicht unter die vereinbarten Bedingungen sinken kann. Diese Tarifgemeinschaften, die zunächst allerdings nur für eine bestimmte Reihe von Berufen in Betracht kommen, obwohl es möglich ist und auch dazu kommen wird, daß dieselben auch in der Großindustrie allgemein zur Einführung gelangen, würden dazu führen, daß die Schmutzkonkurrenz, die innerhalb der Metallindustrie, namentlich zwischen der Provinz und den großen Städten herrscht, beseitigt werde. Der Redner erörterte die mannigfachen Vorteile der Tarifgemeinschaften, die ähnlich wie bei den Buchdruckern auf der Basis allgemeiner Lohn- und Arbeitsbedingungen mit örtlichen Zuschlägen für das ganze Reich ausgedehnt werden. Er betont hierbei, daß es durch die Tarifverträge möglich sein wird, auch die Auswüchse, die der Accordarbeit noch anhaften, die aber doch diejenige Arbeitsmethode sei, die dem Arbeiter den Ertrag seiner Tüchtigkeit, Intelligenz und Geschicklichkeit sichere, zu beseitigen. Die weiteren Ausführungen des Referenten decken sich mit seiner Resolution, die wie folgt lautet:

„Ausgehend von der Erwägung, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen der deutschen Metallarbeiter entschieden einer Besserung und Regelung bedürfen, dies aber durch die seither geübte Methode der einzelnen Werkstättenstreiks nicht vollkommen und dauernd erreicht wird, erklärt die 6. ordentliche Generalversammlung den Abschluß von Tarifgemeinschaften und korporativen Arbeitsverträgen mit den Unternehmern im Interesse der Mitglieder wie auch aller übrigen Metallarbeiter für zweckmäßig und wünschenswert.

Die Generalversammlung erkennt an, daß korporative Arbeitsverträge ein wesentliches Mittel sind zur planmäßigen, einheitlichen Förderung der Interessen der Metallarbeiter. Sie setzen jedoch starke Gewerkschaftsorganisationen voraus. Deshalb verspricht die Versammlung, unausgesetzt für die Ausbreitung der Organisation und deren finanzielle Stärkung einzutreten.

Zur Einleitung der Agitation für die Tarifgemeinschaften em[illegible] pfielt die Generalversammlung den Mitgliedschaften schon jetzt, [illegible] etwaigen Lohnbewegungen auf den Abschluß bindender [illegible] Verträge hinzuwirken.

Der Verbandsvorstand wird verpflichtet, für die [illegible] auf den Abschluß korporativer Arbeitsverträge ge[illegible] strebungen einzutreten und die erforderlichen Vorarbe[illegible] gabe der Durchführbarkeit in die Wege zu leiten.“

Nach einer kurzen Diskussion, in der principiell[illegible] gegen die Tarifgemeinschaften nicht erhoben w[illegible]

...en, ...itzen, ...ne Artikel ...lege.
...erkstatt.
...s-Krankenkassen.
...in C., 10732*
...u-Straße 30.
...uchhänder mit elasti... angenehm und weich

Debatte hierüber geschlossen und die obige Resolution einstimmig angenommen. Ferner wird beschlossen, daß der Vorstand über die Tarifverträge und Tarifgemeinschaften ein Flugblatt in Broschürenform zur Verbreitung herausgeben soll. Ein Antrag von den Erfurter Feilenhauern, den „Vorstand zu beauftragen, baldmöglichst eine Tarifvorlage für Feilenarbeiter (Hauer, Schleifer) auszuarbeiten und dieselbe dann einer Konferenz der Feilenarbeiter zur Beschlußfassung zu unterbreiten," wird dem Vorstande überwiesen.

Hierauf berichtet Cohen-Berlin ausführlich über die Verhandlungen und Beschlüsse des 4. Gewerkschaftskongresses in Stuttgart und die Stellungnahme der Delegierten zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung.

In der Nachmittags-Sitzung, die Haak-Dresden leitet, wird in die Diskussion über den Gewerkschafts-Kongreß eingetreten. Nach einer längeren Debatte, in der unter anderm Fräul. Kadeit-Berlin eine bessere Beachtung der Arbeiterinnen-Organisation und eine regere planmäßige Agitation im Sinne der vom Gewerkschafts-Kongreß beschlossenen Resolution verlangt und in der lebhaft kritisiert wurde, daß der Gewerkschafts-Kongreß das Weiterbestehen der Berufsverbände, die für die Entwicklung der Industrie-Organisation und auch vielfach bei den Kämpfen für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hindernd im Wege seien, zugelassen hat, gelangte eine Resolution zur Annahme, in der sich die Generalversammlung mit der Haltung der Delegierten des Verbandes auf dem vierten Gewerkschaftskongreß einverstanden erklärt. Außerdem wird beschlossen, daß der Berliner Verwaltungsstelle für die Zukunft zwei Delegierte zum Gewerkschaftskongreß zugestanden werden.

Hierauf gelangt die „Vorlage betreffend die Versicherung der Verbandsbeamten gegen die Schäden des Alters, der Invalidität ꝛc. zur Beratung. Nach dieser Vorlage, die infolge eines Beschlusses einer früheren Generalversammlung vom Vorstande ausgearbeitet ist, soll im Anschluß an den Metallarbeiter-Verband unter dem Namen Unterstützungsverein der Beamten und Arbeiter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes eine Vereinigung gebildet werden, deren Aufgabe es ist, die im Verband gegen Gehalt oder Lohn dauernd angestellten Beamten und Arbeiter gegen die Schäden des Alters, der Invalidität sowie die durch den Tod ihres Ernährers beraubten Familien zu unterstützen.

Die Vorlage, welche auch Beiträge und Leistungen des geplanten Unterstützungsvereins festsetzt, wird von Schlicke eingehend begründet, der der Meinung Ausdruck giebt, daß mit dieser Einrichtung eine gute Wirkung nur eintreten wird, wenn sie von der Organisation selbst in die Hand genommen wird. Nach der aufgestellten Berechnung würde ein Beitrag von insgesamt 5 Proz. der bezahlten Gehälter für die Pensionskasse genügen, wovon 3 Proz. der Verband und 2 Proz. die Beamten zu leisten hätten. Für den Verband würde diese Einrichtung bei etwa 60 Beamten mit einem Gehalt von 2000 Mark, was etwas hoch gegriffen ist, einen jährlichen Kostenaufwand von 3600 M., das ist pro Mitglied und Jahr 3 Pf., verursachen. Der Redner sucht dann nachzuweisen, daß die Privatinstitute, wozu er auch die „Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung Angestellten" rechnet, keine solche Leistungen bieten, die allen im Verbande thätigen Mitgliedern zu gute kommen.

Demgegenüber empfiehlt der Korreferent Rob. Schmidt (Kassierer der Unterstützungsvereinigung) keine besondere Pensionskasse für die Angestellten des Metallarbeiter-Verbandes zugründen, sondern entsprechend dem Beschlusse des Gewerkschaftskongresses zu beschließen, daß die Beamten der „Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung Angestellten" beitreten und die Organisation die Hälfte der Beiträge übernimmt. Der Redner, der die Einrichtungen und Leistungen der Unterstützungsvereinigung erläutert, bezweifelt, daß selbst bei den höheren Beiträgen, die an die besondere Pensionskasse bezahlt werden sollen, das geleistet werden kann, was in Aussicht genommen und er verweist im weiteren darauf, daß die Voraussetzungen unter denen seiner Zeit die besondere Pensionskasse beschlossen worden ist, nicht mehr vorhanden sind, nachdem die Unterstützungsvereinigung für alle Gewerkschaftsbeamten ꝛc. ins Leben gerufen ist.

In der hierauf folgenden Diskussion sprachen sich sämtliche Redner gegen die Einrichtung einer eignen Pensionskasse aus. Die meisten Redner befürworten den Anschluß an die Unterstützungsvereinigung, während einige Redner überhaupt jedwede Versicherungspflicht seitens des Verbandes ablehnten. — In der hierauf vorgenommenen Abstimmung wird im Princip mit großer Majorität die Versicherung der Verbandsbeamten beschlossen. Hingegen wird in namentlicher Abstimmung mit 21 gegen 120 Stimmen die Vorlage auf Einrichtung einer eignen Pensionskasse verworfen, und schließlich werden auch noch diejenigen Anträge abgelehnt, nach welchen sich die Beamten der Unterstützungs-Vereinigung anschließen sollen und die Hälfte der Beiträge aus Verbandsmitteln gedeckt werden, so daß der vordem gefaßte principielle Beschluß wieder aufgehoben ist.

Hierauf wird von Ihle-Hamburg namens der betreffenden Kommission folgende Resolution bezüglich der Maifeier unterbreitet und begründet:

„1. In allen Betrieben, wo 3/4 der dortselbst beschäftigten Arbeiter vollberechtigte Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sind (§ 5 [1]), sind dieselben verpflichtet, durch geheime Abstimmung einen Beschluß über die Arbeitsruhe am 1. Mai herbeizuführen. Entscheidet sich die Majorität für Arbeitsruhe, so hat sich die Minorität diesem Beschlusse zu fügen. Der Ortsverwaltung ist spätestens zehn Tage vor dem 1. Mai von dem Beschluß Kenntnis zu geben.

2. Eine Beschlußfassung über die Arbeitsruhe am 1. Mai darf in keiner Gruppen- oder allgemeinen Versammlung gefaßt werden.

3. Aussperrungen, Maßregelungen und Entlassungen wegen der Arbeitsruhe am 1. Mai dürfen nicht mit Forderungen unsrerseits beantwortet werden.

4. Bei Aussperrung, Maßregelung und Entlassung wegen der Arbeitsruhe am 1. Mai tritt für die davon Betroffenen, soweit sie vollberechtigte Mitglieder (§ 5 Abs. 1) sind, eine Unterstützung auf die Dauer von längstens 13 Wochen in Kraft und wird die Unterstützung vom 2. Mai ab gezahlt, doch gilt dieselbe als Arbeitslosen-Unterstützung."

In der Diskussion wurde außer dem Für und Wider zur Resolution auch von verschiedenen Rednern unter lebhafter Zustimmung eines Teils der Delegierten ausgesprochen, daß es das beste wäre, wenn mit der ganzen Maifeier aufgeräumt würde. So wie die Metallarbeiter denken auch andre, aber sie wollen es nicht aussprechen. Dem Metallarbeiter-Verband sei es allerdings nicht möglich, die Maifeier, mit der man sich jahrelang herumgequält habe, ohne etwas Ordentliches zu erreichen, aus der Welt zu schaffen, das müsse einer andern Stelle überlassen bleiben, die diese Feier eingesetzt hat.

Die Resolution wird sodann in der Fassung der Kommission angenommen.

Hierauf erstatteten Birner und Wohlfein den Bericht über die Thätigkeit der Beschwerdekommission. Die Versammlung erklärt sich in allen Fällen mit den Vorschlägen der Kommission einverstanden.

Zum Schluß der Sitzung hielt Hansen-Kopenhagen, der heute noch abreist, eine längere Ansprache, in der ein erfreuliches Bild von der Organisation der dänischen Metallarbeiter-Bewegung giebt. Danach ist die dortige Organisation eine ausgezeichnete; [illegible] giebt keine Werkstatt oder Fabrik, so führt der [illegible] aus, in der die Organisation nicht ihre Vertrauens[illegible] über ihr[illegible]. Die Mitglieder kommen gern ihren Verpflichtungen [illegible]en gern die hohen Beiträge und treten mit Begeisterung [illegible] die Bew[illegible] der Befreiung der Arbeiterklasse aus der Knechtschaft [illegible]enwiede ein. Nachdem der Redner noch darauf hin[illegible] man in Dänemark zwar den Frieden will, daß aber [illegible] Norwegen große Kämpfe bevorstehen, richtete er [illegible]sworte an die Delegierten und dankt der Versammlung sowie der Berliner Verwaltungsstelle für die bewiesene Gastfreundschaft. (Lebhafter Beifall.)

Schlicke, der auch die Abschiedsgrüße der östreichischen Delegierten übermittelt, die bereits abreisen mußten, erwidert namens des Verbandes in warmen Worten. Auch vom Bureau wird dem Vertreter der dänischen Metallarbeiter ein herzliches Lebewohl zugerufen.

6. Generalversammlung der Glasarbeiter Deutschlands.

Dresden, den 3. Juni 1903.

Bei Beratung des Punktes 8: „Streikreglement" wird ein Antrag angenommen, wonach drei Viertel der Kollegen bei Angriffsstreiks mindestens 52 Wochen dem Verbande angehören müssen und der Vorstand 4 Wochen vorher in Kenntnis gesetzt werden muß. Die Unterstützungssätze bei Streiks werden neu festgesetzt.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung: „Agitation" referiert Girbig. Seine Ausführungen spiegelt folgende Resolution wider: „Da in den verflossenen zwei Jahren durch die brutale Willkür der Unternehmer, unter Einwirkung des wirtschaftlichen Niederganges und der verdammten Gleichgültigkeit der Kollegen dem Verbande gegenüber die Organisation bedeutend zurückgegangen ist, macht es die Generalversammlung den anwesenden Delegierten, dem Vorstand des Verbandes, dem Leiter des Verbandsorgans sowie allen Mitgliedern zur vornehmsten Aufgabe, für die Ausbreitung des Verbandes Sorge zu tragen. Nur durch eine stramme, mustergültige Organisation, die durch kräftige Agitation erreicht werden kann, wird es uns gelingen, eine unüberwindliche Schutzwehr gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu errichten. — Die Generalversammlung beschließt deshalb: Das gesamte Reich ist in 8 Agitationsbezirke einzuteilen. Den so geschaffenen Agitationskommissionen sind die Mittel zur Ausbreitung und planmäßigen Bearbeitung der Bezirke seitens des Hauptvorstandes zu überweisen. Die Kommissionen werden nach Möglichkeit von denjenigen Orten gewählt, die die Generalversammlung als Vorort bestimmt und sind bei der Besetzung der Kommission nach Möglichkeit alle Branchen zu berücksichtigen. Der Vorsitzende der Agitationskommission ist verpflichtet, am Schlusse eines jeden Quartals dem Hauptvorstande einen eingehenden Bericht über die Thätigkeit und genaue Abrechnung über die vom Hauptvorstande erhaltenen Mittel zu geben. Der Hauptvorstand ist wiederum verpflichtet, den Agitationskommissionen genügendes Material zur Agitation zur Verfügung zu stellen und den Wünschen der Kommissionen über die Entsendung von Referenten nach größter Möglichkeit Rechnung zu tragen. Ferner hat der Vorstand aber auch selbst die Pflicht, alles aufzubieten, die Organisation durch kräftige Agitation zu stärken. — Aber auch allen Mitgliedern macht es die Generalversammlung zur vornehmsten Aufgabe, für Ausbreitung des Verbandes zu wirken. Jedes Mitglied des Verbandes soll und muß ein Agitator sein, damit die gesteckten Ziele unsrer Bewegung durch eine mustergültige Organisation erreicht und der schrankenlosen Ausbeutung und Unterdrückung Einhalt gethan werden kann."

Diese Resolution findet nach lebhafter Debatte Annahme. Einige Anträge auf Anstellung von Wanderrednern werden abgelehnt. Dieser Frage soll erst dann, wenn wieder etwas günstigere Kassenverhältnisse sind, näher getreten werden. Es wird noch ein Antrag der Filiale Stralau angenommen, eine kleine Broschüre herauszugeben, die zur Unterstützung der Agitation den Zahlstellen Material liefern soll.

Beim Punkt 10: „Wahlen" werden Girbig als Vorsitzender und Hamann als Kassierer wiedergewählt. Der Sitz des Vorstandes bleibt in Berlin, der des Ausschusses in Dresden; die Preßkommission in Fürth.

Zu Punkt 11 der Tagesordnung: „Organfrage" referiert Hamann-Berlin. Nach Darlegung der näheren Verhältnisse empfiehlt er eine Resolution, nach welcher das bisherige Verhältnis beibehalten und die Gründe angeführt werden, weshalb zur Zeit der „Fachgenosse" noch nicht in Verbandsregie übernommen werden soll. Diese Resolution wird angenommen.

Ueber Punkt 12: „Arbeitsnachweis" referiert Horn. Seine Ausführungen gipfeln in folgender Resolution, die angenommen wird: „Eines der wertvollsten Mittel zur Hebung unsrer Lage ist die gewerkschaftliche Arbeitsvermittelung. Die Generalversammlung betrachtet es deshalb als ihre vornehmste Aufgabe, den einzelnen Filialen zu empfehlen, dort, wo es möglich ist, Arbeitsnachweise zu errichten. Die Einrichtung der Arbeitsnachweise hat jedoch auf paritätischer Grundlage zu erfolgen, so daß Unternehmer wie Arbeiter an der Vermittelung zu gleichen Teilen beitragen. Nur auf dieser Basis lassen sich für beide Teile nennenswerte Erfolge erzielen. Die Verwalter der Arbeitsnachweise müssen es jedoch als ihre vornehmste Aufgabe betrachten, in erster Linie organisierte Kollegen vom Orte und dann erst von außerhalb zu vermitteln. Falls die Errichtung eines Arbeitsnachweises beschlossen ist, so ist dem Hauptvorstande unverzüglich Mitteilung zu machen und die Zustimmung wie Einrichtung zu verlangen. Nur wenn die Zustimmung erfolgt, ist die strengste Beachtung des Arbeitsnachweises seitens der Kollegenschaft zu verlangen. — Wir sind deshalb für die Errichtung eines Arbeitsnachweises auf paritätischer Grundlage, weil der gegenwärtige, bei den Industriellen bestehende Arbeitsnachweis kein Arbeitsnachweis, sondern ein Maßregelungsbureau ist, das jeder gerechten Vermittelung Hohn spricht. Wir protestieren deshalb gegen eine solche Vermittelung, weil wir der Ansicht sind, daß nur die gewerkschaftliche Arbeitsvermittelung auf paritätischer Grundlage eine Besserstellung für die Arbeiter schaffen kann. Gegen eine so einseitige Führung des Arbeitsnachweises wie der seitens der Industriellen der Flaschenbranche errichteten legt die Generalversammlung lebhaftesten Protest ein und verlangt die Aufhebung desselben und die Errichtung eines solchen auf paritätischer Grundlage, der allein den gerechten Wünschen der Arbeiterschaft möglichst zu entsprechen geeignet ist."

Zu Punkt 13: „Lehrlingswesen" referiert Britze-Penzig. Seine Ausführungen sind ebenfalls in einer Resolution zum Ausdruck gebracht. Dieselbe lautet: „Da die bestehende Lehrlingsausbildung schwere Nachteile für alle in der Glasindustrie beschäftigten Arbeiter gebracht hat, beschließt die Generalversammlung: Die Einstellung der Lehrlinge darf nur nach dem vollendeten 14. Lebensjahre beginnen und muß in prozentuellem Verhältnis der in der Fabrik beschäftigten Arbeiter sich bewegen. Es ist Pflicht der Kollegen, auf eine gute, fachgemäße Ausbildung der Lehrlinge das größte Gewicht zu legen und dieselben vor jeder Ausbeutung zu schützen. Aus diesem Grunde fordert die Generalversammlung, daß die tägliche Arbeitszeit und Lehrzeit eine streng begrenzte ist und die Bezahlung der Lehrlinge unbedingt durch die Unternehmer direkt zu erfolgen hat. Die Generalversammlung verurteilt jede Entlohnung des Lehrlings durch eine Zwischenperson auf das entschiedenste. Es ist durch eine solche Entlohnung der Ausbeutung des Lehrlings Thür und Thor geöffnet und kann von einer fachgemäßen Ausbildung keine Rede sein. Gerade durch die Entlohnung durch eine Zwischenperson hat sich ein fluchwürdig zu nennendes Lohnsystem herausgebildet, welches zum Schaden aller in der Industrie beschäftigten Arbeiter sich bis zum heutigen Tage erhalten hat."

Diese Resolution findet einstimmige Annahme.

Der Punkt „Bibliothekfrage" findet nach einem kurzen Referat Girbigs und Annahme eines Antrags des Vorstandes bald Erledigung.

Unter „inneren Verbandsangelegenheiten" wird das System der schwarzen Listen der Unternehmer scharf kritisiert, das sogar auf weibliche und jugendliche Arbeiter angewandt worden sei.

Damit ist die Tagesordnung der Generalversammlung erledigt. Nach warm empfundenen Schlußworten Girbigs und Horns wird die Generalversammlung mit einem Hoch auf den Verband und die internationale Arbeiterbewegung geschlossen.

6. Generalversammlung des Deutschen Töpferverbandes.

Meißen, den 4. Juni 1903.

In der Nachmittags-Sitzung des zweiten Verhandlungstages begrüßt der Vorsitzende den inzwischen erschienenen Vertreter der Generalkommission, Döblin. Dann nimmt Drunsel das Wort, um zu den in der Debatte vorgebrachten Beschwerden gegen den Centralvorstand Stellung zu nehmen. Er führte aus, daß der Centralvorstand sich keineswegs als Untergebener des Ausschusses fühle, er thue seine Pflicht. Wenn mehrfach in der Debatte darauf hingewiesen worden sei, der Centralvorstand werde sich hoffentlich aus den Debatten eine Richtschnur nehmen, so müsse er erklären, daß das nicht möglich sei, weil sich die Diskussionsredner vollständig widersprochen haben. Er glaube deshalb, daß sich der Vorstand auf dem richtigen Wege befinde. Wenn die Generalversammlung dem Ausschuß mehr Befugnisse einräumen wolle, dann müssen unbeschadet des Kostenpunktes gemeinsame Sitzungen stattfinden. Er sei durchaus kein Gegner des Streiks an sich. Er müsse aber darauf hinweisen, daß ein verloren gegangener Streik von unabsehbaren Folgen für eine Organisation sein könne. So hat der Glasarbeiter-Streik dem Verbande einen Mitgliederschwund von etwa 4000 gebracht. Betreffend der Zuschüsse zu Streiks andrer Gewerkschaften müsse Redner darauf hinweisen, daß die Gewerkschaften heute meistens selbst in der Lage seien, ihre Streiks zu bezahlen. Im übrigen aber müßten Unterstützungsgesuche durch die Generalkommission kommen. Er müsse den Delegierten anheimgeben, zum Schluß bei der Festsetzung der Befugnisse des Ausschusses recht vorsichtig vorzugehen eventuell die Konsequenzen zu gewärtigen. — Lothar (Kassierer) weist besonders die Vorwürfe der Kollegen wegen zu geringer Agitation zurück. Der Vorstand sei jederzeit bereit, Mittel zur Agitation herzugeben. Auch bei Lohnkämpfen sei der Vorstand nicht engherzig; nur müsse auch die Möglichkeit eines Erfolges vorliegen. Betreffs der Unterstützung an andre Organisationen gewinne die Ansicht in gewerkschaftlichen Kreisen immer mehr Einfluß, daß eine Gewerkschaft nicht eher eine Aktion unternehmen dürfe, bis sie selber dazu die Mittel hat. Redner warnt vor der Vermehrung der Machtbefugnisse des Ausschusses, da dadurch dem Vorstande die Hände gebunden würden. — Drunsel erklärt, daß seiner Zeit der Ausschuß, dem er als Vorsitzender angehörte, nur auf Aufforderung des damaligen Verbandsvorsitzenden Jacobey die Absetzung des unbrauchbaren Kassierers vorgenommen habe. — Beyer als Vorsitzender des Ausschusses kritisiert den Ton, den der Vorsitzende angeschlagen. Er wolle nur um deswillen eine Festsetzung der Kompetenzen des Ausschusses, um ein besseres Verhältnis zwischen den beiden Instanzen herbeizuführen. Er verwahrt sich gegen den Vorwurf, gegen die Beschlüsse der Generalversammlung agitiert zu haben.

In der Vormittagssitzung des dritten Tages erstattet Beyer-Dresden Bericht vom Stuttgarter Gewerkschafts-Kongreß. Er weist auf die Wichtigkeit der Verhandlungen hin, so auf die Beratungen des Kongresses über die Frauenarbeit, die auch im Töpfergewerbe immer mehr zunimmt. Bei dem Punkte Arbeitslosen-Unterstützung giebt Beyer der Meinung Ausdruck, daß viele Gewerkschaftsgenossen früher um deswillen Gegner der Unterstützungseinrichtungen waren, weil sie dazu in der politischen Bewegung erzogen worden seien (?). Jetzt haben sich die Ansichten darüber geändert und auch die Töpferorganisation werde sich mit ihr befreunden müssen.

Drunsel spricht dann über die eventuelle Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung. Er ist der Meinung, daß sie Sache der Gewerkschaften bleiben müsse. Alle von andrer Seite gemachten Vorschläge seien nicht durchführbar oder für die Arbeiter nicht annehmbar. Der Einwurf der Verminderung der Kampfesfreudigkeit sei nicht haltbar. Redner verkennt die Schwierigkeiten der Einführung bei den Töpfern wegen der verschiedenen Verhältnisse bei den Ofensetzern und Werkstubenarbeitern nicht, aber solche Schwierigkeiten hätten auch in andern Organisationen bestanden. Nach den statistischen Unterlagen sei die Einführung möglich. Die Generalversammlung habe ja nicht den endgültigen Beschluß zu fassen, sondern nur eine Vorlage zur Urabstimmung zu unterbreiten laut Beschluß der Magdeburger Generalversammlung. — Schmidt-Meißen als Korreferent ist im Princip für Arbeitslosen-Unterstützung, hält aber ihre Durchführung im Töpferverbande wegen der eigenartigen und verschiedenartigen Verhältnisse für unmöglich. Der Verband müßte seine ganzen Einnahmen dann für die Arbeitslosen-Unterstützung verwenden und darunter müsse allerdings die Kampfesfreudigkeit leiden. Bei einer großen Anzahl von Mitgliedern sei die Arbeitslosigkeit eine große und ständig wiederkehrende. Redner ist der Meinung, daß die Generalversammlung das Recht habe, zu beschließen, daß eine Urabstimmung nicht vorgenommen werde und die Unterstützung vom Kongreß endgültig erledigt werde. Die Arbeitslosen-Unterstützung käme in der Hauptsache nur einem Teil der Mitglieder, den Ofensetzern, zu gute.

Der Centralvorstand macht den Delegierten für den Fall der Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung den Vorschlag, die Beiträge dann wie folgt zu normieren: Scheibentöpfer 40 Pf., Werkstubenarbeiter 50 Pf., Ofensetzer in kleinen Orten 60 Pf., Ofensetzer in großen Orten 75 Pf. An Unterstützung soll gewährt werden pro Tag 1 M. sechs Wochen lang. Es liegen außerdem eine Reihe von Anträgen aus den einzelnen Mitgliedschaften vor, die teils deren Ablehnung verlangen oder deren Einrichtung betreffen. Andre verlangen lokale Arbeitslosen-Unterstützung.

In der Debatte sprechen sich die Delegierten teils für, teils gegen die Unterstützung aus, doch verwahren sich alle Gegner dagegen, principiell gegen eine solche zu sein; lediglich Zweckmäßigkeitsgründe bestimmten ihr Verhalten.

*

Meißen, 5. Juni. Die Generalversammlung beschloß mit 29 gegen 19 Stimmen, die Frage der Arbeitslosen-Unterstützung einer Urabstimmung zu unterbreiten. Sie muß mit einer Dreiviertel-Majorität angenommen sein.

Internationaler Bergarbeiter-Kongreß.

Donnerstags-Sitzung.

Brüssel, den 4. Juni 1903.

Cotte (Frankreich) präsidiert. Mehrere Begrüßungsschreiben sind eingetroffen.

Der neunte Punkt, internationaler Streik, wird ausgeschaltet auf Antrag der Proponenten. Zum folgenden Gegenstand: **Wurmkrankheit der Bergleute** lag folgende Resolution vor:

„Die Unternehmer sind gesetzlich zu verpflichten, auf den Werken Einrichtungen zur Förderung der Arbeitergesundheit zu treffen, in erster Linie geräumige Bade-Anstalten. Speciell zur Bekämpfung der Wurmkrankheit sind alle Mittel zu ergreifen, die Wissenschaft und Praxis als zweckdienlich anerkannt haben."

Leimpeters (Deutschland) eröffnet die Debatte. Hier die wesentlichsten Sätze seiner einstündigen Rede: Der Kamerad Pickard bezeichnete diesen Punkt der Tagesordnung als den wichtigsten dieses Kongresses. Dies ist auch unsre Meinung. Unsre Organisation betrachtet es als ihre heilige Aufgabe, neben der Wahrung der ökonomischen Interessen auch die Gesundheit der Arbeiter zu schützen. Wir Arbeiter haben nichts als unsre Arbeitskraft, und verlieren wir diese, so sind wir ruiniert. Im Ruhrrevier zählten wir im Jahre 1902 64 Prozent kranke Bergleute; auf einzelnen Gruben stieg diese Proportion selbst bis zu 100 Proz., mit andern Worten: im Ruhrrevier waren im Jahre 1902 von 100 Arbeitern 64 einmal krank; auf einzelnen Gruben war fast kein Mann, der in diesem Jahre nicht krank gewesen wäre. Und vergleichen wir die Ziffern von den vorhergehenden Jahren, so finden wir eine ständige Zunahme der Krankheitsfälle. Aber die deutliche Sprache der Ziffern scheint von den „berufenen Hütern" der Volkswohlfahrt nicht verstanden zu werden, denn die Grubeninspektoren reden in ihren offiziellen Berichten fortgesetzt von einem normalen Gesundheitszustand. Die Wurmkrankheit im besondren richtet Verwüstungen an, die kaum zu beschreiben sind. Dank der energischen Campagne der „Bergarbeiter-Zeitung" ist das Auge der Oeffentlichkeit geschärft und die Regierung zur Vornahme von Enqueten und Untersuchungen gezwungen worden. Gab man vor der Campagne unsres Organes (1902) die Zahl der Wurmkranken auf 1355 an, so ist jetzt festgestellt, daß über 25 000 Mann, d. h. 14—15 Proz. im Ruhrgebiet wurmkrank sind. Leider ist zu befürchten, daß die Ausdehnung der Untersuchungen jene Krankenziffern noch gewaltig erhöhen wird. Redner schildert

Verantwortl.

den Charakter, Entstehung und Ausbreitung der Krankheit und betont, daß die Seuche durch Präventivmaßregeln am besten eingedämmt werden könne. Die ganze besitzende Klasse habe gegen die Gefahr nichts als platonische Gesten, sie erschwere der Organisation die Arbeit, welche sie für die Gesundheit der Arbeiter thue. Auch die gesetzgebenden Körperschaften seien durch die socialistischen Abgeordneten von der Größe der Gefahr unterrichtet worden; aber dabei sei es geblieben. Zur Votierung von Mitteln zur Bekämpfung der Seuche hätten sich die bürgerlichen Parteien nicht aufschwingen können. In Deutschland habe man für den Militarismus, Flotte und Militärschauspiele immer Geld, aber nicht zum Schutze der Gesundheit des Volkes. Dieselben bürgerlichen Abgeordneten, die im Reichstage gegen die Bewilligung von Mitteln für die Bekämpfung der Wurmkrankheit stimmten, werben heute um die Wahlstimmen der Bergarbeiter. Speciell im westfälischen Kohlengebiet ist dies der Fall. Wir stellen der Wahlparole der bürgerlichen Reichstagskandidaten: die Religion muß dem Volke erhalten bleiben, die unsrige gegenüber: Die Gesundheit muß dem Volke erhalten bleiben. (Stürmischer Beifall.)

Diese Ausführungen rufen das Interesse der englischen Kongreßdelegierten wach. Sie fanden die Ziffern erschreckend, da die Krankheit in England nur in Staatsminen, das ist in den Gruben für Eisen, Zink ꝛc., aber nicht in den Kohlendistrikten bemerkt worden ist. Die englische Regierung habe sofort Mediziner beauftragt, die nötigen Vorkehrungen zu treffen, damit die Krankheit auf ihren Herd beschränkt bleibe und geheilt werde. Weiter wünschen die Engländer, daß ihnen alles bezügliche Material zugesandt werde. Die unzähligen Fragen, welche die Engländer an den deutschen Uebersetzer stellten, beweisen, welch gewaltiges Interesse sie dieser Sache entgegenbringen.

Labouille (Belgien): In Belgien wurde der Wurm (Anhylottome duodinal) zum erstenmal in Lüttich bei einem im Krankenhause daniederliegenden Bergarbeiter konstatiert. Viele Anzeichen deuteten darauf hin, daß der Parasit noch weiter verbreitet war. Die hygienische Kommission der Provinz Lüttich beschäftigte sich eingehend mit der Sache. Insgesamt wurden im Lütticher Gebiet (1902) 10 000 wurmkranke Bergarbeiter gefunden. Dank der socialistischen Majorität im Provinzialrat konnten 5000 Frank für das Studium der Wurmkrankheit bewilligt und den kranken Arbeitern für jeden Tag 1,50 Fr. zugesprochen werden. Auch wurde die belgische Regierung um Mittel zur Bekämpfung der Krankheit angegangen, leider erfolglos. In den andren Minenbezirken ist die Seuche wohl ebenso ausgebreitet als im Lütticher. Aber die Versuche, die Größe der Gefahr festzustellen bezw. sie zu bekämpfen, scheiterten an der Flauheit und Gegnerschaft der Behörden und Unternehmer. Das Merkwürdigste ist, daß in einem begrenzten Viertel in Lüttich, auf einer Anhöhe unter 1600 Arbeitern nur ein Kranker, während in andren, in nächster Nähe etwas tiefer liegenden Vierteln unter 100 Arbeitern 30, 40, 50 und noch mehr Kranke gefunden worden sind.

Cadaux (Frankreich): So viel haben wir glücklicherweise nicht zu leiden als unsre belgischen und deutschen Kameraden. Bei uns wurde im Jahre 1875 (?) in Carvin (Pas de Calais) ein Arbeiter beobachtet, der anfänglich über Müdigkeit klagte, die sich in Blutarmut und vollständiger Arbeitsunfähigkeit verschlimmerte. Nach einiger Zeit mehrten sich solche Fälle; und zuletzt war die ganze Belegschaft außer stande zu arbeiten. Die Unternehmer riefen medizinische Kapazitäten aus Paris zur Untersuchung des für sie kuriosen Problems. Die Mediziner entdeckten den Wurm und priesen ein Abführmittel. Die Kranken, welche sich im Anfangsstadium befanden, waren nach 5—6 Jahren geheilt. Diejenigen, bei denen das Uebel längeren Datums war, fühlten sich nach mehreren Jahren durch ihre Bewegung in freier Luft und besonderer, fortgesetzter Behandlung auch wohl. Aber sobald sie wieder in die Grube zurückkehrten, kam das Uebel in seiner alten Größe wieder. Sie waren dadurch gezwungen, endgültig auf die Grubenarbeit zu verzichten. Die Compagnien suchen die Seuche über ihr gegenwärtiges Gebiet nicht hinausgehen zu lassen. Dies ist auch ziemlich gelungen und wir sind in den andern Bassins glücklicherweise von der Seuche verschont geblieben. (Ruf: O, wenn wir nur auch so glücklich wären!)

Die obige Resolution findet einstimmige Annahme.

Der Antrag der Deutschen, den internationalen Kongreß von nun an nur alle zwei Jahre stattfinden zu lassen, wurde ohne Diskussion gegen die Stimmen der Deutschen verworfen. Der nächste Kongreßort ist Paris.

Als internationaler Sekretär wurde wiederum Pickard, als Kassierer Abraham gewählt.

Die nationalen Sekretäre sind: für England Wilson, Pickard, Abraham und Ashton, für Frankreich Lamendin, Cotte und Coniaux, für Deutschland Hué, Sachse und Schröder, für Oestreich Zeinger, Ebert und Chattel, für Belgien Marville, Corluwaert und Cavrot.

Pickard dankt mit bewegten Worten für die neuen Vertrauensbeweise. Die Wortführer der verschiedenen Delegationen feiern in kurzen Ansprachen die Bedeutung des Kongresses für die Organisation.

Der Präsident Cotte schließt mit einem Hoch auf die Internationale der Bergarbeiter den Kongreß.

Aus der Frauenbewegung.

Der socialdemokratische Wahlverein für Frauen und Mädchen Berlins und der Umgebung hielt am 4. Juni im großen Saal der Kronenbrauerei (Alt-Moabit) eine zahlreich besuchte Versammlung ab. Vor etwa 1000 Personen sprach Genossin Klara Zetkin über „Frauenbefreiung und Socialdemokratie". Sie verwies darauf, daß die modernen kapitalistischen Produktionsmittel mit ihrer Riesenfaust die wirtschaftliche Grundlage für das Schaffen der Frau am häuslichen Herde zerstört hätten und führte im einzelnen aus, welche Wirkung dies auf die Frauen der verschiedenen Gesellschaftsschichten ausgeübt habe. Im Gegensatz zu den Frauen des Mittelstandes brauchten die Frauen des Proletariats nicht zu kämpfen um die Eröffnung neuer Produktionsgebiete. Sie würden in Massen hineingezogen in die industrielle Thätigkeit. Mehr und mehr von der Fuchtel des Mannes befreit, seien sie unter die Geißel des Kapitalismus geraten, für den sie keine Persönlichkeit seien, sondern nur eine Ware. Infolge der Umgestaltung der ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse erwache immer mehr das Persönlichkeitsbewußtsein der Frau und die Erkenntnis, daß sie das volle Bürgerrecht erwerben müsse. Sie wolle gleichberechtigt neben dem Manne stehen. Aber die privatrechtliche und politische Gleichstellung der Frauen, wie sie auch die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen forderten, genüge nicht für die Frauen der frondenden breiten Masse der Habenichtse. Ihnen würde trotz socialer Gleichstellung der Geschlechter die Unfreiheit und die Unsicherheit der Existenz blühen, welche aus der Herrschaft des Kapitals erwachse. Die Stunde ihrer Befreiung schlage nicht eher, bevor nicht die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ihr Ende erreicht habe, bevor nicht der Socialismus siegreich sein Haupt erhebe. Der Socialismus werde auch dem Kinde den Vater wiedergeben, und dieser werde gemeinsam mit der Frau das Kind erziehen, und das sei von größtem Vorteil. — Das leuchtende Zukunftsziel des Socialismus sei nur durch den Kampf zu gewinnen, durch die Erringung der politischen Macht. Eine Etappe auf dem Wege dahin seien die Reichstagswahlen. Darum müßten die Frauen alle agitatorische Kraft einsetzen für die Socialdemokratie, die die einzige Partei sei, welche das volle Menschenrecht für die Frau auf ihre Fahne geschrieben habe. Genossin Zetkin ging dann auf die bei dieser Wahl besonders mitspielenden politischen Tagesfragen kritisch ein und schloß ihren etwa zweistündigen, vom Feuer der Begeisterung durchglühten Vortrag mit einem flammenden Aufruf zur Mitwirkung der Frauen beim Wahlkampf. Leitend müsse sein die tiefinnere Ueberzeugung: Socialismus dir leb' ich, Socialismus dir sterb' ich, Socialismus dein bin ich! (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Diskutiert wurde nicht. Die Vorsitzende, Genossin Baader, machte auf den Streik der Kassierer der Nähmaschinenfirma Singer u. Comp. aufmerksam und empfahl den Frauen, zu beachten, daß als Streikbrecher die Herren Freise, Gerhardstr. 12/13, Will, Neue Winterfeldtstraße, und Reinhold Schulz, Wilhelmstr. 53/54, fungieren. Weiter ermunterte sie zum Anschluß an den Frauen-Wahlverein. Mit donnernden Hochs auf die Socialdemokratie, die Genossin Zetkin und den Kandidaten Ledebour schloß die Versammlung.

Wahlversammlungen.

Eine Wählerversammlung für den dritten Wahlkreis tagte am Donnerstag in der Ressource, Kommandantenstraße. Zunächst hielt der Kandidat des Kreises, Wolfgang Heine, eine längere Ansprache, in der er ausführte: Um drei Dinge handele es sich bei der bevorstehenden Reichstagswahl: die politischen Rechte und die Freiheit, das wirtschaftliche Wohlergehen des deutschen Volkes und um die Freiheit der Rede und der Kritik. Und die Thatsachen beweisen massenhaft, daß bei keiner einzigen der bürgerlichen Parteien diese Lebenselemente des deutschen Volkes in sicherer Hut sind. In Bezug auf die Freisinnige Volkspartei sagte der Redner unter lebhafter Zustimmung der Versammlung, dieselbe möge sich ihre Stimmen bei den Junkern erbetteln. Das Recht auf die Stimmen ehrlicher Bürger habe sie durch ihr ganzes Verhalten verwirkt. Eine wohlhabende, gutsituierte, wirtschaftlich aufsteigende Arbeiterschaft zu schaffen, wie es die Socialdemokratie thut, sei für den Mittelstand unendlich wertvoller, als alle die unsinnigen und wertlosen Mätzchen, die demselben von allen bürgerlichen Parteien vorgemacht werden. Recht und Ehre, Freiheit und Wohlergehen des deutschen Volkes sind bei keiner Partei so gut aufgehoben als bei der Socialdemokratie. — Lebhafter Beifall belohnte die markanten Ausführungen des Redners. Gegner meldeten sich nicht. Es sprach alsdann der Reichstags-Abgeordnete Kunert über die Thaten des verflossenen Reichstages und die zu erwartenden Thaten des kommenden Reichstages. Wie der erstere hinsichtlich der Belastung der breiten Masse des Volkes Erkleckliches geleistet habe, so sei die Fortsetzung dieser volksfeindlichen und volksschädlichen Politik in vielleicht noch erhöhtem Maßstabe bestimmt zu erwarten, wenn das Volk bei der Wahl nicht dafür sorge, daß Männer in den Reichstag gelangen, die wirklich die Interessen des deutschen Volkes energisch und rückhaltlos vertreten. Die arbeitende Klasse solle sich davon auch nicht durch die „kleinen Geschenke" abbringen lassen, durch die die Regierung immer gerade kurz vor den Wahlen die Freundschaft zu erhalten sucht. Redner läßt sodann in allgemeinen großen Zügen die „größten Thaten" des verflossenen Reichstages einzeln Revue passieren, er knüpft daran eine treffende Kritik der von den Mehrheitsparteien geübten Politik und schloß mit einem Appell an die Wähler, bei der bevorstehenden Wahl alle Kräfte aufs äußerste anzuspannen, um der Socialdemokratie zum Siege zu verhelfen. Gegner meldeten sich trotz Aufforderung nicht zum Wort.

Eine Wählerversammlung für den dritten Reichstags-Wahlkreis tagte am 4. Juni Köpnickerstr. 137, die sehr gut besucht war. Genosse Dr. Paul Bernstein referierte über: „Die bevorstehenden Reichstagswahlen", bei welcher Gelegenheit er an der Hand eines freisinnigen Wahl-Flugblattes die den Wählern von freisinniger Seite gemachten Versprechungen Punkt für Punkt beleuchtete und an ihren Thaten in der letzten Legislaturperiode bewies, daß man nach berühmtem Muster wieder versuche, dem Volke Sand in die Augen zu streuen. Demgegenüber entwickelte er unter wiederholtem Beifall das Programm der Socialdemokratie, beweisend, daß wir nicht, wie die Gegner behaupten, programmmatisch unsre Ziele verschleiern, sondern stets mit offenem Visier in den Kampf ziehen, im Gegensatz zu den Parteien der verbündeten Reaktion. — Nunmehr sprach der Kandidat des dritten Kreises, Genosse Wolfgang Heine. Er betonte, daß, wenn er die Anwesenden um ihre Stimmen für die bevorstehende Wahl bitte, er es nicht für seine Person thue, sondern als überzeugter Anhänger einer großen Partei mit hehren Idealen, der socialdemokratischen, der er sich aus seinem Innersten heraus anschloß und deren Bestrebungen er bisher verfolgte und vertrat, was er auch für die Folge thun werde. (Beifall.) Der Redner beleuchtete nunmehr die Haltung, welche die Socialdemokratie und welche die bürgerlichen Parteien bei den wichtigsten Anlässen im Reichstage eingenommen haben und betonte unter anderm, daß die bürgerlichen Parteien allen Ernstes dabei sind, das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht zu annullieren, bedürfe keiner weiteren Beweisführung, indem ihre Organe dies unverblümt ausdrücken. Hinzu komme, daß den neuen Reichstag eine Vorlage für ein neues Strafgesetzbuch beschäftigen wird; beides genüge, jeden Denkenden zu veranlassen, mit Mut und Thatkraft in den Wahlkampf zu gehen, damit der Sieg des Socialismus besiegelt sei. (Anhaltender Beifall.) Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Nach einer Aufforderung des Vorsitzenden zur politischen Organisation und Abonnement auf die Parteipresse schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Socialdemokratie.

Wodurch siegen wir? Ueber dieses Thema sprach Frau Lily Braun in einer auch von Frauen zahlreich besuchten Wähler-Versammlung, die am Donnerstag im Lokal „Urania" in der Wrangelstraße stattfand. Die Rednerin begann mit dem Hinweis darauf, daß das sogenannte Schweineglück der Socialdemokratie, das die Gegner für unsre Fortschritte verantwortlich machen, seinen Grund allein in der Thatsache hat, daß die Socialdemokratie mit Bewußtsein in der Bahn der Entwicklung vorwärts schreitet. Denen, die das Rechte wollen, kann man im Anschluß an das Bibelwort sagen, müssen alle Dinge zum besten dienen. So diente seiner Zeit das Socialistengesetz der Socialdemokratie zum Vorteil und so werden auch die dem Volke zum Schaden gereichenden Beschlüsse der verflossenen Reichstagsperiode viel dazu beitragen, das Volk immer mehr aufzuklären und unsre Ideen zu verbreiten. Namentlich wird auch der Wuchertarif in dieser Richtung wirken und vor allem die Frauen aufrütteln, wenn sie erkennen, welche Steuer sie in jedem bißchen Nahrung, das sie kaufen, an die Besitzenden zu entrichten haben. Es wird ihnen klar werden, daß eine andre, die socialistische Gesellschaftsordnung, an die Stelle der kapitalistischen treten muß, und sie werden die Macht, die sie trotz ihrer politischen Rechtlosigkeit besitzen, für dieses Ziel ausnutzen. Die Rednerin wies dann weiter darauf hin, mit welch' verwerflichen Mitteln die Gegner uns bekämpfen, besonders auch die Freisinnigen, für die jetzt gerade die einzig richtige Parole der Kampf gegen die Agrarier wäre, die aber nur noch einen Teil der großen reaktionären Masse bildet, die keinerlei positive Forderungen mehr stellt, sondern ausschließlich den Kampf gegen die Socialdemokratie proklamiert. Und auch die bürgerlichen Frauen wissen nichts Besseres zu thun, als die Socialdemokraten, die von Anfang an und stets für die Frauenrechte eingetreten sind, zu bekämpfen, und zwar gemeinsam mit den reaktionären Leuten, die ihnen nie staatsbürgerliche und politische Gleichberechtigung zubilligen werden. Aber alles das dient nur dazu, uns um so fester zusammenzuführen. Der Wahlsieg, der uns bevorsteht, wird nur eine Vorbereitung, nur eine Etappe zu dem großen Siege sein, der eine Umwälzung hervorbringen wird, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat, der die Menschheit erst zur Menschheit machen soll. In diesem Ideal liegt unsre Kraft. In diesem Gefühl werden wir siegen, weil die Entwicklung mit uns geht. — Der Vortrag wirkte begeisternd auf die Anwesenden. Es folgte eine kurze, dem Referat zustimmende Diskussion. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Der Vorsitzende machte auf die am Sonntag im vierten Kreise stattfindende Flugblattverbreitung aufmerksam und forderte zu reger Beteiligung auf.

Sechster Wahlkreis. In Weimanns Volksgarten sprach am Donnerstag Genosse Ledebour vor einer stark besuchten Wählerversammlung. Bei drückender Hitze saßen und standen die zahlreich erschienenen Männer und Frauen „in drangvoll-fürchterlicher Enge" und lauschten aufmerksam den reichlich zweistündigen Ausführungen ihres Reichstags-Kandidaten, demselben mehrfach stürmischen Beifall spendend. Redner wies auf die eminente Bedeutung der diesjährigen Wahl hin und charakterisierte dann mit beißender Satire die Stimmenfänger-Taktik der gegnerischen Parteien. So suchten die Konservativen in ihren Flugblättern durch allgemein patriotische Phrasen auf politisch unreife Angstmeier einzuwirken, während sie von ihren eigentlichen Zielen und Bestrebungen, besonders aber von dem Brotwucher wenig oder nichts erwähnen. Die Antisemiten befolgen eine ähnliche Taktik. Sie seien zur reinen Junker-Schutztruppe geworden; die kürzlich noch von ihnen beliebten Pückler'schen Judenhetzereien betrachten sie gegenwärtig als ein dekoratives Beiwerk, das sie hier in Berlin so wenig wie möglich in Anwendung bringen. Vielmehr suchen sie durch die unmöglichsten Versprechungen den Mittelstand für sich einzufangen, dem dann sie und die ihnen geistesverwandten Konservativen durch den Zollwucher gemeinsam die Taschen leer machen. Was die Freisinnige Volkspartei anbelange, so sei es ja allgemein bekannt, daß diese nicht allein bei den Zolldebatten eine Taktik der Feigheit und Erbärmlichkeit bethätigt habe. Nicht nur nicht Hilfe, sondern sogar direkten Widerstand setze sie demokratischen Einrichtungen entgegen, und das alles, um durch die Gnade der reaktionären Parteien ihr jammervolles Scheindasein noch eine Zeitlang weiter fristen zu können. Nun sei es zwar ausgeschlossen, daß der 6. Wahlkreis der Socialdemokratie entrissen werden könne. Immerhin müsse mit Energie danach gestrebt werden, eine Stimmenzahl aufzubringen, mit der die Genossen dieses größten deutschen Wahlkreises auch vor ganz Deutschland Ehre einlegen können. — Da Gegner sich trotz mehrmaliger Aufforderung nicht zum Worte meldeten, so wurde die Versammlung nach einem kurzen, kernigen Schlußwort des Vorsitzenden Bittorf mit einem donnernden Hoch auf die Partei und ihren Kandidaten geschlossen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. Filiale Schöneberg. Sonntag, den 7. d. M., vormittags 10 Uhr: Versammlung im Klubhaus, Hauptstraße 5/6.

Socialdemokrat. Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Südost.

Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied 214/15

Carl Petigk

Oranienstr. 2

am 2. d. Mts. nach langem Krankenlager im Alter von 43 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 6. d. Mts., nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofs in Britz aus statt.

Um rege Beteiligung bittet

Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß meine liebe Frau

Luise Kiepert

geb. Dahl

am 4. Juni nach kurzem Krankenlager verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. Juni, nachmittags 4½ Uhr, vom Trauerhause, Ramlerstraße 7, aus nach dem Himmelfahrts-Kirchhof statt. 17915

Adolf Kiepert, Lackierer.

Verband der Bau-, Erd- und gewerbl. Hilfsarbeiter Deutschl.

Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Kollege 39/1

Franz Ruthenberg

am 29. Mai d. J. an den Folgen eines Unfalles verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Britz aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Die Ortsverwaltung.

Danksagung.

Für die überaus große Beteiligung sowie für die zahlreichen Kranzspenden beim Begräbnis meines lieben Mannes, unsres guten Vaters

Wilhelm Fischer

sagen wir allen unsern herzlichsten Dank. 17936

Emilie Fischer

nebst Kindern.

Land 2 Mark, südwestlicher Vorort, Wochen-Abzahlung. Parzelle 60 □Rtb. 300 Mark, nur mündlich, verkauft **Hinsche, Wißmannstr. 4.** [10132*

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme bei dem Hinscheiden meines lieben Mannes sage ich allen meinen herzlichsten Dank, insbesondere Dank den Herren Kollegen.

Berlin, den 5. Juni 1903.

Marie Krause nebst Kindern.

17956

Patent- [17442* Verwertung, Finanzierung, Anmeld. v. Pat. u. Gebrauchsmust. zum Selbstkostenpreis bei Auftrag z. Verwert. Anfertig. von Zeichnungen. **Wolters & Co., W., Potsdamer Straße 123.** Auskünfte und Ratschläge kostenlos.

Hochrentable Klempnerei und Installationswerkstatt nebst Fabrikation eines Specialartikels dieser Branche ist zu verkaufen. Das Geschäft bietet einem tüchtigen Klempner glänzende Lebensstellung. Off. sind unter **Patent**, postlagernd Königswusterhausen zu richten.

Strand-Restaurant am Müggelsee zwischen Müggelschloß u. Aussichtsturm. Empfehle Fabriken, Vereinen und Korporationen für Sommervergnügen und Ausflüge mein großartig gelegenes Lokal. Saal für ca. 3000 Personen, Hallen, genügende Nebenräume, Belustigungen aller Art. Coulante Preise. **M. Degebrodt,** „Strandschloss", Köpenick.

Ausstellung für Gärungsgewerbe

Berlin N., Seestrasse, Institut für Gärungsgewerbe,

mit besonderer Berücksichtigung

der Kartoffel-Verwertung und der Verwendung des Spiritus zu technischen Zwecken.

Spirituskocher, Spirituslampen, Spiritusmotoren.

Vom Freitag, den 29. Mai, bis Sonntag, den 7. Juni.

Geöffnet täglich von vormittags **9** bis abends **8** Uhr.

Täglich von 5 bis 6 Uhr populärer Vortrag im gr. Hörsaal der Ausstellung.

Eintrittspreis: **0,50 M.** Sonn- und Festtags: **0,30 M.**

Zeuthen. „Gasthaus zur Dorfaue" Inh. Wwe. Fl. Barnack, empfiehlt sich den Vereinen und Gesellschaften bei Ausflügen und Festlichkeiten. Saal mit Bühne, Garten, Kegelbahn. 17502*

Jeden Sonntag: **Grosser Ball.**

Kinderwagen, Puppen-, Sport-, Kasten-, Leiter- u. Ziegenbockwagen, eis. Bettstell., f. Erwachsene und Kinder ausserordentlich bill., auch Theilzahlung. Krankenwagen auch leihweise. Musterbücher gratis, franco. **A. W. Schulz, Berlin N., Brunnenstr. 95,** a. Bahnhof Gesundbrunnen. Amt III, 1767.

Köpenick. Echten alten **Kottbuser Korn** empfiehlt 6062* **Aug. Tauchert, Gastwirt, Müggelheimerstr. 4.**

Köpenick. **Paul Bärsch, Lindenstraße 6,** Haltestelle der Schöneweider Strassenb. **Einkehr** Gute Speisen u. Getränke, solide Preise.

Dietz' Specialitäten-Theater Landsberger Allee 76-77 Ob schön! (Ringb.-St.). Ob Regen! **Täglich das unerreichte Juni-Programm!** Robert u. Bertram. Clown Dolly. Fritz Brand. Cake-Walk. Boccaccio-Trio ꝛc. **Sonnabend, Sonntag u. Montag Tanz**

Köpenick. **Wilhelmsgarten** v. **L. Scheer,** Rudower- u. Berliner Strassen-Ecke. **Herrlicher Garten, Kaffeeküche.** Jeden Sonntag: **Großer Ball.** Säle für Vereine ꝛc. *

Bernau. **Gasthof „Zum goldenen Hirsch",** Bürgermeisterstr. 225. * **Einkehr für Radfahrer usw.** Guter Frühstücks- und Mittagstisch. Jeden Sonntag: **Tanz.**

Bruch-Pollmann empfiehlt sein Lager in **Bruchbandagen, Leibbinden, Geradehaltern, Spritzen, Suspensors,** sowie **sämtliche Artikel zur Krankenpflege.** **Eigne Werkstatt.** Lieferant f. Orts- u. Hilfs-Krankenkassen. **Berlin C.,** 10732* **30. Linien-Straße 30.** **NB.** Alle Bruchbänder mit elastischen Pelotten, angenehm und weich am Körper.

4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Montag, den 8. Juni, abends 8 Uhr:

Wähler-Versammlung

bei Keller, Koppenstr. 29.

Referent: Schriftsteller Ströbel.

Freie Diskussion.

Das socialdemokratische Wahlkomitee.

214/14*

Gewerkschafts-Kartell für Berlin und Umgegend.

Bureau: O. 54, Dragonerstraße 15:

Montag, den 8. Juni, abends 8½ Uhr, in Frankes Festsaal, Sebastianstr. 39:

Große öffentliche Versammlung

für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: „Die gewerblich thätigen Frauen und Mädchen Berlins und ihre Organisation". 2. Diskussion und Anträge. 3. Allgemeines.

Genossinnen und Genossen! Agitiert für einen guten Besuch obiger Versammlung. Alle Frauen und Mädchen, die Zeitung und Frühstück austragen, Koch-, Wasch- und Reinmache-Frauen, Aufwärterinnen, Gelegenheits-Arbeiterinnen, haben bestimmt zu erscheinen. 287/6

Es erwartet vollzähliges Erscheinen

Der Ausschuss.

Lithographen und Steindrucker!

Wegen Nichtbewilligung der 8½-stündigen Arbeitszeit legten zwanzig Lithographen bei der Firma **Prager & Loyda, Hagelsbergerstraße Nr. 52,** die Arbeit nieder. Zuzug streng fernhalten.

Bezüglich der Steindrucker schweben noch Unterhandlungen.

108/4 **Die Verwaltung.**

Central-Verband der Brauerei-Arbeiter.

(Berlin Sektion II.)

Sonntag, den 7. Juni 1903, nachmittags 2 Uhr, bei **Keller,** Koppenstr. 29 (gr. Saal):

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Link: Gewerkschaften und Reichstagswahl.** 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 1796b

Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität".

Sitz: Frankfurt a. M.
Geschäftsführer H. Sachs, Schleusenstraße 11.

Etwa 600 Vereine und Einzelfahrer mit 12 000 Mitgliedern.

Einschreibegeld 60 Pf., monatlicher Beitrag 20 Pf.

Leistungen an die Mitglieder: Das offizielle Organ: „Der Arbeiter-Radfahrer", monatlich zweimal erscheinend. Unfallunterstützung bei allen Radunfällen (ausgenommen Rennen und Trainieren) von 1 M. täglich außer Sonntag 13 Wochen lang. Zollfreie Ueberschreitung der österreichischen, schweizer, französischen und belgischen Grenzen mit Fahrrädern. Kostenlose Lieferung von Radfahrer-Wegekarten an die Vereine usw.

Gefällige Anfragen wolle man da, wo kein Verein am Orte ist, direkt an obige Adresse richten. 17312*

Dr. Schünemann,

Specialarzt für **Haut-, Harn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9.** ½12—½3, ½6—½8, Sonnt. 9-11.

Vereine! Klubs! Fabriken!

Diesen Sommer billigste Dampferfahrten nach [16252*]

Schülers Spreeschloss

Friedrichshagen. 100—250 Personen **25 M.** (Hin- u. Rückfahrt), **Sonntags 100 M.**

Suppe, Gemüse, Braten, Kompott 1 M. ◆ ½ Bock-Bier 15 Pf.

Herrliche Spielplätze. Kaffeeküche. Saal, Kegelbahn, Boote.

Um frühzeitige Abschlüsse bittet **Der Wirt.**

Wöllsteins Lustgarten,

Adlershof.

17239*

Schönster und ältester Naturgarten des Südostens.

2—300jährige Linden (5000 Personen fassend) **Sommerbühne, drei Kegelbahnen, Kaffeeküche** ꝛc., **prachtvolle Säle** mit schöner Theaterbühne, **Vereinszimmer** ꝛc.

Jeden Sonntag Konzert, Specialitätenvorstellung und

Ringkampf.

Im Saal grosser Ball bei stark besetztem Orchester.

Weltrestaurant Hirschgarten.

Inhaber: Homann & Polpitz.

Größtes und schönstes Lokal am Platze, 10000 Personen fassend.

Jeden Mittwoch: **Gr. Gartenkonzert.** Hierauf **Réunion.** Entree frei. Sonnt.: Gr. Ball.

3 verdeckte Kegelbahnen, Volksbelustigungen all. Art, Ausspann. für 80 Pferde.

Neues Lokal Seebad und Restaurant „Müggel-Werder"

Idyllisch im Müggelsee gelegen, Rahnsdorfer Mühle, Station Rahnsdorf. Rundfahrten auf dem Müggelsee per Dampfer von Friedrichshagen Brauerei-Ausschank und Wilhelmsbad nach Müggel-Werder-Rüdezahl = 20 Pf. Dampfer jeder Größe. Sommerwohnungen, möbl. Zimmer, Pension. [16532*

Restaurant Jägerhäuschen Saatwinkel

Inh.: **Heinrich Hoppe.**

Altes Lokal: Acker-Str. 21. Telephon Amt III, 6733. **Mittagstisch mit Bier 50 Pf.**

Bequem zu erreichen zu Fuß durch schöne Waldwege, durch regelmäßige Dampferverbindungen von Tegel, Spandau und Plötzensee.

Schattiger Garten. — Großer Tanzsaal und Hallen (ca. 3000 Personen fassend). — **Kegelbahnen. — Volksbelustigungen.**

Große Stallungen. 16712*

Kaffeeküche den ganzen Tag geöffnet (Liter 80 Pf.)

Spelsen à la carte zu billigen Preisen.

Mittagstisch von 80 Pf. an.

Bayrisch Bier: Glas 10 Pf. — Grosse Weisse 25 Pf.

Woltersdorfer Schleuse!

R. Albrechts Restaurant,

früher Witwe **Lehmann.**

Empfehle mein **allbekanntes, herrlich am Wald und Wasser belegenes Lokal** den **Vereinen** und **Gesellschaften** zu Ausflügen ꝛc. Großer schattiger Garten (1000 Sitzplätze). Großer Tanzsaal. Kegelbahnen. Schießhalle. Große Kaffeeküche. Sommer-Wohnungen. Fremdenzimmer. 16449*

Friedrichshagen-Hirschgarten.

Mein 5 Minuten von den Bahnhöfen, zwischen den beiden Ortschaften, **direkt am Wald belegenes neu eröffnetes** 17056*

Restaurant „Westend"

halte ich Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen bestens empfohlen.

Kaffeeküche, Speisen und Getränke zu soliden Preisen. **Carl Thieme.**

Schöneiche. Restaurant „Waldschloss" [17152*

20 Minuten prächtiger Waldweg vom **Bahnhof Rahnsdorf.**

Mitten im Walde und direkt am Wasser gelegen.

Bade-Anstalt für Herren und Damen. ◆ Ausspannung. ◆ Kegelbahnen.

Großer Tanzsaal. ◆ Schattige Spielplätze.

Kaffeeküche. ◆ Weiss- und Bairisch-Bier.

H. Hamecher's Bade-Anstalten.

Marien-Bad	Friedrichs-Bad
Chausseestr. 35.	**Frankfurter Allee 197.**

Russische, Römische, Dampfkasten-, Lohtannin- und Massage-Bäder, Kohlensäure-, Fichtennadel- sowie sämtl. medic. u. Wannenbäder I. u. II. Kl.

Lieferant für alle Krankenkassen. 17581L*

Nach beendeter Umzugs-Saison sind die Preise auf

Teppiche, Gardinen, Portieren und Decken

bis zu **33⅓ %** herabgesetzt.

Teppichhaus Adler & Co.

Königstrasse 20-21, an der Jüdenstrasse.

Wo? ist der schönste Ort für Landpartien? Auf der Insel Pichelswerder, Wirtshaus zum Freund; bequem per Fuß, Rad, Kremser, Bahn und Dampfer zu erreichen. **Eröffnung des Riesensaales an den Feiertagen.** Für gute Küche und Getränke wird stets bemüht sein **Der alte Freund.**

Honig! Unverfälscht. Deutscher Bienenhonig, best. Qualit. vers. die 10 Pfunddose zu 7,00 M., 5 Pfd. 4,30 M. franco. Garant. Rücknahme.

E. Reil, Nordloh, Bahnhof Augustfehn, Oldenbg.*

Tod allen Wanzen

durch meine Wanzen-Tinktur, in Flaschen 0,50, 1,00. Zerstäuber 50 Pf. Schwaben, Flöhe, Fliegen, Blattläuse ꝛc. werden durch mein Pulver vollständig vernichtet, Schachtel 0,30, 0,60 und 1 M.

1000 M. Belohnung

zahle demjenigen, der mir einen Nichterfolg nachweist. Zahlreiche Anerkennungen. Nur zu haben bei **Otto Gottschalk,** Droguerie, **Krautstr. 55a,** an der Großen Frankfurterstr. 16882*

In Ltr.-Fl. empfehle: Cognac 1,25—10,35, Rum 1,00—5,60. Nordhäuser 0,45—1,35, Liqueure, Eiercognac, Citronen- und Himbeersaft, Port- u. Ungarweine gut u. billigst.

Carl Schindler, Chausseestr. 55, Liqueurfabrik.

Verband der Möbelpolierer.

In folgenden Zahlstellen werden heute abend Beiträge entgegengenommen: Brunnenstr. 96, Dalldorferstr. 16, Schönhauser Allee 139, Blumenstr. 38, Friedrichsbergerstr. 11, Koppenstr. 42, Oranienstr. 197, Skalitzerstr. 59; Weißensee: König-Chaussee 55; Lichtenberg: Friedrichstr. 11; Rixdorf: Steinmetzstr. 103.

Montag, den 8. d. M., abends 8½ Uhr, Rixdorf, Steinmetzstr. 103:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **P. Dupont** über: **Die Gewerkschaften und die kommenden Reichstagswahlen.** 2. Diskussion. 3. Wahl. 4. Verschiedenes. 146/8

Montag, den 8. d. Mts., abends 8½ Uhr, Hussitenstraße 40:

Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen **W. Nitschke** über: **Der Siegeszug der Elenden.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Die **Dampferpartie** findet am **26. Juli** nach **Zwiebusch** statt. **Der Vorstand.**

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zahlstelle Berlin III.

Sonntag, den 7. Juni, vormittags 10 Uhr, bei **Rose,** Badstr. 58:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Paul Winzler** über „Kapitalistische Arbeiterfreundlichkeit". 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom Wintervergnügen. 4. Verbands-Angelegenheiten. 34/20

Die Kollegen werden gebeten, zahlreich zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Hüte! Herrenhüte von 1,50 an, Knabenhüte „ 0,75 „

Größtes Lager in Strohhüten von den einfachsten bis zu den feinsten Genres. **Schirme** zu außergewöhnlich billigen Preisen. **Mützen. Krawatten.** 7812*

Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2, Ecke Skalitzerstraße.

„Wilhelmsgarten", Hirschgarten.

Empfehle den Vereinen und Gesellschaften meinen **großen schattigen Garten,** ca. 2000 Personen fassend, **großen Saal, verdeckte Kegelbahnen** und **Kaffeeküche.** — Außerdem mein **neuerbautes Restaurant „Zur Waldburg",** dicht am Bahnhof, herrlich im Wald gelegen, mit großem Saal, 500 Personen fassend, schattigem Garten, Kegelbahnen, Kaffeeküche und Ausspannung. Gutgepflegte Biere, reichhaltige Speisenkarte. **Wilhelm Keller,** Gastwirt.

Adam Opel, Rüsselsheim a. M.

Opel

Motor-Zweiräder. Nähmaschinen.

Feinste Marke! Nimmt die **hervorragendste Stellung** auf dem **Weltmarkte** ein.

Fahrräder.

Fuhrmann & Schulz, W. Lützowplatz 3. **Dumstrey & Jungck,** SW. Markgrafenstrasse 27.

Rucksäcke 2 Mk. p. Stück

Wäsche- u. Bettsäcke mit Verschluss

C. A. Flemming, Beuthstr. 11 (am Spittelmarkt).

16929* **1828.** Preisliste gratis.

Seit dem 18. Mai hat die Firma

The American Trading Co., Meyers & Co., bezw. **Herr Emil Meyers** in **Berlin,** Spittelmarkt 8/10,

die Vertretung unsrer Gesellschaft **nicht** mehr.

Wir bitten höflichst, hiervon Kenntnis zu nehmen und unsre Fabrikate

„Meyers Putz-Cream" (blau Band) in fester und flüssiger Form

„Meyers Küchenputz" und **„Electro-Silicon"**

fortan bei uns direkt oder bei unsrem in Berlin weilenden Herrn **H. Scharnhorst, Charlottenstr. 94, parterre,** zu bestellen.

Wir garantieren prompteste, beste Ausführung aller Aufträge in gleichmässiger, unübertroffener Qualität.

The American Supply Co. / **Meyers & Co. G. m. b. H.** — Bremen-Hemelingen.

Zucht- und Legehühner

verkauft **Otto Pich, Berlin, Zionskirchplatz 8.** [14072*]

7168L* **Damenuhren** und **Goldwaren** zum halben Preise im **Ausverkauf** des Uhrmacher Barth'schen **Konkurslagers,** Chausseestr. 21.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41. Specialarzt für [5/16*] **Haut- und Harnleiden.** 10—2, 5—7. Sonntags 10—12 2—4

BRENNABOR

ist nicht das billigste, aber das beste Rad!

Wunderbar leichter Lauf — Vornehmes Aussehen

Gewissenhafte Präcisionsarbeit — Garantie für Haltbarkeit

BRENNABOR-FAHRRAD-WERKE — **BRANDENBURG A. D. HAVEL**

Zweiggeschäft: BERLIN W., Kronenstrasse 11.

Verantwortl. Redakteur: Carl Leid in Berlin. Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Fünfter internationaler Kongreß für angewandte Chemie.

Berlin, 5. Juni.

Die heutige Plenarsitzung des Kongresses wurde durch mehrere Vorträge der hervorragendsten Gelehrten der Chemie ausgefüllt. Prof. Moissau-Paris sprach über „Metallhydride“, Verbindungen von Metallen mit Wasserstoff; William Crookes-London hielt einen Vortrag: „Neue Vorstellungen vom Stoff, die Verwirklichung eines Traumes“; Prof. vant Hoff-Berlin: „Zur Bildung der natürlichen Salzlager“; E. Solvay-Brüssel: „Rückblick auf die Anwendung des Ammonial-Sodaverfahrens“; Prof. Engler-Karlsruhe über „Autoxydation“; Prof. Krämer-Berlin: „Forschungen auf dem Gebiete des Steinkohlentheers“. Diese Vorträge dürften jedoch mehr für den Fachmann Interesse haben. Auf den zweitgenannten geistvollen Vortrag von Crookes behalten wir uns vor, noch zurückzukommen.

In der Sektion für organische Präparate sprach Herr Dr. Connstein-Berlin über „Spaltung der Fette durch Enzyme“. Es ist bekannt, daß gewisse Stoffe durch ihre bloße Anwesenheit im stande sind, andre Stoffe zu verändern, sie zu spalten und Umlagerungen ihrer Bestandteile zu bewirken. Sind solche Stoffe Organismen (Pilze, Bakterien), so nennen wir sie Fermente, sind sie aber Produkte von Pflanzen oder Tieren, also selbst chemische Verbindungen, so werden sie als Enzyme bezeichnet.

Man hat nun neuerdings die wichtige Entdeckung gemacht, daß solche Enzyme auch Fette zu spalten vermögen. Zerkleinerter Ricinussamen zum Beispiel, welcher gewisse Enzyme enthält, bewirkt, in erwärmtes Fett gebracht, die Spaltung desselben in Glycerin und Fettsäure (Oel), die sich im Zeitraum von 24 Stunden glatt und nahezu quantitativ vollzieht. Diese Entdeckung erregt begreifliches Aufsehen, da sie ganz dazu angethan erscheint, unsre bisherige Seifenfabrikation und Oelgewinnung umzuwälzen. Eine Versuchsanlage ist in Charlottenburg bereits in Thätigkeit.

In der Sektion für Elektrochemie und physikalische Chemie berichtete Moissau-Paris über seine neuesten Arbeiten behufs Gewinnung von „Metallkarbiden“, Verbindungen von Metallen mit Kohlenstoff. Eine derselben ist ja bekannt und in größtem Maße in Gebrauch: das Kalciumkarbid, welches unsre Acetylenbeleuchtung liefert. Daß auch die Alkalien solche Verbindungen eingehen könnten, war bis jetzt bestritten worden. Nunmehr aber sei es ihm mit seinem elektrischen Ofen gelungen, solche, wenn auch noch in etwas unvollkommener Weise darzustellen. Die erhaltene pulverige Masse gebe mit Wasser ebenfalls Acetylen. Auch Cäsium- und Rubidium-Karbide herzustellen, sei ihm geglückt. Wenn es, wie nach den bisherigen Erfolgen zu erwarten, gelingt, Natrium- und Kaliumkarbid fabrikmäßig zu gewinnen, so würde das allerdings einen großen Fortschritt auch für Verbilligung und Ausbreitung der Acetylen-Beleuchtung bedeuten, da die bei der Behandlung der Karbide mit Wasser verbleibenden Rückstände die wohl zu bewertenden Alkalihydrate (Seifenlauge) liefern.

„Der Schutz der Arbeiter in der chemischen Industrie“ lautete das Thema, über welches Geheimrat Dr. Sprenger-Berlin in der Sektion für Rechts- und wirtschaftliche Fragen sprach. Die Arbeiter der chemischen Industrie befinden sich in bei weitem ungünstigeren Arbeitsverhältnissen als die Arbeiter andrer Industriezweige, da sie einmal den allgemeinen Fährlichkeiten der Fabrikarbeit, darüber hinaus aber noch solchen Schädigungen an Gesundheit und Leben ausgesetzt sind, welche der besonderen Natur der Betriebe eigen sind. Hierbei müssen wir unterscheiden: Unfallgefahren und Gesundheitsgefahren. Unfälle entstehen in der chemischen Industrie, abgesehen von allgemeinen Betriebsverletzungen, insbesondere durch Verspritzen und Ausfließen von heißen und ätzenden Flüssigkeiten, durch Ausströmen giftiger Gase und Dämpfe sowie durch Explosionen von Gasen und Explosivstoffen. Außerdem aber erzeuge die längere Beschäftigung in vielen Zweigen der chemischen Industrie meist erst allmählich eintretende Berufskrankheiten, welche die betroffenen Arbeiter allzu oft dem Siechtum oder frühen Tode weihen. Vortragender zählt eine ganze Anzahl in dieser Weise schädlich und verheerend wirkender Stoffe auf, die in chemischen Betrieben vorkommen. Die fortschreitende Entwicklung der chemischen Industrie hat leider auch eine Vermehrung der Gesundheitsgefahren für die Arbeiter im Gefolge. Die Bekämpfung dieser Gesundheitsschädigungen sei dadurch erschwert, daß die Arbeiter aus mangelhafter Vorbildung dieselben zumeist nicht rechtzeitig zu erkennen vermögen. (Würde ihnen diese Erkenntnis etwas nützen? Anm. d. Red.) Deshalb liege der Arbeiterschutz den Arbeitgebern ob, die verpflichtet seien, die Fabrikationsmethoden gefahrloser zu gestalten, die Arbeiter vor den Gefahren zu warnen und eine zweckmäßige Auswahl unter den Arbeitern für gefährliche Posten zu treffen. (Als ob nicht auch kräftige und ganz gesunde Arbeiter den Vergiftungen erliegen müssen! Anm. d. Red.) Vortragender führt die von Reichs- und Landesbehörden für die verschiedensten chemischen Betriebszweige erlassenen Specialverordnungen für Unfallverhütung auf, deren Beobachtung und Durchführung den staatlichen Gewerbe-Aufsichtsbeamten und der „Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie“ obliege. (Hier fehlt nur die Mitwirkung der Arbeiter. Anm. d. Red.) Aber nicht dem Zwange allein sollten die Arbeitgeber folgen, sondern es als ihre moralische Pflicht ansehen, freiwillig den Arbeiterschutz, insbesondere auch in der Richtung einer ausgedehnten Forderung der „Gewerbehygiene“ ausgestalten. (Wir erlauben uns als ein sicher wirksames, leider unerwähnt gebliebenes Schutzmittel eine erhebliche Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter der chemischen Industrie zu empfehlen, ebenso die Einführung häufigerer Erholungspausen, wie Verkürzung der Arbeitszeit überhaupt! Anm. d. Red.) Der Schutz der Arbeiter, schließt Vortragender seine zweifellos wohlgemeinten Ausführungen, ist für die Arbeitgeber nicht nur moralische Pflicht, sondern nach den Erfahrungen der Berufsgenossenschaft für sie ein wirtschaftlicher Vorteil.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Am Sonntag, den 7. Juni, morgens 8 Uhr, findet von folgenden Lokalen aus eine Flugblattverbreitung statt: Hahn, Stralauerstr. 48, Weihnacht, Grünstr. 21, Glaue, Krausenstr. 18, Menzel, Dorotheenstr. 69, Frank, Charlottenstraße 60, Wolf, Mauerstr. 50, Radtke, Flensburgerstr. 24. Wir bitten um rege Beteiligung.

Vierter Wahlkreis, Osten. Die Mitglieder werden ersucht, sich zwecks **Flugblattverbreitung** Sonntag früh pünktlich 8 Uhr in den von ihren Bezirksführern bezeichneten Lokalen einzufinden. — Besonders sei darauf hingewiesen, daß in denselben Lokalen, wo die Flugblätter in Empfang genommen werden, die Entgegnung wider den „Socialistenspiegel“ gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches zur unentgeltlichen Ausgabe gelangt. Diejenigen, die am Sonntag, den 7. d. Mts., den „Anti-Socialistenspiegel“ nicht in Empfang nehmen, werden ersucht, denselben von den den Mitgliedern bekannten Zahlstellen umgehend abzuholen.

Fünfter Kreis. Am Sonntag, den 7. Juni, früh ½8 Uhr: **Flugblattverbreitung.** 1. Abteilung bei Dimke, Winsstraße 56; 2. Abteilung bei Belter, Neue Königstr. 60; 3. Abteilung bei Knötzsch, Hirtenstr. 10; 4. Abteilung bei Patt, Dragonerstraße 15; 5. Abteilung bei Renker, Auguststr. 51; 6. Abteilung bei Wittchow, Kleine Hamburgerstr. 27, Ecke Elsasserstraße; 7. Abteilung bei Schliz, Luisenstr. 26. Unbedingtes und pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Montag, den 8. Juni, abends 8 Uhr, finden **sechs öffentliche Wählerversammlungen** in folgenden Lokalen statt: Schulz, Belfortenstr. 15; Dießner, Landsbergerstr. 37; Grand Hotel Alexanderplatz (blauer Saal), Eingang Neue Königstraße; Rosenthaler Hof, Rosenthalerstr. 11/12; Vereinshaus Stier, Linienstr. 96; Johannissäle, Johannisstr. 20. Für zahlreichen Besuch dieser Versammlungen ist Sorge zu tragen.

Das Wahlkomitee.

Sechster Wahlkreis. Die Mitglieder werden ersucht, sich zwecks **Flugblattverbreitung** am Sonntag pünktlich 8 Uhr in den von ihren Bezirksführern bezeichneten Lokalen einzufinden. Alle andren Genossen und Genossinnen bitten wir, sich zu derselben Zeit nach folgenden Lokalen zu begeben: Hoppe, Ackerstr. 21; Pfarr, Putlitzstraße 10; Kaiser, Pflugstr. 6; Krause, Müllerstr. 7a.

Weißensee. Zur **Flugblattverbreitung** treffen sich die Genossen am Sonntag früh 8 Uhr in den bekannten Bezirkslokalen. Um recht rege Beteiligung wird gebeten.

Am Montag, den 8. Juni, abends 8½ Uhr, finden **6 öffentliche Wählerversammlungen** in folgenden Lokalen statt: 1. Abteilung Lokal „Zur Flora“, Gustav Adolfstr. 142. 2. Abteilung bei Ulrich, Röllestr. 20; 3. Abteilung bei Skorczewski, Königs-Chaussee 19; 4. Abteilung bei Gartz, Königs-Chaussee 55; 5. Abteilung bei Sorrer, Straßburgstr. 56; Alt-Weißensee, Göttling, Rennbahnstr. 4. Tagesordnung in allen Versammlungen: „Die Reichstagswahl und die Staatserhaltenden Weißensees“.

Die Parteigenossen, welche sich am Wahltage den ganzen Tag zur Verfügung stellen wollen, werden gebeten, am 10. Juni, abends 8½ Uhr, bei Schmutz, Königs-Chaussee 38, zu erscheinen.

Das Komitee.

Friedrichsfelde. Allen Genossen zur Nachricht, daß am Sonntag, den 7. d. M., eine **Flugblattverbreitung** für den ganzen Bezirk stattfindet. Treffpunkt früh 8 Uhr für Friedrichsfelde bei Loffe, Luisenstraße 20; für Karlshorst bei Sabrowski; für Mahlsdorf am Bahnhof. Rege Beteiligung ist Pflicht der Genossen!

Das socialdemokratische Wahlkomitee.

Boxhagen-Rummelsburg. Am Sonntag, den 7. Juni, findet eine **Flugblatt-Verbreitung** statt. Treffpunkt in folgenden Lokalen morgens 7½ Uhr: 1. Bezirk bei Tempel, Alt-Boxhagen 56 und Heinig, Schillerstr. 26. 2. Bezirk bei Burgenger, Kantstr. 44. 3. Bezirk bei Krüger, Göthestr. 17. 4. Bezirk bei Jage, Prinz Albertstraße. 5. Bezirk bei Adamm (Inhaber Wenger), Neue Prinz Albertstr. 17. Diejenigen, die nach außerhalb gehen, treffen sich früh 6½ Uhr Bahnhof Ost. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen aller Mitglieder wird gewünscht.

Rixdorf. Diejenigen Genossen, welche am Tage der Wahl im Kreise Beeskow-Storkow thätig sein wollen, werden ersucht, sich sofort um genügende Legitimation zu bemühen, welche, soweit es sich um Wähler handelt, jedes Polizeirevier kostenlos ausstellen muß.

Der Vertrauensmann der Radfahrer für Beeskow-Storkow:
F. Gaida, Rixdorf, Zietenstr. 27.

Treptow-Baumschulenweg. Montag, den 8. Juni, abends 8½ Uhr öffentliche Wähler-Versammlung in Ackermanns Festsälen, Baumschulenstr. 78. Tagesordnung: 1. „Unsre Gegner und wir!“ Referent Genosse Waldeck Manasse. 2. Freie Diskussion. Die gegnerischen Kandidaten sowie Wahlkomitees sind brieflich eingeladen worden. Die Handzettelverteilung zu dieser Versammlung findet morgen, Sonntag, früh 8 Uhr statt. Trefipunkt Restaurant Bock, Kiefholzstr. 6, Neue Krug-Allee 62 und Restaurant Staffeld, Baumschulenstr. 84. Heute Zahlabend im Restaurant Senftleben, Baumschulenstr. 65.

Schöneberg. Dienstag, den 9. Juni, findet bei Obst, Meiningerstraße 8, eine öffentliche Wählerversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Fritz Zubeil: „Die Reichstagswahlen“.

Schmargendorf. Zu der am Sonntag stattfindenden Flugblatt-Verbreitung ersuchen wir die Genossen, sich besonders zahlreich und pünktlich um 7 Uhr im Vereinslokal „Wirtshaus Schmargendorf“ einzufinden, da der zu belegende Bezirk ein sehr großer ist.

Ober-Schöneweide. Die Genossen werden ersucht, sich morgen, Sonntag, ½8 Uhr morgens, pünktlich zur Flugblatt-Verbreitung bei Kaufhold, Wilhelminenhofstr. 18, einzufinden.

Das socialdemokratische Wahlkomitee.

Grünau. Heute, Sonnabendabend 9 Uhr, findet die Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins bei Stabbert „Zur grünen Ecke“, Köpnickerstr. 88, statt. Da diese Versammlung die letzte Wahlvereins-Versammlung vor den Wahlen ist und die Besetzung der Wahllokale am Tage der Reichstagswahl auf der Tagesordnung steht, so ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig.

Der Vorstand.

Spandau. Am Sonntag findet für Stadt und Land eine **Flugblattverbreitung** statt. Die Parteigenossen wollen sich recht zahlreich und pünktlich um 7 Uhr früh in den bekannten Lokalen einfinden. Die Radfahrer, welche aufs Land gehen, treffen sich bereits um 6 Uhr früh bei Rupprecht, Bismarckstr. 6.

Königswusterhausen. Sonntag, den 7. Juni 1903, nachmittags 4 Uhr, hält der Wahlverein im Lokale von Wedhorn (Altes Schützenhaus) seine Mitgliederversammlung ab. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist es Pflicht der Mitglieder, vollzählig zu erscheinen. Gäste, auch Frauen, haben Zutritt.

Der Vorstand.

Lokales.

Volksschullehrer im Kampfe gegen die Socialdemokratie.

Die „königliche Regierung zu Stade“ hat durch ihre Kreisschulinspektoren die Lehrer gewarnt, Versammlungen der Welfen und der Socialdemokraten zu besuchen. Hierzu bringt die im Fahrwasser des Freisinns segelnde „Pädagogische Zeitung“, das vom Berliner Lehrerverein herausgegebene Hauptorgan des deutschen Lehrervereins, in Erinnerung, daß vor einigen Jahren die Lehrer ermahnt worden seien, an der Bekämpfung der Socialdemokratie teilzunehmen. „Vielleicht äußert sich“, so fügt das Blatt hinzu, „die Regierung zu Stade gelegentlich darüber, wie man einen Feind bekämpfen soll, den man nicht recht kennen lernen darf. Was die Kreisblättchen an Belehrendem über die Socialdemokratie und ihre Bestrebungen bringen, dürfte denn doch nicht ausreichen.“

Die Regierung weiß in diesem Punkte sehr wohl, was sie will, und sie schlägt einen trotz aller Zweifel der „Pädagog. Zeitung“ durchaus richtigen Weg ein. Was die Kreisblättchen bringen, das reicht gerade aus zur Bekämpfung der Socialdemokratie, wie die Regierung sie sich denkt. Jedes Mehr wäre hier vom Uebel. Wer sich genauer und richtiger über die Socialdemokratie informiert, der büßt jene schöne Unbefangenheit ein, die allein ihn zum Gehilfen von Socialistentötern befähigt. Außerdem kommt er bei eingehender Beschäftigung mit Wesen und Ziel der socialdemokratischen Partei auch in Gefahr, unversehens selber ein Socialdemokrat zu werden, und das will doch keine königliche Regierung auf ihr Gewissen laden.

Auch in Berlin darf sich der Volksschullehrer zur Socialdemokratie nicht anders stellen. Hier ist es allerdings die führende Clique des Freisinns, die es als selbstverständlich betrachtet, daß die Lehrerschaft sich an dem Kampfe gegen die Socialdemokratie, zu Gunsten des Freisinns natürlich, beteiligt. Aber auch hier eignen sich zu Helfershelfern bei der freisinnigen Socialistenhatz am besten diejenigen, die recht wenig über die Socialdemokratie unterrichtet sind. In der Provinz wird für den Lehrer, der gegen die Socialdemokratie zu Felde ziehen soll, die Weisheit des Kreisblättchens als gerade ausreichend erachtet; in Berlin hat er sein Wissen über die Socialdemokratie, auf die er schimpfen helfen soll, gefälligst aus Eugen Richters „Socialistenspiegel“ zu beziehen. Wer mehr weiß, taugt nicht zu diesem Handlangerdienst. Und wehe dem Berliner Volksschullehrer, der den Richterfreisinn merken läßt, daß er mehr weiß!

Die Volksschullehrer haben in Berlin so lange als die wertvollste Schutztruppe des Freisinns gegolten, daß man sich nicht wundern darf, wenn die Freisinnigen sie auf jede Weise noch länger zusammenzuhalten und immer von neuem vor ihren Parteiwagen zu spannen suchen. In diesem Bestreben reichen sich die Richtungen des Freisinns brüderlich die Hand. So veröffentlicht jetzt die freisinnige „Berliner Zeitung“ einen Artikel „Die Lehrer und die Wahlen“, in dem sie hinweist auf die „Zusammengehörigkeit“ von Lehrer und Liberalismus. Sie deutet zwar an, daß in neuerer Zeit ein „Riß“ zwischen beiden entstanden sei, spricht aber weiter unten davon, daß „vielfach die alte Rührigkeit der Lehrer im Werben für die freisinnige Sache zu begrüßen“ sei, und hofft schließlich, daß „auch diejenigen Lehrer, die noch verstimmt oder gleichgültig beiseite stehen“, sich den Freisinnigen zugesellen und „wie ehedem Schulter an Schulter mit ihnen“ kämpfen werden. Bei dieser Gelegenheit sucht die „Berliner Zeitung“ ganz im Tone der „Freisinnigen Zeitung“ und des „Socialistenspiegels“ die Lehrer gegen die Socialdemokratie scharf zu machen, indem sie erzählt, daß „deren Sprecher in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung, Herr Dr. Bernstein, jüngst den Lehrern verletzende Worte gewidmet“ habe. Selbst der freisinnige Lehrer dürfte den Kopf darüber schütteln, daß das edle Blatt über die Stellung der socialdemokratischen Stadtverordneten Berlins zur Berliner Volksschule und den Berliner Volksschullehrern nicht mehr zu sagen hat.

Wie man in der Lehrerschaft über Freisinn und Socialdemokratie denkt, das wissen die Freisinnigen ebenso gut wie wir. Auch die „Berliner Zeitung“ ist selbstverständlich genau darüber unterrichtet; sie würde sonst nicht so kläglich um die Wahlhilfe der Lehrer betteln, die „noch verstimmt oder gleichgültig beiseite stehen.“

Explosionskatastrophe in der Wasserthorstraße.

Eine entsetzliche Explosion, bei welcher nicht weniger als neun Personen verunglückt sind, hat sich am gestrigen Nachmittag gegen ½5 Uhr in der Wasserthorstraße zugetragen. In dem Hause Nr. 54 dieser Straße befindet sich im ersten Seitenflügel und Quergebäude die Metallindustrie-Aktiengesellschaft vormals J. Weidner, deren Arbeitsräume das Parterregeschoß sowie die erste und zweite Etage einnehmen. Im Quergebäude ist die Lackier- und Galvanisierungswerkstätte gelegen und hier arbeiten unter Leitung des Werkführers Lesniewski etwa 10 bis 12 Personen, Männer und Frauen. Nachmittags gegen ½5 Uhr bemerkte Herr L., daß mehrere Arbeiter einen Ballon Benzin öffneten, um einen Teil dieser Flüssigkeit in einen Bottich zu leiten. Der Werkführer sah jedoch, daß eine Gasflamme brannte und lief mit den Worten: „Leute, was macht Ihr denn da?“ zu dem Hauptahn, um denselben abzusperren, da er die enorme Feuersgefahr recht wohl erkannte. Kaum war ihm die Abschließung des Gasometers gelungen, als auch schon Stichflammen nach der Decke des Arbeitsraumes emporschlugen und in wenigen Augenblicken war die Werkstätte in Flammen gehüllt. Eine gewaltige Explosion erfolgte. Zwei der Arbeiter wurden durch die offenstehende Eisenthür auf den Treppenflur hinausgeschleudert, während zwei andre Angestellte, der Lackierer Koldrowicz, Adlershof, Hardenbergstr. 7 wohnhaft, und der Arbeiter Ziolkowicz, Wasserthorstr. 75, durch die Fensterscheibe hindurch auf den Hof hinausgeworfen wurden. Koldrowicz brannte am ganzen Leibe, die Brandwunden waren entsetzliche, und der Unglückliche wurde sterbend, ebenso wie Ziolkowicz, dessen Brust und Arme total verbrannt sind, mittels Droschke nach dem städtischen Krankenhaus am Urban gebracht. Dort verschied K. bald nach der Einlieferung. Die Panik, die sich in dem brennenden Raume abspielte, war eine geradezu entsetzliche. Da der Ausgang aus dem Arbeitsraume durch Flammen versperrt war, so mußten die Unglücklichen, welche sämtlich mehr oder minder schwere Brandwunden davongetragen, durch die Fenster auf den etwa 6 Meter tiefer belegenen Hof hinabspringen. Inzwischen trafen mehrere Züge der Hauptfeuerwache in der Lindenstraße unter Führung des Branddirektors Giersberg ein, welche den Verletzten Samariterdienste leisteten und die Ablöschung des brennenden Raumes innerhalb einer halben Stunde bewirkten. Die Liste der Verletzten ist folgende: Koldrowicz tot, Ziolkowicz schwer verletzt, Werkführer Lesniewski Brandwunden am Kopf, Guhlisch beide Unterarme sowie Stirn und Nase verbrannt, Lange beide Unterarme verbrannt sowie Brandwunden am Kopf, Plettke Brandwunden an beiden Füßen, Müller beide Arme verletzt, die Arbeiterin Wanda Majewski, welche sich durch einen Sprung aus dem Fenster gerettet, erlitt dabei Verstauchung beider Unterarme sowie Quetschung des Hinterkopfes. Elise Seifert trug Brandwunden im Gesicht davon. Die letzten sieben Verletzten erhielten Hilfe auf der Unfallstation in der Alexandrinenstraße und wurden dann mittels Droschke nach ihren Wohnungen geschafft. Der Brandschaden ist unbedeutend.

Noch war dieser gefährliche Brand nicht gelöscht, als schon ein zweiter aus derselben Straße Nr. 34, wo es erst kürzlich im rechten Seitenflügel der Lampenfabrik von Hermann Dietrich tüchtig gebrannt hatte, gemeldet. Diesmal stand der linke Seitenflügel in großer Ausdehnung in Flammen. Bei diesem Brande wurden durch herabfallendes Gestein der Brandmeister Letzbolt und der Polomär Müller verletzt. Trotzdem sofort energisch Wasser gegeben und mit größter Bravour über eine große mechanische Leiter, die am Vorderhause aufgefahren worden war, vorgegangen wurde, konnte es nicht mehr vermieden werden, daß der große Dachstuhl niederbrannte. Die Aufregung über diese beiden großen Brände war natürlich in der Straße groß. Ueberall bildeten sich Gruppen, welche erregt die Katastrophe besprachen. Gleichzeitig wurde die Feuerwehr wegen einer **Spiritus-Explosion** nach der Wallner-Theaterstraße 2 gerufen. Dort war eine Frau schwer verletzt und mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Ein vierter größerer Brand beschäftigte die Feuerwehr in Moabit. Dort stand in der Turmstraße 33, Ecke Bredowstraße, der Dachstuhl des großen Eckhauses in großer Ausdehnung in Flammen. Da die Treppenaufgänge und Bodenräume schon total verqualmt waren, mußte der Hauptangriff über große mechanische Leitern ausgeführt werden. Ein bedeutender Teil des Dachstuhls konnte aber nicht mehr gerettet werden.

Zum Lustmord lag eine Bekundung vor, die eine Zeitlang von großer Bedeutung zu sein schien. Ein Gastwirt und seine Wirtschaftsgehilfin aus Plötzensee besuchten am 29. Mai einen andren Wirt in jener Gegend und hörten auf dem Heimwege spät abends in der Nähe des Habermannschen Lokals vom Verbindungskanal Hilferufe untermischt mit dem Rufe: „Emil, Emil!“ vom Wasser her. Sie sahen dann auch in der Dunkelheit ein anscheinend hellgestrichenes Boot den Kanal entlang fahren. Die Rufe kamen von einer weiblichen, fast kindlichen Stimme. Auf diese Bekundung forschte die Kriminalpolizei nach, ob sich nicht unter den Verwandten oder Bekannten der Familie Annowski, ein Mann mit Vornamen Emil befinde, den auch das ermordete Mädchen kennen mußte. Es wurde auch ein solcher Mann in der Bekanntschaft ermittelt und festgestellt, daß er nicht im besten Rufe steht. Lina Hoffmann hat öfter mit ihm verkehrt. Der Mann besuchte auch wiederholt Lokale in Plötzensee. Er wurde nun mit seiner Umgebung vorgeladen und verhört, bestreitet aber entschieden, in der fraglichen Zeit auf dem Wasser gewesen zu sein. Das Ergebnis der weiteren Nachforschungen war, daß man ihn wieder entlassen mußte. Es wäre nun dringend zu wünschen, daß sich Leute, die um jene Zeit dort mit einem Boot, vielleicht dem dort liegenden, mit Rudern versehenen Boote der Wasser-Bau-Inspektion, gefahren sind und vielleicht in jugendlichem Uebermut Allotria getrieben haben, bei der Kriminalpolizei meldeten, um diese Angelegenheit ganz aufzuklären und andre vor einem ungerechtfertigten Verdacht zu schützen. — Bemerkenswert ist unter den vielen Mitteilungen, die die Kriminalpolizei täglich erhält, ein Schreiben, das ein Herr an sie gerichtet hat. Dieser saß am Pfingstmontag im Moabiter Schützenhause und kam mit einem ihm unbekannten Tischgenossen in ein längeres Gespräch. Im Laufe der Unterhaltung, in der alles Mögliche berührt wurde, erzählte der Unbekannte auch von einer Begegnung, die er einige Tage vorher mit einem Mädchen von etwa 13 Jahren in der Jungfernheide gehabt habe. Das Mädchen habe bitterlich geweint und ihm auf seine Frage nach der Ursache geantwortet, es habe sich verirrt und finde nach seiner Wohnung in der Hochstraße nicht mehr zurück. Er habe die Weinende beruhigt und mit den Worten verlassen: „Warte nur, es wird wohl jemand kommen, der Dich nach Hause bringt.“ Als der Briefschreiber am Dienstag die Ermordung der Lina Hoffmann erfuhr, fiel ihm gleich das übereinstimmende Alter und die Wohnung in der Hochstraße auf. Es wird nun nicht vermutet, daß der Tischgenosse etwa der Thäter sei, aber seine Ermittelung ist deshalb wichtig, weil es darauf ankommt, ob jenes verirrte Mädchen überhaupt Lina Hoffmann war. Vielleicht kann jener Mann weitere Mitteilungen machen, die darüber Gewißheit geben. Es ist ein älterer Mann, etwa 1,60 bis 1,65 Meter groß mit vollem Gesicht und kurzem dunkelblondem Schnurrbart. Auf der linken Körperseite ist er gelähmt, auf dem linken Auge fast erblindet. Der Mann erzählte, daß er schon 10 oder 15 Jahre auf dem Wedding wohne, bei den Pionieren gedient und die Feldzüge von 1866 und 1870/71 mitgemacht habe. Er scheint pensionierter Beamter zu sein und viel spazieren zu gehen.

Eine nicht zu stande gekommene Taufe wird im Stadtteil Wedding viel besprochen. Daß sie nicht zu stande kam, ist die Schuld eines — Pastors! Der Vorfall hat den Herrn Pastor in den Verdacht der Aufgeklärtheit gebracht, aber wir wollen auf Grund unsrer Informationen gleich vorweg bemerken, daß dieser Verdacht sich nachträglich als durchaus unbegründet erwiesen hat.

Pfingstsonntag war's, da wurde in der Dankeskirche eine sogenannte Massentaufe veranstaltet. Im Altarraum war eine bunte Reihe von Knäblein und Mägdlein versammelt, darunter mancher späte Täufling, der schon dem schulpflichtigen Alter nahe war. Pastor Baumann hielt eine summarische Taufpredigt, wie sie bei Massentaufen üblich ist, und vollzog dann an jedem Kinde einzeln den Taufakt. Die Sache verlief, da Wasser naß ist, nicht ohne einiges Geschrei und regte wohl auch die älteren Kinder mit auf. Als die fünfjährige Tochter des Droschkenkutschers Bischof aus der Neuen Hochstraße herankam, ergriff der Pastor die Kleine bei der Hand und fragte in feierlich gemessenem Tone: „Willst Du getauft werden?“ — „Nein!“ antwortete mit weinerlicher Stimme das eingeschüchterte Kind. — „Nein?!“ rief der Pastor. „Nun, dann gehen Sie,“ wandte er sich streng an die daneben stehende Mutter, „mit Gewalt zwinge ich das Kind nicht zur Taufe!“ Bestürzt verließ die Mutter, indem die Augen aller Anwesenden sich auf sie richteten, mit dem Kinde den Altarraum und die Kirche.

Was war der Grund dieses ungewöhnlichen Verhaltens des Herrn Pastors? War der Mann aufgeklärt genug, um einzusehen, daß man niemand, auch ein Kind nicht, wider seinen Willen in eine religiöse Gemeinschaft aufnehmen soll? Als Frau Bischof sich später den zum Zweck der Taufe eingereichten Geburtsschein ihres Kindes von der Küsterei abholte, wurde versucht, das Rätsel zu lösen. „Es war nur ein Mißverständnis“, versicherte der Küster, „der Herr Pastor läßt Ihnen sagen, Sie können jederzeit zu ihm kommen und das Kind taufen lassen, er will die Taufe sogar in seiner eignen Wohnung vornehmen.“ Aber Frau Bischof dankte und ließ dem Herrn Pastor antworten: „Jetzt wird das Kind überhaupt nicht getauft!“ Ob sich nun der Pastor in eigner Person zu dem Droschkenkutscher bemühen wird, um der Kirche das durch seine Schuld verloren gegangene Schäflein doch noch zu retten?

Unfreiwillige Romantik. Ein Massenquartier im Freien mußten, wie nachträglich gemeldet wird, etwa 300 Ausflügler beziehen, welche in Tegel den Anschluß an die letzte Eisenbahn resp. Straßenbahn versäumt hatten. An der Haltestelle der Kremmener Bahn in Tegel resp. an der Endstation der Straßenbahnlinie sammelten sich größere Gruppen von Menschen an, die noch nach Berlin zurückbefördert werden wollten. Da die Zurücklegung des Weges zu Fuß in Gesellschaft der ermüdeten Frauen und Kinder nicht gut möglich war, so vereinigten sich die Gruppen und begaben sich nach der Tegeler Forst, wo unter den hochstämmigen Tannen das seltsame Massenlager aufgeschlagen wurde. Die Nachtwachen, welche das etwaige Eindringen Unberufener in das Quartier zu verhindern hatten, übernahmen die Männer, die sich stündlich ablösten. Mit dem ersten Zuge resp. ersten Straßenbahnwagen trat die Mehrzahl der Zurückgebliebenen die Rückfahrt nach Berlin an, während einige Gruppen es vorzogen, draußen zu bleiben und auch noch den dritten Feiertag in Tegel und Umgebung zu verleben.

Das Schicksal einer Riesenschlange. Vor einigen Tagen gelangte in der städtischen Pfandkammer eine Riesenschlange zum Verkauf. Das Tier gehörte früher einem Studenten, der das Reptil statt eines Hundes als Haustier hielt und welches von einem Gerichtsvollzieher als ein wenn auch ungewöhnliches, jedoch geeignetes und entbehrliches Pfandobjekt gehalten wurde. Der Gepfändete hob besonders die Gutmütigkeit und Treue des Tieres hervor. Sie wurde von einem Liebhaber zum Preise von 39 M. gekauft. Das Reptil übertrug die Treue nicht auf den neuen Herrn und dieser fühlte sich deswegen veranlaßt, sie wieder zum Zwecke der freiwilligen Versteigerung nach der Pfandkammer zu schaffen. Hier wurde sie vor einigen Tagen zum zweitenmal versteigert, doch erwiesen sich die Bieter diesmal als etwas zaghafter und die Boa wurde bei einem Gebot von 15 M. einem Handelsmann S. zugeschlagen. Er zog es vor, das für europäische Begriffe ungewöhnliche Haustier nicht mit nach seiner Wohnung zu nehmen, sondern es in der Pfandkammer lagern zu lassen, wo sich die Schlange noch jetzt wohl und munter befindet. Herr S. bemüht sich noch vergeblich, für sie einen Liebhaber zu finden, und da er täglich eine Mark Lagergeld zu zahlen hat, so dürfte ihm der Stubengenosse des Studenten ziemlich teuer zu stehen kommen.

Ein verhängnisvoller Zusammenstoß eines Straßenbahnzuges mit einem Break fand am Donnerstagabend gegen 7 Uhr in Plötzensee statt. Als der Motorwagen 2252 der Linie 12, Görlitzer Bahnhof—Plötzensee, der letzteren Endstation zufuhr, kam ihm auf dem Geleis in schärfster Karriere das dem Fuhrherrn Henkel, Liebenwalderstraße 58, gehörige, mit sechs Personen besetzte Break entgegen. Da das Pferd anscheinend scheu geworden und Herr Henkel die Gewalt über das Tier verloren hatte, so raste es direkt auf den Straßenbahnwagen zu, welcher von dem Fahrer des Letzteren zum Stehen gebracht worden war. Das Pferd rannte mit solcher Gewalt gegen die Vorderplattform, daß diese eingedrückt wurde. Das Tier brach zusammen, der Wagen fiel um und die Insassen stürzten auf die Straße. Herr Henkel erlitt einen Knöchelbruch des rechten Fußes, seine Frau und die siebenjährige Tochter Quetschungen am Kopf und die achtjährige Tochter des Kaufmanns Holzhausen, Brunnenstr. 164, der unverletzt blieb, Wunden im Gesicht. Die vier Verunglückten wurden nach dem Krankenhause Moabit gebracht, wo Henkel verblieb, während die andern drei Personen, nachdem sie Verbände erhalten hatten, zur Entlassung kamen.

Beim Abspringen von der Straßenbahn verunglückt. Als gestern abend gegen 10 Uhr der Kaufmann Wilhelm Seeger, Lankwitzstr. 5, vor dem Hause Turmstraße 67 einen in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen der Linie 9 bestieg, fiel ihm der Hut vom Kopfe, S. sprang deswegen sofort wieder ab, stürzte zu Boden und blieb besinnungslos neben dem Wagen liegen. Der Verunglückte, der nach dem Krankenhause Moabit gebracht wurde, hatte eine Gehirnerschütterung davongetragen.

In einem Hotel vergiftet hat sich der 35 Jahre alte aus Magdeburg gebürtige Gutsverwalter Richard Marquise, der früher in der Umgebung Berlins ein Rittergut besaß, das er jedoch nicht halten konnte. Nachdem er sein eignes Gut aufgegeben hatte, wurde er vor zwei Jahren Verwalter eines andren Gutes, dessen Besitzer in Berlin lebt. Um mit diesem abzurechnen, kam er seitdem zweimal im Jahre hierher und wohnte immer in demselben Hotel im Centrum der Stadt. Dort bestellte er auch vor zehn Tagen wieder ein Zimmer, nachdem er bereits vor einigen Monaten aus seiner Stellung entlassen worden war, kam aber erst vorgestern abend an. Am nächsten Morgen wollte er um 11 Uhr weggehen, um Geschäfte zu besorgen, kam aber nicht zum Vorschein. Als er sich auch bis 6 Uhr nachmittags noch nicht hatte sehen lassen, öffnete man sein Zimmer und fand ihn tot auf dem Sofa liegen. Auf dem Tische stand ein Glas mit einem Giftreste. Was ihn in den Tod getrieben hat, ist nicht bekannt. Drei Briefe, die er hinterließ, waren an einen Bruder, einen Angestellten eines großen Bankhauses und eine Dame in Kölzig gerichtet.

Die Delegierten zur Generalversammlung des Metallarbeiter-Verbandes, die gegenwärtig hier tagt, unternahmen gestern eine Rundfahrt durch Berlin. Der Verband hatte vom Polizeipräsidium die Erlaubnis unter der Voraussetzung erhalten, daß die Wagen mit keinerlei Abzeichen und Dekorationen versehen sein würden. Um 1 Uhr mittags verließen die Delegierten in etwa 20 Kremsern das Gewerkschaftshaus, um sich über den Alexanderplatz, die Linden, durch das Brandenburger Thor und den Tiergarten nach Charlottenburg zu begeben, wo im dortigen Gewerkschaftshause Rast gemacht wurde. Von hier aus gingen die Teilnehmer bis zum „Knie“, wo ein Extrazug der Hoch- und Untergrundbahn bereit stand, um sie nach dem Stralauer Thor zu befördern. Vom Stralauer Thor wurde die Fahrt wiederum per Extrazug durch den Spreetunnel nach Treptow fortgesetzt. Nach einer Besichtigung der Treptower Sternwarte, wobei Herr Dr. Archenhold den Delegierten einen Vortrag hielt, begaben sich dieselben nach dem „Neuen Eierhäuschen“. Hier hatten sich bereits zahlreiche Verbandsmitglieder mit ihren Familien eingefunden. Der Arbeiter-Ruderklub „Vorwärts“ veranstaltete auf der Spree eine Regatta. Die Vorführungen der mutigen Sportsleute aus den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft, deren Leistungen sich getrost denen der übrigen hiesigen Rudervereine an die Seite stellen können, rief bei den Zuschauern große Befriedigung hervor, die sich in stürmischen Beifallskundgebungen äußerten. Den Schluß des Festes bildete ein auf der Spee abgebranntes Prachtfeuerwerk. — Wir schieden mit der Ueberzeugung, daß es den Berliner Verbandsmitgliedern gelungen sei, ihren auswärtigen Kollegen, die hier zu ernster Beratung zusammengekommen, einige heitere, genußreiche Stunden verschafft zu haben.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. Die Stadtverordneten-Versammlung hatte sich am Mittwoch mit einer umfangreichen Tagesordnung zu beschäftigen. Durch Zusammenlegung der einzelnen Punkte scheint man schon mit vierzehntägig stattfindenden Sitzungen auszukommen. Zunächst wurden die Mittel zur Drucklegung des Berichtes über die Thätigkeit des städtischen Arbeits-Nachweises bewilligt und die Wiederwahl der bisherigen Deputationsmitglieder desselben, Maurermeister Colossen, Brauereidirektor Finke, Kaufmann Spieß und Maurer Däumig, Schuhmacher Grunow, Buchdrucker Wollermann, vorgenommen. — Der Umwandlung von zwei Lehrerinnenstellen in zwei Lehrerstellen an den Volksschulen zum 1. Oktober d. J. und der damit verbundenen Etatsüberschreitung um 640 M. wurde zugestimmt. — Der Magistratsantrag betreffend Genehmigung von drei Verträgen mit den bezüglichen Eigentümern in Nagow zwecks Erwerbung eines 7 Meter breiten Geländestreifens für die Druckrohrleitung wurde einem Ausschuß überwiesen, ebenso die Wahl von unbesoldeten Magistratsmitgliedern. — Zur Städte-Ausstellung in Dresden werden die Stadtverordneten v. Frankenberg, Pullich, Müller, Speck, Waßmannsdorf und Genosse Hoffmann gewählt, nachdem Küter (Soc.) auf die Bedeutung der Ausstellung für die Kommunen und die von derselben zu gebenden Anregungen hingewiesen hatte. Die Delegierten, die den einzelnen Verwaltungsausschüssen entnommen sind, müssen natürlich über ihre bezüglichen Wahrnehmungen einen schriftlichen Bericht erstatten. — Entgegen früheren Gepflogenheiten ist es unsern Vertretern endlich gelungen, in einige der wichtigsten Deputationen zu gelangen. Von unsrer Fraktion wurde Genosse Panser in die Kanalisationsdeputation und Genosse Hoffmann als Mitglied der neugegründeten Armendirektion, die aus sechs Stadtverordneten und drei Bürgerdeputierten besteht, entsandt. — In den Ausschuß für Errichtung einer Parkanlage wurde u. a. Genosse Obst gewählt. — Der vom Ausschuß vorgeschlagenen Gewährung einer einmaligen Beihilfe an den hiesigen Männer-Turnverein zu den Kosten der Errichtung eines Spielplatzes wurde einstimmig stattgegeben. Danach ist also nach den gegebenen Erklärungen die Benutzung des am Mariendorfer Weg belegenen Spielplatzes den Schülerriegen der Gemeinde-Turnhallen an vier Wochentagen bis 6 Uhr nachmittags und an zwei Tagen bis 4 Uhr nachmittags gestattet. Ebenfalls ist Raum für circa 150 Familien an Sonntagen freigegeben. Es wäre nun sehr zu wünschen, daß die Kommune auch in andren Stadtteilen die Anlegung solcher Spielplätze ins Auge faßt. — Infolge eines Kaufangebotes dürfte endlich der seit vielen Jahren als öffentlicher Weg benutzte sogenannte „Katerstieg“ in der Kolonnenstraße zwischen den Häusern Nr. 4 und 6, der in die Verlängerung der Feurigstraße ausging, verschwinden. Auf Antrag des Stadtv. Hellmann wurde diese Angelegenheit, die gewiß ein öffentliches Interesse besitzt, in nichtöffentlicher Sitzung behandelt. Nebenbei bemerkt bieten die Käufer für die laufende Quadratrute 800 M. Jedenfalls für das dortige teuere Bauland nicht zu viel.

Schöneberg. Endlich hat der zum konservativen Kandidaten des hiesigen Wahlkreises gemachte Ex-Malermeister Hammer aus Zehlendorf auch hier sein plötzlich entdecktes Licht als Volksvertretungsanwärter leuchten lassen, nachdem er schon in einer Reihe von Vorortsversammlungen sein Kandidatensprüchlein hergesagt hatte. Im „Lindenpark“ hatten sich am Mittwoch etwa 200 Personen eingefunden, darunter etwa ein gutes Viertel Socialdemokraten. Auf den Inhalt des einstündigen Vortrages einzugehen, erübrigt sich, bloß soviel sei erwähnt, daß auch Herr Hammer ein strammer Verfechter der Lebensmittelzölle, der immer höheren Forderungen für Heer und Marine zu werden verspricht. Den breitesten Raum seiner Ausführungen widmete Herr Hammer seinem vor den Wahlen so beliebten Steckenpferde, der Mittelstandsretterei, um mir in der Diskussion, bei einer vom Vorsitzenden diktatorisch festgesetzten Redezeit von 15 Minuten, die an ihn gestellten Anfragen, wie er sich z. B. zu den Handels-, Zoll- und Militärfragen, zum Reichswohnungsgesetz, zur Reichseinkommensteuer und zu den Jesuiten stelle, in unverbindlichster Weise zu beantworten. Daß auch er die Socialdemokratie in- und auswendig kenne, suchte er durch seine aus allen möglichen Broschüren zusammengesuchten Citate zu beweisen. Daß auch Eugen Richter sein Freund ist, wollen wir ihm gerne glauben. Wendet er sich doch mit dem lieblichsten Augenzwinkern an die Freisinnigen im hiesigen Wahlkreise, ihn wenigstens in der Stichwahl zu unterstützen. Da in einer solchergestalt beschränkten Redefreiheit eine genügende Widerlegung seiner Behauptungen nicht gut möglich war, verließen unsre Genossen demonstrativ den Saal, der sich dadurch ganz erheblich gelichtet hatte. Wir werden am 16. Juni die Antwort Herrn Hammer nicht schuldig bleiben.

Rixdorf. Aus unbekannten Gründen hat sich der Droguist Egert, Hermannstr. 36 wohnhaft, zu vergiften versucht. Ein hinzugeholter Arzt nahm eine Magenauspumpung vor, worauf der Lebensmüde in sehr bedenklichem Zustande nach dem Krankenhause Bethanien überführt wurde. — Ohne jede Veranlassung wurden die Arbeiter Gebrüder L. aus der Hertzbergstraße 15 von vier Kutschern überfallen und mittels Spatenstielen so schwer mißhandelt, daß sie sich in ärztliche Behandlung begeben mußten. Der Vorgang, der sich am Hertzbergplatz abspielte, hatte einen großen Auflauf zur Folge. Die Thäter entkamen zwar, doch ist ihre Ermittelung sicher.

Johannisthal. „Ich verbiete Ihnen das Halten einer Rede“ — mit diesen Worten unterbrach der Gendarm den Genossen, welcher am Grabe des Genossen Redlich in Rudow einen Kranz mit den Worten niederlegte: „Im Namen der Genossen von Rudow lege ich diesen Kranz nieder.“ Gleichzeitig zog er sein Notizbuch und notierte den Genossen; die mit Flor umhüllte rote Schleife hatte jedoch Gnade vor seinen Augen gefunden. Wenn auch der verstorbene Genosse in den letzten Jahren seines Lebens infolge eines Brustleidens sich nicht mehr öffentlich bethätigte, so blieb er doch allen Bekehrungsversuchen, welche bis zum Tage vor seinem Tode versucht wurden, zum Trotz seiner Gesinnung treu, und lehnte auch die geistliche Hilfe bei seiner Beerdigung ab, was bei den Frommen im Ort, in welchem der Reisebegleiter des Kaisers auf der Jerusalemreise amtiert, gewaltig verschnupft hat.

Spandau. Zum Montagabend 8½ Uhr haben unsre Parteigenossen **drei öffentliche Wahlversammlungen** einberufen und zwar nach dem Krügerschen Saale in Tiefwerder (Referent: Dr. Karl Liebknecht); nach dem Kumkeschen Saale, Schönwalderstraße 80 (Referent: Wolfgang Heine) und nach Teßnows Volksgarten (Refer.: Arthur Stadthagen). Außerdem sind die Herren Pauli-Potsdam, Rechtsanw. Lüdecke-Spandau und Malermstr. Kruse-Berlin (der Kandidat der „Liberalen“) mittels eingeschriebenen Briefes zu diesen Versammlungen eingeladen und ist ihnen absolute Redefreiheit zugesichert worden. Den Herren Lüdecke und Pauli soll damit Gelegenheit gegeben werden, ihre schweren Beschuldigungen gegen die Socialdemokratie, die sie nun wiederholt hinter den verschlossenen Thüren des „Roten Adlers“ erhoben haben, in vollster Oeffentlichkeit zu wiederholen und zu vertreten. Parteigenossen! Agitiert für einen imposanten Besuch der drei Versammlungen!

Vermischtes.

Von einem Hund gräßlich zerfleischt wurde in Werder a. H. der sechsjährige Sohn Robert des Arbeiters Lück, welcher das Tier, das dem pensionierten Bahnwärter Korth gehört und vor einen Handwagen gespannt war, streicheln wollte. Der sonst nicht bösartige Hund faßte dies falsch auf, sprang an dem Knaben in die Höhe und biß ihm die Nase ab, durchbiß ihm das Kinn bis auf den Knochen und verletzte ihm außerdem die Zunge. Besinnungslos wurde der Knabe nach Hause gebracht. Er schwebt in höchster Lebensgefahr.

Riesige Waldbrände in Nordamerika.

New York, 4. Juni. Ueber Neu-England sowie die Staaten New York und New Jersey ziehen beständig Wolken von Aschenstaub infolge der großen Waldbrände, die in vielen Teilen des Landes wüten.

Montreal, 4. Juni. Die Waldbrände nehmen eine beunruhigende Ausdehnung an. Die Verluste sind schwer. Die kanadische Pacificbahn hat den Verkehr auf einem Teil ihrer Strecken einstellen müssen, da die Brücken von den Flammen zerstört sind. Die Inter-Kolonialbahn hat den Zugverkehr zwischen Quebec und Montreal ebenfalls einstellen müssen.

Halifax (Neu-Schottland), 5. Juni. Gestern wurde die kleine Stadt Musquash in Neu-Braunschweig durch einen Waldbrand zerstört. 200 Personen sind obdachlos. Zur Bekämpfung des Feuers ist Hilfe dorthin entsandt worden.

Vom Auto-Sport. In der letzten Nummer des Bergsträßer „Anzeigers“ liest man folgende zeitgemäße Anzeige:

Mein Motorwagen
verkehrt während den beiden Feiertagen auf der Strecke Bensheim-Lindenfels je nach Bedarf unter Garantie für lebende Ankunft.
A. Katz, Bensheim.

Das Unbegreifliche, hier wirds Ereignis! Einige Knochenbrüche oder dergleichen unbedeutende Verletzungen sind ja noch nicht ausgeschlossen. Aber wer möchte solche kleine Unannehmlichkeiten nicht mit in den Kauf nehmen? Man kann wenigstens seine Gebeine dem Kraftwagen anvertrauen in dem tröstenden Bewußtsein: Mensch, deine „lebende“ Ankunft ist garantiert! Da zweifle jemand noch am Fortschritt des Automobilismus!

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

Genosse, Stralau. 1. Ja. 2. Nein. 3. Ja; spätestens am ersten Werktage zum Schluß der Woche. — **F. 101.** 1. Ja. 2. Am 1. Juni, aber jede richterliche Handlung gegen den Thäter macht die dreimonatige Verjährungsfrist von neuem laufen. 3. Sie teilen nicht mit, wessen man Sie eigentlich beschuldigt. 4. u. 5. Nein. 6. Ja, ebenso kann er es ablehnen, zu antworten. — **R. H., B. S. 100, Montag, Danzigerstraße:** Ja. — **A. S., Grimmstr. 17.** Das Einjährigen-Examen oder die Reife für Ober-Sekunda genügt. — **M. H. 4.** Da Sie bereits vier Jahre die Wohnung innehaben, so würden Sie mit Ihrem Verlangen nicht durchdringen. Die andre Angelegenheit legen Sie wohl in der juristischen Sprechstunde klar, Ihre schriftliche Darstellung ist unverständlich. — **Streitende 100.** 1. Strafanzeigen sind an die Staatsanwaltschaft zu richten. 2. Das Geld wird abgenommen und dann zurückgegeben. — **R. J.** Verjährung liegt nicht vor, ebensowenig aber eine strafbare Handlung. Solche würde erst in fünf Jahren verjähren. — **Pankow, H.** Ohne Einsicht in Ihren Vertrag ist Ihre Frage nicht zu beantworten. — **Weimar.** Der Antrag auf Berichtigung muß innerhalb acht Tagen nach der Auslegung der Liste gestellt sein. Ist das versäumt, so ist jetzt jeder Schritt zwecklos. Der Betreffende ist nach Ihrer Schilderung wahlberechtigt. — **Seifhennersdorf.** 1. Nach der herrschenden Rechtsprechung wäre ein Hausierschein erforderlich. 2. Ja. 3. Nein. — **C. R. 244.** Geben Sie den Zusammenhang an. — **F. 11 777.** 1 und 2. Soweit Ihre Angaben erkennen lassen, sind Sie Handlungsgehilfe und nicht Gewerbegehilfe. Mithin ist nicht das Gewerbegericht, sondern Amts- und Landgericht zuständig, ferner die Arbeitsordnung für Sie, soweit die Kündigungsbestimmung in Frage steht, unverbindlich. Ihnen steht sechswöchentliche Kündigungsfrist zum Quartalsersten zu. 3. Wenden Sie sich an Herrn Friedländer, Elsasserstraße 25. — **L. H. Z.** Leider nicht. — **M. K. 25.** Geburtsschein; außerdem kann verlangt werden, daß Sie von Ihrer Heimatsbehörde eine Bescheinigung darüber beibringen, daß gegen die Heirat nach dortigen Gesetzen nichts einzuwenden ist. Solche Bescheinigung erhalten Sie durch Vermittelung Ihrer Gesandtschaftskanzlei. — **E. W. 90.** 1. Der Pflichtteil beträgt die Hälfte der gesetzlichen Portion. Sind in Ihrem Falle nur drei Erben (Kinder) vorhanden, so beträgt also der Pflichtteil für jeden ein Sechstel des Gesamt-Nachlasses. 2. und 3. Nein. 4. Uns nicht bekannt, vielleicht erkundigen Sie sich selbst an Ort und Stelle. — **O.** Ja.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 6. Juni 1903.

Ziemlich kühl, vorwiegend trübe mit leichten Regenfällen und mäßigen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Inserate

für die **nächste Nummer** müssen **bis 5 Uhr nachmittags** in der Expedition abgegeben werden. **Größere Inserate** bitten wir vorher anzumelden und **bis 4 Uhr** nachmittags einzusenden.

Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 6. Juni.
Anfang 7½ Uhr:

Opernhaus. Die Zauberflöte.
Schauspielhaus. Sakuntala.
Deutsches. Die Macht der Finsternis.
Berliner. Der Troubadour.
Residenz. Lustige Ehemänner. — Vorher: Nach dem Balle.
Neues. Arche Noah.
Westen. Alt-Heidelberg.
Central. Pick und Pocket.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Nach Jahr und Tag. — Abschied vom Regiment. — Der grüne Kakadu.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.) Wohlthätige Frauen.
Thalia. Die Jüdin von Toledo.
Kleines. Nachtasyl.
Trianon. Die Rotbrücke.
Belle-Alliance. Die Fledermaus.
Carl Weiß. Das Geheimnis des roten Hauses.
Metropol. Neuestes! Allerneuestes!
Apollo. Die Liebesinsel. Specialitäten.
Passage-Theater. Specialitäten.
Wintergarten. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. **Taubenstraße 48/49.** Von der Zugspitze zum Watzmann.
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Central-Theater

Allabendlich 8 Uhr:
Ensemble-Gastspiel **Robert Sachs:**
Pick und Pocket.
Schwank m. Gesang u. Tanz in 3 Akten.
Sonntagnachm. 3 Uhr bei kl. Preisen:
Der Zigeunerbaron.

Residenz-Theater

Direktion: **Sigmund Lautenburg.**
Anfang 7½ Uhr.
Lustige Ehemänner.
Schwank in 3 Akten von A. Mars und Albert Barré. Deutsch v. Schönau.
Vorher:
Nach dem Balle.
Schwank in 1 Akt nach d. Spanischen des M. Carrion von M. Loebel.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

Neues Theater

Schiffbauerdamm 4a—5.
Anfang 8 Uhr:
Gastspiel Hansi Niese.
Zum erstenmal:
Arche Noah.

Apollo-Theater

Täglich: **Mit kolossalem Beifall:**
Die Liebes-Insel.
Im 3. Akt: **Die lebenden Briefmarken.**
● **Grosses Post-Ballett.** ●
Ferner: **Neue glänzend. Specialitäten.**
Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater.

Der grösste Erfolg dieser Saison!
Zum **145.** Male:
Neuestes!
Allerneuestes!
Dramatische Revue in 5 Bildern.
Glänzendes Ballett. 300 Mitwirkende.
Anfang 8 Uhr.
— **Rauchen überall gestattet.** —

Belle-Alliance-Theater.

Die Fledermaus.
Operette von Johann Strauß.
Aurelie Revy. Frau Schuster-Wirth. Siegfried Adler. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance-Theater-Garten: Specialitäten-Vorstellung. Künstler I. Ranges. — Sonntag, 7. Juni, mittags 12 Uhr, zum wohlthätigen Zweck: **Specialitäten-Matinee.**

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter-Straße 132.
Das Geheimnis des roten Hauses.
Anfang 8 Uhr.
Sonntagnachmittag 3 Uhr (Parkett 60 Pf.): **Der Glöckner von Notre-Dame.** — Im Garten: I. Sommernachtsfest. Neue Specialitäten, Theater, Konzert. The Liepelts, Turmseilläufer 5½ Uhr.

Bernhard Rose-Theater

Badstr. 58. Badstr. 58.
Täglich:
Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
!!! Berlin auf Stelzen!!!
Sensations-Burleske mit neuer Ausstattung mit **Willi Agoston** und **Klara Antonie.**
Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung 4½ Uhr.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.

Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.

Castans Panoptikum

Friedrichstr. 165.
Neu! Ein spiritistisches Rätsel, Enthüllungen über Anna Rothe.
Neu! Der Gummimensch!
Neu! Die Illusion **„Auferstehung".**
Neu! Karl Ferschneritsch gen. Paganini redivivus, mit seiner Wiener Elitekapelle, grosse **Promenaden-Konzerte.**

Passage-Theater.

Anf. Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Ende 11 Uhr.
Carla Lingen
in ihrem Repertoire.
Erna Koschel.
Josefine Delcliseur.
Ganz Berlin zerbricht sich schon den **fünften Monat** den Kopf über **AGA!**
die schwebende Jungfrau!
14 erstklassige Nummern.

Zoologischer Garten

Heute Sonnabend, 6. Juni:
Elite-Tag
!! 5 Musikkapellen !!
elektr. und bengalische Beleuchtung der See-Ufer.
Entree 1 M. unter Fortfall der Abendermässigung.
In der **Arena: Elefantenmutter** mit **saugendem Baby,** Shetland-Pony mit Zwergfohlen.

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7—9.
Direktion: **M. Kalbo.**
Täglich: **Das Bild der Mutter.**
Volksstück mit Gesang und Tanz in 3 Akten von A. Seelen u. O. Richter. **Konzert und Ball.** Auftreten erstklassiger Attraktionen. U. a.: **Ada Marcell, Schröder u. Donter, Relampagos Troupe; Overgard.**
● **Ein fideles Gefängnis** ●
Große Pantomime. **Mokaschly Troupe.**
Anf. 4 Uhr. Eintr. 30 Pf., num. Pl. 50 Pf.

W. Noacks Theater.

Direktion: **Robert Dill.**
Brunnenstrasse 16.
Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.
Anfang **6** Uhr. Entree **30** Pf.
Kaffeeküche von 3 Uhr ab geöffnet.
Abends 9½ Uhr: **Das Gänsegrethel.**

Fröbels Allerlei-Theater

früher **Puhlmann.**
Schönhauser Allee 148.
Inhaber: **Wilhelm Fröbel.**
Heute sowie täglich:
Das kolossale Juni-Programm:
Konzert, Theater u. Specialitäten.
Um 8 Uhr: Das humorvolle Volksstück:
Zur rechten Stunde.
Sonnabend, den 6. Juni:
Gr. Extra-Familien-Abend.
Wiederholung der **Pfingst-Fest-Vorstellungen.**
Die Kaffeeküche ist täglich von 3—6 geöffnet. Bei ungünstiger Witterung findet die Vorstellung im Theatersaal statt.

Winter-Garten

Neues Programm.
Agnes Säther, norweg. Soubrette.
Miss Votana, Schulreiterin.
Ellmanns Alpen-Gesangs- u. Tanz-Quintett.
Jim und Jam, komische Akrobaten.
Die Biseras, weibl. Trompetercorps.
Urbani u. Sohn, akrobat. Produktion.
Pia Carozzi, Harfen-Virtuosin.
Diana, amerik. Spiegeltänzerin.
Adele Moraw, Soubrette.
Charles Baron in seiner Scene: „Im Löwenkäfig".
Allison-Truppe, ikarische Spiele.
„Der Schönheitspreis" Ballet-Divert.
Biograph.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Sonnabendabend 8 Uhr:
Nach Jahr und Tag.
Einakter von Axel Steenbuch.
Abschied vom Regiment.
Drama in 1 Akt v. O. E. Hartleben.
Der grüne Kakadu.
Groteske in 1 Akt von A. Schnitzler.
Sonntagnachmittag 3 Uhr:
Wilhelm Tell.
Sonntagabend 8 Uhr:
Nach Jahr und Tag. Abschied vom Regiment. Der grüne Kakadu.

Schiller-Theater N.
(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Sonnabendabend 8 Uhr:
Wohlthätige Frauen.
Lustspiel in 4 Akten v. Ad. L'Arronge.
Sonntagnachmittag 3 Uhr:
Kabale und Liebe.
Sonntagabend 8 Uhr:
Im weissen Rössl.
Im Garten täglich Konzert.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.
Nachtasyl.

Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz. Rüdersdorferst. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung.

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
In der Klemme.
Humoreske von Meysel.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Bei günst. Witterung im Garten.
Anthropos, der künstliche Mensch.
Paul Ybbs, Musik. Imitation.
A. Schautz, Geschw. Wendt, Marion.
Mittwoch, Sonnabend, Sonntag:
Tanz.

Sanssouci.

Täglich im Garten:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger.
Anfang: Sonntags Konz. 5 Uhr, Vorstell. 7 Uhr.
Wochentags:
Konz. 6 Uhr, Vorstell. 8 Uhr.
Sonnt., Mont. u. Donnerst. nach der Soiree: **Tanz.**

Etablissement
Buggenhagen
am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Konzert
des berühmten Orchesters des Signor **Vincenzo Ferrara.**
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag im Kaiser-Saal: Tanz.

A. Stippekohls Restaurant

Köpenick, Schönerlinderstr. 5.
Arbeiter-Verkehrslokal. Für gute Speisen u. Getränke ist bestens gesorgt.

Vorwärts-Buchhandlung

SW., Lindenstrasse 69.

Für Radfahrer!

Radfahrerpläne von Berlin mit Angabe der Art des Straßenpflasters, der für Radfahrer verbotenen Straßen ꝛc. . . 50 Pf.
Radfahrerkarten von Berlin und weiterer Umgebung (von Joachimsthal bis Jüterbog, von Genthin bis Frankfurt a. O.) auf Leinwand aufgezogen, in Karton 1,75 M.
Radfahrerkarten von Deutschland und angrenzenden Ländern, mit Angabe der Beschaffenheit der Wege, Entfernungen der einzelnen Orte unter sich, Höhe über dem Meere, Steigungen ꝛc., kleinem Führer, aufgezogen, in Karton, **jede Sektion** 1,50 M.

Mieter- u. Bauverein „Selbsthülfe"

zu Berlin. Eingetr. G. m. b. H.
Bilanz vom 31. Dezember 1902.

Activa:

1. Kassenvortrag aus 1901	869,35 M.
2. Eintrittsgelder	8,— „
3. Geschäftsanteile	320,— „
4. Monatsbeiträge	88,— „
	1285,35 M.

Passiva:

1. Geschäftsunkosten	111,06 M.
2. Ein Sparkassenbuch	1050,— „
3. Kassenbestand	124,29 „
	1285,35 M.
Einnahme	1285,35 M.
Ausgabe	111,06 „
Bleibt Barbestand	1174,29 M.

Im Lauf des Geschäftsjahres 1902 sind 8 Genossen beigetreten, ausgeschieden 0. Es gehörten am Schlusse des Geschäftsjahres 1902 der Genossenschaft 26 Genossen mit einer Gesamthaftsumme von 1300 M. an.
Berlin, 31. März 1903.
Der Vorstand. 127/9
Richard Rohbein. Wilhelm Röder. Max Teege. Wilh. Brandt. Otto Wiggert.
Der Aufsichtsrat.
Heinrich Schulz. Paul Gericke. Otto Lehmann. Karl Heinemann. Wilh. Steller. Karl Schramm.

Hochsommer-Jacketts für Herren.

Marke **AO.** Schwarze Alpacca-Imitation. Stück **1,75** M.	Marke **ZA.** Guter silbergrauer Panama mit Aermelfutter. Stück **6,50** M.
Marke **QO.** Schwarzer Alpacca mit weißen Streifen. Stück **3** M.	Marke **LG.** Schwarzer Diagonal, total gefüttert. Stück **7,50** M.
Marke **BA.** Schwarzer Lustre, mit Aermelfutter Stück **3,50** M.	Marke **HA.** Schwarzer Panama, Vorderteile innen mit breitem Stoff besetzt. Stück **7,50** M.
Marke **VO.** Mittelgrau melierter Alpacca. Stück **3,50** M.	Marke **SA.** Dunkelgrau melierter Alpacca-Cord mit schmalen weißen Streifen, Aermel gefüttert. Stück **7,50** M.
Marke **CA.** Schwarzer Lustre, mit Aermelfutter. Stück **4** M.	Marke **UA.** Schwarzer Alpacca mit schmalen weißen Streifen, total gefüttert. Stück **7,50** M.
Marke **DA.** Schwarzer Panama, mit Aermelfutter. Stück **5** M.	Marke **NG.** Schwarzer Cachemir, gänzlich gefüttert. Stück **8** M.
Marke **WA.** Mittel- oder dunkelgrau meliert Diag., mit Aermelfutter. Stück **5** M.	Marke **ZZG.** Hellgrauer Panama, vollständig gefüttert. Stück **8** M.
Marke **RA.** Schwarz-weiß gestr. Alpacca m. Aermelfutt. St. **5** M.	Marke **JO.** Schwarze Gloria-Seide. Stück **9** M.
Marke **EA.** Diagonal-Alpacca, schwarz m. Aermelfutt. St. **5** M.	Marke **OG.** Schwarzer Cachemir, total gefüttert. Stück **10,50** M.
Marke **GA.** Schwarz gestreifter Panama, mit Aermelfutter. Stück **5,50** M.	Marke **PG.** Fein gestr., schwarzer Mohair, gänzlich gefüttert. Stück **12,50** M.
Marke **FA.** Prima schwarz. Diag., mit Aermelfutter. Stück **6** M.	Marke **ZZO.** Prima Roh-Seide. Stück **13,50** M.
Marke **KG.** Schwarzer Panama, total gefüttert. Stück **6,50** M.	
Marke **XA.** Dunkelgrauer Alpacca, fein gestreift, mit Aermelfutter. Stück **6,50** M.	

Die notierten Preise sind für die Weiten 88—108 cm. Brust- und Leibumfang. Bei grösseren Massen tritt ein Aufschlag von 10 bis 15 Prozent ein.

Versand nur gegen Nachnahme oder vorherige Einsendung des Betrages.

Bei Bestellung fertiger Garderobe für Herren genügt Angabe der Brustweite ringsherum unter den Armen und der Taillenweite über der Weste stramm gemessen.
Ferner ist die Angabe der ganzen Körpergrösse sehr erwünscht.

Carl Stier,

Berlin SO., Oranienstr. 166,
Potsdam, Nauenerstr. 23.

Illustrierten Katalog von Herren- und Knaben-Bekleidung versende gratis u. franco.

Nähmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung direkt Specialgeschäft Stralauer Allee 26. 1638b

Max Kliem's Sommer-Theater

Hasenheide 13—15. — Artistische Leitung: **Paul Milbitz.**
Täglich: 17182*
Grosses Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: **Sommerfest.** — Jeden Mittwoch: **Die beliebten Kinderfeste.** — Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**
Die **Kaffeeküche** ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochelegante Kegelbahnen, Würfelbuden, Konditorei, Blumenstand ꝛc.
In den Sälen: **Familien-Kränzchen.**

Schweizer-Garten.

Am Königsthor. — Am Friedrichshain.
Täglich Theater-Vorstellung.
14 Lustspiel- und Possen-Novitäten.
Neues Artisten-Programm.
Jeden Abend 10½ Uhr: **Das Allerweltsgenie.**
Große Posse mit Gesang und Tanz in 2 Bildern.
Täglich: Ball. Volksbelustigungen. Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

196 Friedrichstrasse 196
nahe der Leipziger Strasse

Permanente

AUSSTELLUNG

der Gegenstände, die für

JASMATZI-COUPONS

erhältlich sind.

Besichtigung erbeten.

GEORG A. JASMATZI AKT.-GES.
Grösste deutsche Cigarettenfabrik.

Nur die alten Eichen rauschen. Den Laubwald in seiner größten Pracht zu sehen bietet nur allein die Umgebung vom

Restaurant Pferdebucht bei Köpenick.

Halte mein Lokal (10 000 Personen fassend) für Vereine und Gesellschaften zu Landpartien bestens empfohlen. Bestellungen werden schon jetzt entgegen genommen. — Es ladet zu Ausflügen ein
Wilhelm Brüsewitz.
13712*

steht unter ständiger Kontrolle des Gerichtschemikers Dr. C. Bischoff. [1568L*
Leicht wird auf der schönen Ferienreise durch Trinken von Wasser der Magen verdorben, darum sollten die Deutschen von den Völkern des Südens lernen, welche dem Wasser einen Schuss Wein zusetzen, wodurch es verdaulicher wird, den Magen weniger leicht erkältet und gleichzeitig den Organismus stärkt.
Vergessen Sie daher nicht, Ihre Reiseflasche mit Santa Lucia Kraft-Rotwein zu füllen, zumal der Wein sich in der angegossenen Flasche monatelang hält. Das Wasser ist in jeder Gegend anders, und selbst, wenn es besser und reiner als das zu Hause genossene ist, kann es dem daran nicht gewöhnten Magen gefährlich werden.

C. Conrad's Festsäle Friedrichshagen

Ecke der See- und Friedrichstraße.
Garten u. Kegelbahn
Große Tanzsäle.
Weißbier. **Kaffeeküche.** Ausspannung. Haltestelle der Straßenbahn, gegenüber der Dampffähre.

Köpenick.

Friedrich Augustin
Grünstrasse 53,
empfiehlt sein **Restaurant** für Vereine und Gewerkschaften.
Für **gute Speisen** und **Getränke** wird bestens Sorge getragen.
Vorzüglicher Mittagstisch.

Vorwärts-Buchhandlung

SW., Lindenstr. 69.

Neuerscheinungen unsres Verlages:

Die Kaiserreden im Reichstag und die Socialdemokratie . M. 0,20

Der Umsturz im Reichstag, eine Darstellung der Kämpfe um den Zolltarif nach dem amtlichen Stenogramm . . . . . M. 0,20

Die Vernichtung der Socialdemokratie durch den Gelehrten des Central-Verbandes deutscher Industrieller, herausgegeben im Auftrage des Parteivorstandes der deutschen Socialdemokratie M. 0,20

Zeitungsfremdwörter und politische Schlagworte, verdeutscht u. erläutert v. Dr. A. Braun, M. 0,25

Die Frauen und die Politik von Lily Braun . . . . . M. 0,20

Christliche Arbeiterpflichten, jesuitische Fragen und socialdemokratische Antworten . . M. 0,20

Die agrarische Gefahr, eine Darstellung ihrer Entstehungsgeschichte, ihrer Macht und letzten Ziele, von Paul Göhre . . . . . M. 0,20

Socialdemokratie und Centrum, von A. Bebel . . . . M. 0,20

Winke für die Reichstagswahlen M. 0,10

Die katholische Kirche und die Socialdemokratie, von Karl Kautsky . . . . . M. 0,30

Eugen Richters Socialistenspiegel: die Wahlfälschungen der Aktiengesellschaft Fortschritt . . . . . M. 0,20

Die Lebensmittelzölle und die indirekten Steuern, wer sie zahlt und wem sie nützen . . M. 0,10

Wen soll der Arbeiter wählen? Ein Wahlaufruf an die Arbeiter in Stadt u. Land, v. R. Calwer M. 0,10

Der Korbmacher Fischer im Lichte der Wahrheit . . . . M. 0,05

An den Einzelnen, auf den es nicht ankommt! . . . M. 0,05

Rote Wahlen 1903, eine politische, durch geniale Künstlerhand **prächtig ausgestattete** Flugschrift M. 0,10

Schleunige

Räumung der Lagerbestände in Herren-Stoffen

für Anzüge, Paletots, Kinderanzüge usw. beabsichtigen 1527L*

Koch & Seeland
Tuchfabrik-Niederlage
Berlin C., Rossstr. 2.

Elegante

Costümröcke

in ganz Wolle; in neuen Fassons;

vorzüglicher Schnitt, tadelloser Sitz, prima Verarbeitung in allen modernen Stoffen, sämtliche Weiten u. Längen stets in grosser Auswahl vorrätig
3.50 Mk., 6 Mk., 10 Mk., 15 Mk., 20 Mk.

in **Damast** u. **Merveilleux** . . . 25 Mk.

Blusen in d. neuest. Fantasiestreifen 1.50 Mk., 2.50 Mk.

Seidenblusen, entzückende Streifen- und Fantasie-Muster, elegante Fassons 5.50, 7.50, 10 Mk.

Weisse Waschcostüme

in Piqué, in Leinen, in Satindrell
7.50 Mk., 10 Mk., 12 Mk., 15 Mk., 20 Mk.

Weisse Costümröcke in allen neuen Waschstoffen 2 Mk., 3 Mk., 5 Mk. etc.

Waschcostüme in Fantasiestoffen, Voile, Seidenfoulard, Organdy, Mull, engl. Leinen, Seidenleinen, Grenadinleinen 12.50, 15, 18, 20, 30 Mk.

Saccojacketts u. **Paletots** in den neuesten Modellen 10 Mk., 12 Mk., 15 Mk.

Trauerkleider v. 20 Mk. auch nach Mass in 24 Stunden.

Schwarze Kragen, Frauen-Paletots u. Capes

Regenmäntel, Staubmäntel, Gummimäntel, Reformkostüme und Sport-Konfektion, Morgenröcke, Unterröcke, Matinées

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstrasse, Ecke Lindenstrasse.

Massanfertigung.

Für Raucher!

Wollen Sie wirklich gute Cigarren rauchen, so probieren Sie, bitte, meine eingeführten Specialmarken: 17432*

I.	„Olivia“	10 Stück	0,50 Pf.,	100 Stück	4,50 M.
II.	„Alfadur Geflon“ . .	10 „	0,50 „	100 „	4,50 „
III.	„Protectora“ (hochfeine Vorstenland) vorzüglicher Brand	10 „	0,60 „	100 „	5,50 „
IV.	„Pflanza-Import“ (Sumatra)	10 „	0,60 „	25 „	1,40 „
V.	„Claridad“ (milde und aromatisch)	10 „	0,75 „	100 „	7,00 „
VI.	„Diadema“ (eleg. Façon, Prima Qualität)	10 „	0,80 „	100 „	7,50 „
VII.	„El Senior“ (Mexiko) . .	10 „	0,60 „	100 „	5,50 „
VIII.	„Planta Mexicana“ .	10 „	0,60 „	100 „	5,50 „

Alfons Marcus,

Cigarren-Import- u. Versand-Geschäft,
Berlin N., Elsasserstr. 10a, Ecke Ackerstrasse.

Welcher Herrenhut mit Satinfutter Mk. 1.75
„ Atlasfutter „ 2.—
kleinere Form „ 1.50

Einzelverkauf zu erstaunend billigen Preisen.

Cylinder-Verleihen Mk. 0.50.

Steifer Herrenhut mit Futter . . Mk. 2.—
Diese Hüte liefere auch in besseren Qualitäten.

Aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl.

Oscar Arnold

Engros. **Grösstes Spezialgeschäft** Export.
für Filzhüte, Strohhüte, Stoffhüte, Cylinder und Mützen.
nur **Dresdenerstr. 116** (Kein Laden).

Vertreter werden gesucht.

Einbruch- und Diebstahl-Versicherungen

schliesst die

Kölnische Unfall-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Köln

zu festen und billigen Preisen ab.

Jetzt geeignetste Zeit vor Beginn der Sommerreisen.

Nähere Auskunft durch die Direktion und die leicht zu erfragenden Vertreter der Gesellschaft. 4/10*

Vertreter werden gesucht.

---

bewährteste Nahrung für

Hufeke's Kinder-mehl

gesunde u. magen-darmkranke Kinder.

Jede Uhr

zu reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur **1 Mk. 50 Pf.**, außer Bruch, kleine Reparaturen billiger. Großes Lager in **Uhren, Goldwaren, Ketten** zu erstaunlich billigen Preisen. **Dukaten-Trauring, 900 gest.,** 1½ Dukaten 15,50, 2 Dukaten 20,50. Für sämtliche Waren schriftliche Garantie. Echt Rathenower Brillen, Pincenez, Operngläser. 10342*

T. STOLZ, Chausseestr. 78, P. Stolz, Badstr. 57.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die **Lederhose Herkules** tragen. Allein-Verkauf. Sehr starke Ware in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Kappnähte. Haltbarste Pilot-Taschen. Große Flicken umsonst. Die Hose

bei Einnahme von 6 Stück 26 Mk. **4 Mk. 50**

Echtblaues Monteur-Jackett	1 M. 90
Echtblaue Monteur-Hose . .	1 M. 50
Echtblaues Monteur-Jackett Prima Köper-Gewebe . .	2 M. 50
Echtblaue Monteur-Hose Prima Köper-Gewebe . .	2 M. 10
Manchester-Hose 8,50, 5,25, 4,25,	3 M. 50
Gefüttert. Manchest.-Jackett 14,—	9,—
Weiße Friseur-Jacketts 3,50,	2 M. 75
Konditor-Jacken, Preihig, 4,25,	3 M. —
Maler-Kittel . . . 3,—, 2,50,	2 M. —
Mechaniker-Kittel (braun) 3,—,	2 M. 40
Weiße Leder-Jacketts, Preihig 7,50,	3 M. 75
Weiße Lederhosen . . . 4,50,	2 M. 75
Zwirnhosen, fest u. schön, 3,—,	1 M. 75

Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
Chausseestr. 24a/25. Brückenstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 20.

Die 21. Preisliste 1903 wird kostenlos und portofrei zugesandt.

Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacketts und Mänteln die Brustweite anzugeben. 10279*

— Versand von 20 M. an franco. —

Nachdruck verboten!

Josef Fischer

Ostbahnhof, Brombergerstr. 19/21 verkauft die **Kohlen** am billigsten ab seinem Lagerplatz. Von 10 Ctr. an 1 Ctr. Hansa Halbsteine nur 60 Pfg. 1 Ctr. Senftenberger Briketts 6-7 Zoll nur 65 Pfg. 1 Ctr. echt Senftenberger, Henkels Werke, 7 Zoll, nur 75 Pfg.

Bessere Kohlen als letztere giebt es nicht, mag der Name der Briketts sein, wie er will. Unter 10 Ctr. pro Ctr. 5 Pf. frei Haus, in den Keller 10 Pfg. der Centner mehr. 50 Handwagen verleihe zur Kohle a 10 Pfg. 14582*

Herren-Moden

elegante Ausführung geringe Teilzahlung

J. Kurzberg, Neue Königstr. 47
direkt am Alexanderplatz.

Gegründet 1878.

Zum Frühjahr:

Jackett-Anzüge	von 20 Mk. an
Rock-Anzüge	„ 22 „ „
Gehrock-Anzüge	„ 25 „ „
Frühjahrs-Paletots	„ 18 „ „

Specialität der Firma:

Frühjahrs-Paletots nach Mass von 30 Mk. an

Frühjahrs-Anzüge nach Mass von 33 Mk. an

M. Schulmeister,

Schneidermeister,
BERLIN SO., Dresdener Strasse 4,
Hochbahnstation Kottbuser Thor. 1117L*
Special-Haus für Herren- und Knaben-Konfektion.

Streng feste Preise

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 18 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 9 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Restauration. Baugeschäft, billig zu verkaufen Charlottenburg, Pestalozzistraße 22. †133

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Hochvornehme Herrenanzüge, Sommerpaletots, Beinkleider, feinsten Maßstoffen herrührend, verkauft täglich Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, 1 Treppe. 17325*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 90/19*

Steppdecken, spottbillig, Fabrik Weinstraße 20. †96*

Möbelverkauf. In meinen großen Fabrikräumen, Oranienstraße 58, Moritzplatz, stehen verschiedene Wohnungs-Einrichtungen, neue und verliehen gewesene, zum schleunigen Ausverkauf. Habe eigne Werkstatt, keinen Laden, bin daher in der Lage, die Möbel äußerst billig zu verkaufen. Sofa 10, Spind 23, Paneelsofa 65, Trumeau 40, Bettstelle mit Matratze 18, Tisch 9, hochelegante Tuchgarnitur 75. Teilzahlung gestattet *

Krankenfahrstühle für Zimmer und Straße käuflich und leihweise in allen Preislagen. Kopp, Elsasserstraße 95. 93/11*

Malzkraftbier, blutbildend, für Blutarme, Brustkranke, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, 3/1 Tonne 3,50 exklusive. Nicht Flaschenzahl, Qualität entscheidet. Porter-Kellerei Ringler, Bernauerstraße 119. 90/1*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Fahrräder, Teilzahlungen, 125 Mark, Invalidenstraße 148, Stalitzerstraße 40. 1601R*

1000 neue Nähmaschinen gebe auf Abzahlung, ohne Anzahlung. Langschiffchen, hocharmig, Wheeler Wilson, komplett, mit allen Apparaten, feine Ausstattung, drei Jahre reelle Garantie. Für die Güte meiner Nähmaschinen sprechen Tausende meiner Kunden. Lieferant hoher Behörden. Ernst Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. Alte Maschinen nehme in Zahlung. 1592R*

Gaskocherhaus! Einlochgaskocher 1,00, Zweilochgaskocher 3,00, Drei-lochgaskocher, Gasbratöfen 7,00, Gasbügelapparate, Gasplätteisen, Gasluren, Gaskronen, spottbillig! Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. 1378b

Abspritzpumpen, Sauger, Rohre, Gartenspritzen, Schläuche, billig. Schröder, Hochstraße 43. 1756b

Vorjährige elegante Herren-Frühjahrs- und Sommerpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25 bis 40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II.

Papageien, von Hamburg eingetroffen, sprechende 20,00 an, Kommandantenstraße 52, Restaurant. *

Anzüge, Sommerpaletots, wenig getragene Monatsgarderobe, große Auswahl, auch neue vorjährige, kauft man am billigsten nur direkt beim Schneidermeister Fürstenzeit, Rosenthalerstraße 15, III. Kein Laden, daher staunend billig. 1801b

Kinderwagen, Sportwagen, Kinderbettstelle, neu, umständehalber billiger wie gebrauchte. Hähn, Richthofenstraße 13 II. 4/19*

Ringschiffchen, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpnickerstraße 60/61, Grenzlauerstraße 59/60 und Große Frankfurterstraße 43. †96*

Geschäfts- und Handwagen, Elsasserstraße 29, Schmiede. 1760b*

Leitspindelbank, Elektromotor, fast neu, Geschäftsaufgabe, spottbillig, Weißenburgerstraße 3 I links. 91/16

Restaurant, Tanzsaal und Garten, jeden Sonntag Tanz, ist sofort zu verkaufen. Näheres Tiefwerder 29a bei Spandau. 1798b

Restauration, volle Konzession, Wahlverein, Bauarbeiter-Verkehr, verkauft sofort Putbuserstraße 30. †105

Halbrenner, modern, leichtfahrend, mit Zubehör 40,00. Große Frankfurterstraße 14, im Keller. †41

Fahrräderverleihung. Einsitzer 4,00, Zweisitzer 6,00, Dreisitzer 9,00. Kämmereit, Große Frankfurterstraße 14. †41

Grünkramgeschäft, gutgehend, mit Rolle, 600 Mark, verkauft Schmidt, Arndtstraße 20. 1797b

Fahrräder, neue und gebrauchte, sowie Reparaturen bei Karl Miethe, Große Frankfurterstraße 123, Hof parterre. 1689R*

Vorkostgeschäft, Rolle, Gemüse veränderungshalber billig verkäuflich Weberstraße 15. 1792b

Bilder kauft man nur billig und preiswert in Löwensteins Kunsthandlung, Franzeckstraße 1, Ecke Schönhauser Allee. Teilzahlung gestattet. 1786b*

Möbel wegen Aufgabe des Geschäfts sofort billig. Möbelhalle Annenstraße 14. 1787b*

Bauparzellen bei Bahnhof Grünau, guter Boden, Quadratrute 20 Mark, verkauft Beck, Michaelkirchplatz 18. *

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Verschiedenes.

Rechtskonsulent Petsch, Brunnenstraße 97 (Humboldthain). Gerichtsklagen, Strafsachen, Ehesachen, Unfallsachen. †104*

Rechtsbureau. Langjährige Erfolge! Fabisch, Grüner Weg vierundneunzig (Andreasplatz), Gerichtsbeistand, Eingabengesuche, Raterteilung. 1742b*

Rechtsbureau, vormaliger Gerichtssekretär, Andreasstraße 38, Sonntagsdienst. 1754b*

Rechtsbureau. Prozeßbeistand, Eingabengesuche, Raterteilung. Falk, Brunnenstraße 40. 1748b*

Kunststopferei von Frau Kokosky, Steinmetzstraße 48, Quergebäude hochparterre. *

Fahrradgesuch, auch defekt, Rapfaff, Schönhauser Allee 163a. 91/1*

Vereinszimmer mit Pianino zu vergeben Stralsunderstraße 31. *

Wer leiht Genossen 200 Mark? Rückzahlung monatlich. Offerten erbeten „Eilt“ Postamt 89. 1785b

Kremser für Juni, Juli, August noch einige Tage frei. Strahl, Wrangelstraße 136. †10*

Vermietungen.

Schlafstellen.

Herr kann mit einwohnen. Rennert, Waldemarstraße 67 III. 1782b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Sattler, Tapezier, 27 Jahre, sucht Beschäftigung, gleichviel welcher Art, auch außerhalb. Drawe, Rixdorf, Glasowstraße 66.

Stellenangebote.

Laufbursche (14 Jahre), Blanke, Swinemünderstraße 6, I. 1794b

Versilberer auf Barockleisten verlangen Rosenow u. Co., Schmidtstraße 6. 1799b

Leimer auf Bilderrahmen verlangt Wasserthorstraße 21. 118†

Drei tüchtige Bautischler für bessere Arbeit werden Reidelstraße 2 verlangt. 1788b*

Schirmstockbieger erhält dauernde Arbeit. Osw. Köh, Leipzig-Lindenau, Lützenerstraße 36. 1804b*

Dampfwäscherei, Arbeiterinnen und Plätterinnen verlangt Kreuzbergstraße 7, Central-Dampf-Waschanstalt. 1687R*

Geübte Prägerin verlangen Heymann & Schmidt, Schönhauser Allee 164. †64*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Polierer auf Bügel

nur solche, verlangt dauernd **Siegmund Engelmann,** Metallwarenfabrik, Manteuffelstr. 125.

Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter! 75/14*

Folgende Firmen sind gesperrt:
R. Keller, Königsbergerstr. 4.
Ad. Hoch, Andreasstr. 32.
M. Räbiger, Grüner Weg 20.
Zelder u. Plathen, Frankfurter Allee 117.
Aug. Heinemann, Schulstr. 71.
Th. Becker, Oranienstr. 189.

Achtung!

Die Pianofabrik „Erotka“, Köpnickerstr. 36, ist gesperrt.
Zuzug streng fernzuhalten.
Fachverein der Musikinstrumentenarbeiter. 141/10*

Zuzug nach der Telephon-Werkstatt Seibt, Zeughofstr. 7, ist streng fernzuhalten von Tischlern, Maschinenarbeitern und Möbelpolierern. 81/18*
Die Kommission aller Beteiligten.

Achtung! Achtung!

Drechsler!

Zuzug nach der Werkstatt Voeltzkow, Ritterstraße 15, ist fernzuhalten. 82/4*

Achtung Parkettbodenleger!

Sämtliche Bauten der Firma **H. A. Mittag** sind gesperrt.
Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.